

Antje
Bischoff

Sebastian
Bühner

Burkhard
Küstermann

Andrea
Lassalle

Miriam
Rummel

Stiftungs STUDIE

**Stiftungen
und Teilhabe
von Kindern und
Jugendlichen**



Bundesverband
Deutscher Stiftungen

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

V.i.S.d.P.:

Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des
Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

Herausgeber:

Bundesverband Deutscher Stiftungen
Mauerstraße 93 | 10117 Berlin
Telefon (030) 89 79 47-0 | Fax -10
www.stiftungen.org
post@stiftungen.org

Gefördert von:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales | Wilhelmstraße 49 | 10117 Berlin

Autorinnen und Autoren:

Antje Bischoff, Sebastian Bühner, Burkhard Küstermann,
Andrea Lassalle, Miriam Rummel

© Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.

Berlin, Januar 2012

Gestaltung: Jörg Scholz, Köln (www.traktorimnetz.de)

Titelbild: Jörg Scholz

Druck: Gebrüder Kopp GmbH & Co. KG, Köln

Dieses Produkt wurde klimaneutral gedruckt. Die durch die Herstellung verursachten
Treibhausemissionen wurden kompensiert durch Investitionen in ein Klimaprojekt
nach Gold Standard. Das verwendete Papier für den Innenteil ist RecyStar Polar,
hergestellt aus 100 % wiederaufbereiteten Fasern – FSC-zertifiziert.

ISBN 978-3-941368-19-4

Stiftungs

STUDIE

***Stiftungen und
Teilhabe
von Kindern und
Jugendlichen***

Bildung und Teilhabe gehören zum Existenzminimum. Das legte das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil zu den Hartz IV-Sätzen im Februar 2010 fest. Der Gesetzgeber reagierte und verabschiedete das „Bildungs- und Teilhabepaket“. Um mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen, erhalten junge Menschen nun materielle Leistungen. Auch zivilgesellschaftliche Akteure fördern Bildung und Teilhabe – darunter zahlreiche Stiftungen, die mit ihren Angeboten die Chancen von Kindern und Jugendlichen verbessern wollen.

Die Studie geht deshalb den Fragen nach: Inwiefern können Stiftungen und staatliche Einrichtungen kooperieren? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Was können Staat und Stiftungen voneinander lernen? Auf Grundlage einer großen Stiftungsumfrage und von Interviews mit Experten wurden sechs Empfehlungen an Stiftungen und Politik für das weitere Vorgehen erarbeitet.

Für die Erarbeitung der Empfehlungen geht ein besonderer Dank an den wissenschaftlichen Beirat des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, namentlich Frau Prof. Dr. Berit Sandberg, Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Herrn Prof. Dr. Sebastian Braun und Herrn Prof. Dr. Rainer Hüttemann. Frau Conny Feist sei vor allem für die Erstellung des Umfrageverteilers gedankt. Einen herzlichen Dank auch an die teilnehmenden Stiftungen der Online-Befragung sowie an die Stiftungsvertreterinnen und -vertreter, die mit ihrem Expertenwissen zur Qualität dieser Studie beigetragen haben.

Inhalt

1 Einleitung	4
Inhalt und Aufbau der Studie	5
Zentrale Begriffe	6
2 Status quo: Stiftungsengagement für Teilhabe in Deutschland	14
Bundesländerporträts	16
Best-Practice-Beispiele	32
3 Ergebnisse der Stiftungsbefragungen	46
Ergebnisse der Online-Befragung	48
Ergebnisse der Expertenbefragung	65
Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse	74
4 Empfehlungen	76
Anhang	81
Angaben zur Datenerhebung und -auswertung	81
Quellen und Anmerkungen	85

1 – Einleitung

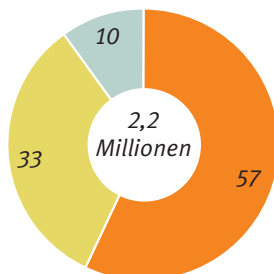
In Anbetracht dieser Zahlen steht die Politik unter Handlungsdruck. Zumal das Bundesverfassungsgericht die Ermittlung der Hartz IV-Bezüge im Februar 2010 für verfassungswidrig erklärt und die Regierung aufgefordert hatte, binnen Jahresfrist die Hartz IV-Gesetzgebung zu überprüfen. Herausgekommen ist das Bildungs- und Teilhabepaket. Anstatt jedem Kind monatlich mehr Geld zuzusprechen, erhalten bedürftige Kinder und Jugendliche Leistungen, die ihnen die soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen sollen. Viele dieser Leistungen, seien es kostenlose Nachhilfe, warme Mittagessen

oder Zuschüsse zum Schulbedarf, werden an vielen Orten in Deutschland bereits von anderen Organisationen erbracht; unbürokratisch, ohne Anträge und Bedürftigkeitsprüfung. Damit stellt sich die Frage, ob Staat und Stiftungen nicht stärker zusammenarbeiten müssen, um Kindern und Jugendlichen bessere Lebens- und Entwicklungschancen zu bieten. Wo können Staat und Stiftungen voneinander lernen? Wo lassen sich Synergien nutzen?

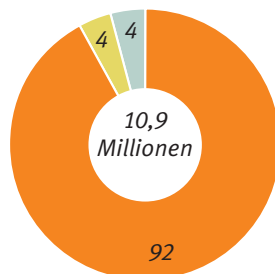
Minderjährige Kinder 2010 nach überwiegender Lebensunterhalt der Eltern und Familienform (in Prozent)

- Erwerbstätigkeit bei mindestens einem Elternteil
- Transferzahlungen bei allen Elternteilen
- Sonstige

bei Alleinerziehenden



in Paarfamilien



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

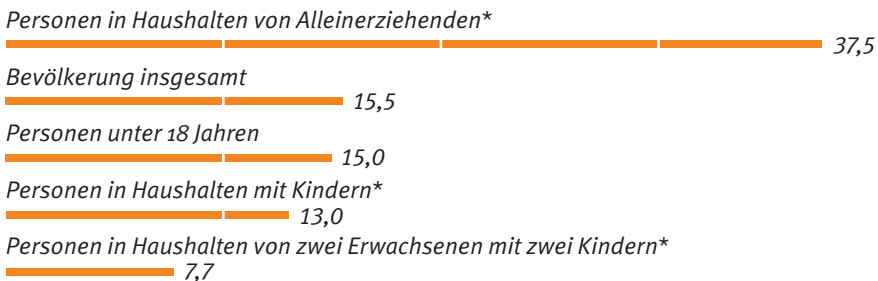
„Kinder sind unsere Zukunft“, heißt es; „Kein Kind darf verloren gehen“, heißt es; „Bildung ist unsere wichtigste Ressource“, heißt es. Doch tut die Gesellschaft alles, um diesen Aussagen gerecht zu werden? Mitnichten. Ein Blick in die Statistik zeigt: In Deutschland ist das Risiko gerade für Kinder besonders groß, sozial benachteiligt zu werden. Sind im bundesdeutschen Durchschnitt 15,6 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, ist die Gefahr bei den unter 18-Jährigen mit 17,5 Prozent nochmals höher.¹ Zu Beginn des Jahres 2011 wachsen knapp 1,8 Millionen Kinder in Haushalten mit SGB II-Bezug auf.² Demnach lebt jedes sechste Kind von Sozialgeld. In den neuen Bundesländern fällt das Bild noch drastischer aus: Mit 30,7 Prozent stammt fast jedes dritte Kind in Ostdeutschland aus einem einkommensarmen Haushalt.³

Inhalt und Aufbau der Studie

Die vorliegende Studie setzt sich unter Berücksichtigung der Handlungslogiken von Stiftungen mit diesen Fragen auseinander und sucht Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit von Staat und Stiftungen. Denn Stiftungen sind nicht nur eine starke Säule der Zivilgesellschaft, sondern mit ihren mannigfaltigen Angeboten oft auch näher an den sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen als der Staat. Sie verfügen über vielerlei Erfahrungen in Bezug auf die Förderung

von jungen Menschen und den Ausgleich von Benachteiligungen. Stiftungen sind vor Ort präsent, pflegen langjährige Kontakte zu Kindern und Jugendlichen, zu Lehrern und Schulen, Sozialarbeitern und Kommunen. Was sie auszeichnet, ist ihr sprichwörtlicher langer Atem, genauso wie die Möglichkeit schnell und flexibel auf bestimmte Entwicklungen zu reagieren. Außerdem können Stiftungen mutig neue Wege einschlagen und mit Pilotprojekten neue Ansätze auf ihre Tauglichkeit prüfen. Und schließlich lautete eine Schlussfolgerung im Dritten Armuts- und

Armutsrisikoquote nach Sozialleistungen 2008 in Deutschland (in Prozent)



* Als Kind zählen Kinder unter 18 Jahren sowie Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, EU-SILC

Reichtumsbericht: „Auf Grund der föderalen Struktur Deutschlands wird die nachhaltige Vermeidung von Armut und das Ziel der sozialen Integration jedoch nur durch gemeinsame Aktivitäten auf allen staatlichen Ebenen und gemeinsam mit allen Akteuren der Zivilgesellschaft zu erreichen sein.“⁴⁴ Ziel der vorliegenden Studie ist es also, die Erfahrungen der Stiftungen zu bündeln, um daraus Empfehlungen für den weiteren Umgang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket abzuleiten.

Vier Schritte führen durch die Studie: Im ersten Teil werden die in diesem Zusammenhang relevanten Begriffe erörtert und gesellschaftliche Entwicklungen aufgezeigt. Es wird geklärt, was das Bildungs- und Teilhabepaket charakterisiert und warum sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) für diese Form der Mittelzuteilung entschieden hat. Der zweite Schritt bietet einen Überblick über die Angebote von Stiftungen für Kinder und Jugendliche. Diese Best-Practice-Beispiele sind zwar nur eine Kostprobe stifterischen Engagements, machen aber doch deutlich, mit welchem Ideenreichtum die Gesellschaft auf die drängenden Herausforderungen bezüglich der Entwicklungschancen von jungen Menschen reagiert. Kern der Studie sind die im dritten Schritt vorgestellten Ergebnisse einer Online-Befragung unter mehr als 550 Stiftungen aus dem sozialen und Bildungsbereich, die Kinder und Jugendliche fördern. Die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von 22 Bildungsexperten aus Stiftungen flankieren die quantitative Erhebung. Im vierten Schritt werden schließlich die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats vorgelegt, der anhand der Einschätzungen, Kritikpunkte und Vorschläge seitens der Stiftungen zehn Empfehlungen für Kooperationen zwischen Staat und Stiftungen formuliert hat.

Zentrale Begriffe

1 Teilhabe

Der Begriff der Teilhabe hat verschiedene Facetten. In der Vergangenheit vor allem in der Debatte um die bessere Integration von Menschen mit Behinderungen verwendet, spielt er heute in weit mehr Zusammenhängen eine Rolle: im Hinblick auf Erwerbsarbeit, Bildung, kulturelle Aktivitäten, Freizeitverhalten oder in Bezug auf die Sprachkompetenz. Am gesellschaftlichen und kulturellen Leben nicht aktiv teilnehmen zu können, mindert die Lebensqualität und -chancen und ist zudem politisch verheerend. Demokratien leben von der Teilhabe ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Bevölkerung ist nicht nur aufgefordert, sich an Wahlen zu beteiligen; in pluralistischen Gesellschaften geht es auch darum, den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen Ausdruck zu verleihen.

Soziale Ausgrenzung indes führt zu Desinteresse und Resignation. Eine solche Haltung ist in manchen Teilen der Gesellschaft bereits unübersehbar. Schlimmer noch: Häufig wird sie „vererbt“. Wenn die Eltern kein Interesse an Politik und gesellschaftlichen Fragen haben, „die Politik“ gar verachten, ist die Gefahr groß, dass auch die staatsbürgerschaftlichen Tugenden des Nachwuchses allenfalls schwach ausgeprägt sind. Dabei muss es sich nicht einmal um eine bewusste Entscheidung der Eltern handeln, dem Staat den Rücken zu kehren. In bestimmten Milieus fehlt es schlicht an der

2 Teilhabechancen von Kindern

Kompetenz und am Wissen, dass und vor allem wie man sich überhaupt einbringen könnte. Wenn zudem armutsrisikobedingt existenzielle Fragen den Alltag dominieren, ist ein Streben nach politischer Teilhabe kaum zu erwarten. Dennoch wird dem demokratischen Staatswesen so seine bedeutsamste Ressource entzogen: die Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger und die von ihnen verliehene Legitimität. Wenn sich ganze Teile der Gesellschaft nicht mehr in den Prozess der Interessenbildung einbringen, entstehen blinde Flecken, die das gesellschaftliche Miteinander dauerhaft gefährden. Obendrein finden die Interessen dieser Gruppen noch weniger Berücksichtigung.

Dass der Begriff der Teilhabe in der öffentlichen Diskussion zunehmend Verwendung findet, deutet darauf hin, dass die Probleme, die sich aus mangelnder Teilhabe ergeben, mittlerweile erkannt worden sind. So ist es vielen Familien nicht möglich, Tätigkeiten nachzugehen, die für die Mehrheitsgesellschaft normal sind. Besonders Kinder erleben diese Exklusion – etwa wenn ihre Schulkameradinnen und -kameraden in ihrer Freizeit etwas unternehmen, was Geld kostet. Darüber hinaus werden sie daran gehindert, wichtige Erfahrungen zu sammeln.

Die Erfahrungen aus Kindheit und Jugend prägen den weiteren Lebensweg. Sie bestimmen, welche Kompetenzen sich ein Mensch aneignet, wie viel Selbstbewusstsein und Toleranz er mitbringt, wie vielfältig die persönlichen Interessen sind. Diese für das individuelle Vorankommen entscheidenden Schlüsselkompetenzen erwerben Kinder und Jugendliche nicht nur in der Schule, sondern auch durch ihr privates Umfeld. Dort sind die Rahmenbedingungen aber höchst unterschiedlich. Interessierte, informierte, kompetente Eltern finden sich im Dschungel der Angebote zurecht und haben oft genaue Vorstellungen, welche Qualifikationen ihren Kindern nützen. Sie zeigen ihnen ein Spektrum auf, so dass die Kinder eine Wahl haben, Freizeitaktivitäten nachzugehen, die ihren Vorlieben, Neigungen und Talenten entsprechen.

Ein ungünstiges Umfeld raubt Kindern unter Umständen wertvolle Lebenschancen und -perspektiven. Im schlechtesten Fall verkümmern Antrieb, Neugier und Motivation, bringen ablehnende Erfahrungen und Zurückweisungen Kinder dazu, sich einzuigeln, anstatt sich neuen Herausforderungen zu stellen. In vielen Fällen wissen Kinder gar nicht von den vielfältigen Möglichkeiten, die sich ihnen bieten. Natürlich sind diese Kinder im Nachteil – unabhängig von ihren kognitiven Fähigkeiten. Im Wesentlichen gibt es dafür zwei Gründe: Es mangelt an Kompetenzen oder an den finanziellen Möglichkeiten.⁵ So sind viele Freizeitbeschäftigungen mit Kosten verbunden: Bei Vereinsmitgliedschaften werden Beiträge fällig, viele Sportarten erfordern eine

Armut und Bildungsarmut

Wenn in Deutschland von Armut die Rede ist, ist in den seltensten Fällen absolute oder primäre Armut gemeint, die das Fehlen zum physischen Überleben notwendiger Mittel bezeichnet. Wer in Deutschland arm ist, muss nicht verhungern, erhält eine Wohnung und ist bei Krankheit grundsätzlich abgesichert. Daher spricht man von relativer Armut. Als relativ arm gilt, wessen monatliches Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Medianeinkommens) ausmacht.⁶ Und doch umfasst der Begriff der relativen Armut mehr als nur ein geringes Einkommen: „Sie ist eine Lebenslage, in der Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen, oft in Verbindung mit problematischen Familienbeziehungen und geringeren sozialen Kontakten, beeinträchtigt sind.“⁷ Kurz gesagt: Arme Menschen verfügen über unterdurchschnittliche Ressourcen.

Bestimmte gesellschaftliche Gruppen gelten als besonders armutsgefährdet: alleinerziehende Frauen, kinderreiche Familien, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Erwerbslose. Waren früher vor allem Alte, Behinderte oder chronisch Kranke von Armut betroffen, sind seit den 1970er Jahren „neue und zahlenmäßig größere Gruppen von neuen Armen“ hinzugekommen.⁸ Vor allem Kinder sind zu einem Armutsrisiko geworden – besonders wenn sie in einem Alleinerziehendenhaushalt aufwachsen.⁹ Viele Menschen können trotz Berufstätigkeit ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Ihre Zahl stieg von 6,4 Prozent im Jahr 2000 auf 12 Prozent 2006.¹⁰

Der Datenreport 2011 des Statistischen Bundesamtes macht deutlich, dass sich die Einkommenssituation der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung in den letzten Jahren verschlechtert hat: Über viele Jahre verfügten sie über knapp 10 Prozent des monatlichen Gesamteinkommens. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist dieser Anteil zurückgegangen: Das untere Fünftel verfügt nur noch über 9,4 Prozent des monatlichen Gesamteinkommens. Anders sieht es beim wohlhabendsten Fünftel aus: Ihr langjähriger Anteil am monatlichen Gesamteinkommen hat sich im Vergleichszeitraum von 34,7 auf 36,3 Prozent erhöht.¹¹ So geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander: „Inzwischen ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit auf einem der höchsten Niveaus der vergangenen Jahrzehnte angelangt“, heißt es im Datenreport von 2011.¹²

Zu dieser Bestandsaufnahme passt, dass die relative Armut in Deutschland immer weiter zunimmt: Im Jahr 2008 waren 15,5 Prozent der Menschen in Deutschland armutsgefährdet. Nach Zahlungen von Sozialleistungen haben diese Personen weniger als 929 Euro pro Monat zur Verfügung.¹³ 30 Prozent dieser Menschen sind nach eigenen Angaben nicht in der Lage, jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit einzunehmen.¹⁴ Allerdings ist ein Leben in Armut nicht zwangsläufig ein dauerhafter Zustand.

Die Folgen von Armut

Armut entscheidet nicht nur über die momentanen Lebensverhältnisse, sondern auch über die weiteren Zukunftschancen. So haben arme Kinder schlechtere Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse. Dadurch laufen sie Gefahr, im Erwachsenenalter selbst in Armut zu leben.¹⁵ Die Mobilität von unten nach oben ist also eingeschränkt. Dass sich die Armut verfestigt, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass 30 Prozent der Armen mehr als fünf Jahre in dieser Situation leben. Und je länger sie armutsbedingt Verzicht üben müssen, umso stärker wird die Gefahr der sozialen Exklusion. Wer sich in einer solchen Armutsspirale befindet, wird an den gesellschaftlichen Rand gedrängt.

Kinder und Jugendliche sind besonders armutsgefährdet. Bei den unter 18-Jährigen liegt die Armutsrisikoquote nach Zahlung von Sozialleistungen bei 15 Prozent. Junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren sind mit 21,1 Prozent in noch höherem Maße armutsgefährdet.¹⁶ Das Aufwachsen in Armut bedeutet für Kinder und Jugendliche eine Einschränkung ihrer Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten¹⁷ – und wirkt sich negativ auf ihre Bildungschancen aus. Im nunmehr Dritten Armuts- und Reichtumsbericht heißt es dazu: „Das monetäre Armutsrisiko beschreibt die Einschränkung der Teilhabechancen von Kindern nur unzureichend. Bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich zusätzlich Entwicklungsdefizite, soziale Benachteiligungen bis hin zu Unterversorgung mit

der Folge möglicher gesundheitlicher Probleme. In sozial benachteiligten Familien haben Kinder häufiger Übergewicht, zeigen häufiger sozial auffälliges Verhalten und nehmen seltener an aktiver Freizeitgestaltung, etwa an Sportangeboten teil.“¹⁸

Bildungsarmut

Wie wichtig Bildung für ein erfolgreiches Leben ist, hält der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in seinen Kernaussagen fest: „Gute Bildung muss im frühen Kindesalter beginnen und ist unabdingbare Voraussetzung für gute Ausbildungs- und Beschäftigungschancen (...)“ Bildungsarmut lässt sich anhand von Zertifikaten (Schulabschlüssen etc.) und Kompetenzen (z. B. Alphabetisierung) messen.¹⁹ Das Verhältnis von Armut und Bildungsarmut ist ein wechselseitiges: Wer arm ist, hat schlechtere Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse. Zugleich ist der Einfluss der Bildung auf den ökonomischen Status in hochindustrialisierten Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestiegen. Gut ausgebildete Menschen haben daher gute Chancen auf ein höheres Einkommen, das wiederum Weiterbildung und -qualifikation erleichtert. Somit stellt sich Bildungsarmut auch als Folge von Bildungsbenachteiligung dar. Die Spirale wirkt auch hier.

Grundausrüstung, Schulausflüge oder Landheimaufenthalte sind teuer, ebenso wie der Nachhilfeunterricht. Kinder und Jugendliche aus einem sozial schwachen Umfeld müssen daher auf vieles verzichten.

3 Chancengerechtigkeit

Wie viele Studien belegen, ist Bildungserfolg in Deutschland in besonders hohem Maße vom Elternhaus abhängig. Soziostrukturelle Merkmale wie Einkommen der Eltern, Geschlecht oder Ethnizität sind derart wirkungsmächtig, dass Kinder selbst bei identischen intellektuellen Kapazitäten unterschiedliche Chancen auf Bildungserfolg haben. Sozial benachteiligte Kinder erzielen niedrigere Bildungsabschlüsse, als es ihrem Leistungspotenzial entspricht.²⁰ Während vier Fünftel der Kinder mit akademischem Bildungshintergrund nach der Grundschule auf das Gymnasium wechseln, liegt der Anteil der Jugendlichen ohne familiären akademischen Hintergrund bei 29 Prozent.²¹ Eine ähnliche Schieflage zeigt der Blick auf die Hauptschülerinnen und -schüler: 26 Prozent der Kinder aus Familien ohne akademischen Bildungshintergrund besuchen eine Hauptschule, aber nur 5 Prozent der Kinder aus Familien mit akademischem Hintergrund.

Dieser Zusammenhang zeigt sich besonders ausgeprägt bei Kindern von Menschen nicht deutscher Herkunft: „Kinder von gering qualifizierten Zuwanderern erreichen sehr häufig nur den Hauptschulabschluss, während Kinder qualifizierter Zuwanderer ebenso häufig wie deutsche Kinder studieren“, konstatiert der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.²²

Ungerechtigkeiten bei der Chancenverteilung zuzulassen, kratzt seit der Veröffentlichung der PISA-Studien nicht nur am Image Deutschlands. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels kann es sich Deutschland schlichtweg nicht mehr leisten, die Talente und Fähigkeiten junger Menschen zu vergeuden. Um diese Probleme zu überwinden, bedarf es der konzertierten Anstrengung verschiedener Ministerien und der Zivilgesellschaft. Das BMAS will mit dem Bildungs- und Teilhabepaket dazu beitragen.

4 Das Bildungs- und Teilhabepaket

Ein zentraler Ansatz, das Risiko von Kinderarmut zu minimieren und Kindern gleiche Teilhabechancen zu gewähren, besteht in der Vergabe materieller Leistungen. Bis Ende 2010 erhielten Kinder – abhängig von ihrem Alter – nur einen Anteil des Regelsatzes des Haushaltsvorstandes: Kinder bis sechs Jahre bekamen 60 Prozent, Kinder zwischen sechs und 14 Jahren mussten mit 70 Prozent auskommen, ab dem 14. Geburtstag bis zur Volljährigkeit erhielten sie 80 Prozent des Erwachsenensatzes.

Am 9. Februar 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und beim Sozialgeld für verfassungswidrig, da die Regelleistungen für Erwachsene und Kinder „nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (...) erfüllen“, so die Begründung in der Pressemitteilung vom 9. Februar 2010.²³ Das Bundesverfassungsgericht machte deutlich, dass gemäß dem Sozialstaatsprinzip allen Hilfebedürftigen eine Sicherung der materiellen Voraussetzungen gewährleistet werden müsse,

die für die „physische Existenz“ und „für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind“. Im Klartext bedeutet das: Bildung und Teilhabe sind Bestandteil des Existenzminimums – eine Neuorientierung in der bundesrepublikanischen Sozialpolitik. Konsequenterweise kritisierte das Bundesverfassungsgericht auch nicht die absolute Höhe der Zuwendungen, sondern deren Berechnung. Bei der Berechnung der Beitragshöhe des Sozialgeldes, das Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres erhalten, habe der Gesetzgeber „jegliche Ermittlungen zum spezifischen Bedarf eines Kindes, der sich im Unterschied zum Bedarf eines Erwachsenen an kindlichen Entwicklungsphasen und einer kindgerechten Persönlichkeitsentfaltung auszurichten hat, unterlassen“.²⁴ Das Bundesverfassungsgericht setzte dem Gesetzgeber eine Frist bis zum 31. Dezember 2010, um eine Neuregelung vorzulegen.

Nach langwierigen Verhandlungen mit der Opposition, die auch den Vermittlungsausschuss beschäftigten, verabschiedeten Bundestag und Bundesrat schließlich im Februar 2011 die Hartz IV-Reform. Kernergebnis war, neben einer Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes um fünf Euro, das Bildungs- und Teilhabepaket; beides trat rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft. Der Bund entlastet die kommunalen Träger des Bildungspakets bis 2013 um jährlich 1,3 Milliarden Euro, ab 2014 um rund 0,9 Milliarden Euro. Die Bildungs- und Teilhabeleistungen für die etwa 2,5 Millionen leistungsberechtigten Kinder werden im Wesentlichen in Form von Gutscheinen oder Direktzahlungen an den Leistungsanbieter erbracht. Ein Paradigmenwechsel, denn bis dato hatte der Staat den Anspruchsberechtigten in vergleichbaren Situation stets einen höheren Betrag ausgezahlt. Dr. Annette Niederfranke, Staatssekretärin beim

BMAS, sagte dazu: „Geld für Bildung und Teilhabe an die Eltern der bedürftigen Kinder zu überweisen, indem einfach der Kinderregelsatz etwas erhöht worden wäre, wäre einfacher gewesen. Viel verbessert hätte sich im Leben der betroffenen Kinder dadurch aber leider nicht. Daher sind wir den Weg der Ausgestaltung über Sachleistungen gegangen.“²⁵

Das Bildungs- und Teilhabepaket umfasst folgende Leistungen:

- Aufwendungen für das gemeinschaftliche Mittagessen in Kita, Kindertagespflege und Schule, soweit sie über einen Euro pro Essen hinausgehen.
- Lernförderung von Schülerinnen und Schülern, sofern sie Gefahr laufen, wesentliche Lernziele nicht zu erreichen und die Lernförderung die Chancen verbessert, die gesetzten Lernziele doch zu erreichen.
- Teilhabe an Kultur, Sport und Freizeit für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Es können etwa Mitgliedsbeiträge für Sportvereine oder Gebühren für den Musikunterricht finanziert werden. Dafür stehen pro Kind monatlich zehn Euro bereit.
- Teilnahme an Tagesausflügen und mehrtägigen Ausflügen, die von Schulen oder Kitas organisiert werden.
- Mittel des persönlichen Schulbedarfs, z. B. Schulranzen, Hefte, Stifte, in Höhe von 100 Euro jährlich (70 Euro im ersten Halbjahr, 30 Euro in der zweiten Jahreshälfte).
- Beförderung für Schülerinnen und Schüler, die die nächstgelegene Schule ihres Bildungsgangs besuchen, sofern tatsächlich Kosten anfallen, die nicht anderweitig getragen werden.

Um diese Leistungen zu erhalten, müssen die Eltern der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen bei den jeweiligen kommunalen Trägern des Bildungs- und Teilhabepakets – z. B. im Jobcenter – einen Antrag stellen.

Der Deutsche Städtetag begrüßte die Entscheidung zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets. Die Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat seien eine „Entlastung der Städte von Sozialausgaben“. Auch die zentrale Rolle der Kommunen bei der Umsetzung des Bildungspakets wurde positiv bewertet.²⁶ Allerdings fiel vor allem die mediale Resonanz auf die Ausgestaltung des Bildungspakets überwiegend negativ aus. Zu kompliziert und bürokratisch sei das Paket.²⁷ Die Jobcenter seien überlastet, es mangle an Kompetenz, über die Förderung von Kindern und Jugendlichen zu entscheiden. Hinzu kam, dass die überwiegende Zahl der Anspruchsberechtigten innerhalb der ersten Monate keine Anträge stellte. Noch Ende Juni, vier Monate nach der parlamentarischen Einigung, hatten weniger als 30 Prozent Anträge eingereicht.

Zwar steigt die Nachfrage – unter anderem dank aufwendiger Informationsmaßnahmen durch das BMAS –, die Kritik reißt jedoch nicht ab: Als das Ministerium Anfang November meldete, mittlerweile hätten 44 Prozent der Anspruchsberechtigten Leistungen aus dem Paket beantragt, kritisierte der Paritätische Wohlfahrtsverband: Da nicht alle Eltern die Leistungen für ihre Kinder abrufen würden, entpuppe sich das Bildungspaket als ein „Sparpaket“²⁸. Andere Organisationen monierten, dass Doppelstrukturen aufgebaut würden, da viele der Leistungen bereits zuvor von anderen Einrichtungen angeboten worden seien²⁹.

Des Weiteren wird vielfach bemängelt, dass die monatlich bereitgestellten Gelder für Vereinsaktivitäten die nötige Ausrüstung wie etwa Sportschuhe nicht beinhalten.³⁰

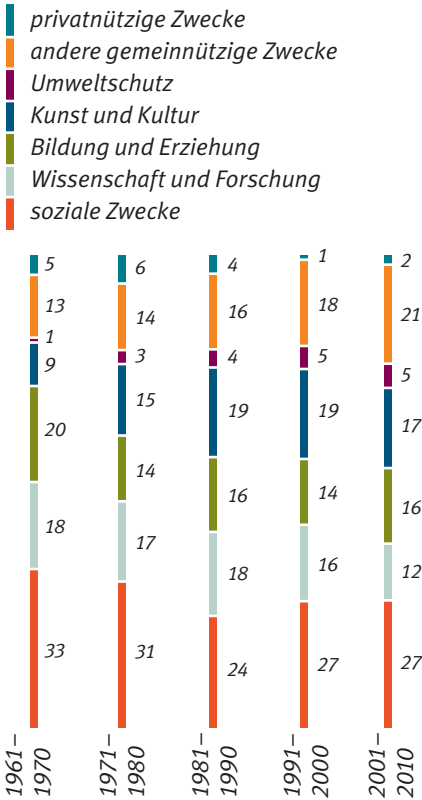
5 Engagement der Zivilgesellschaft

Eine nahezu unüberschaubare Zahl von Initiativen aus der Zivilgesellschaft hat zum Ziel, gesellschaftliche Benachteiligungen abzubauen. Traditionell nehmen deutsche Stiftungen dabei eine besonders prägnante Rolle ein. Schließlich wurden über Jahrhunderte die meisten Stiftungen zu sozialen Zwecken gegründet. Noch heute verfolgt knapp ein Drittel der Stiftungen hauptsächlich soziale Zwecke.³¹

Auf unterschiedliche Weise fördern Stiftungen benachteiligte Kinder und Jugendliche. Zahlreiche Stiftungen vergeben z. B. Stipendien, entweder in Form monetärer Mittel oder als Sachleistungen. In aller Regel umfassen Stipendien mehr als finanzielle Unterstützung: Die Stipendiaten lernen sich zu fokussieren, auf ein Ziel hinzuarbeiten, sich in neuen Kreisen zu bewegen und entwickeln über einen längeren Zeitraum ihre sozialen Kompetenzen.

Andere Stiftungen haben sich auf eine institutionelle Förderung spezialisiert. Sie stärken Jugendeinrichtungen, Stadtteilzentren, Elterntreffs und Sportvereine; sie bauen Spielplätze, bieten Kurse im Kochen, Gärtnern oder in Medientechnik; sie begleiten Kinder und Jugendliche an ihren freien Nachmittagen, sorgen dafür, dass sie ein warmes und gesundes Mittagessen bekommen, machen mit ihnen Hausaufgaben und geben ihnen einen Platz, an dem sie ungestört oder gemeinsam mit anderen lernen können.

Gewichtete Hauptgruppen der Stiftungszwecke in Dekaden seit 1961 (in Prozent)



Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen (Mai 2011)

So sind Stiftungen in allen Milieus vertreten; sie engagieren sich an sozialen Brennpunkten und Problemschulen genauso wie an Gymnasien in bürgerlichen Vierteln. Ein Ziel aber verfolgen alle Stiftungen: Die Chancen derjenigen, die sie unterstützen, zu verbessern – im Bewusstsein, dass Talente ohne diese Förderung verloren gingen.

Verteilung der Stiftungszweck-Hauptgruppen im Stiftungsbestand (in Prozent)



Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen (Mai 2011)

Vor diesem Hintergrund scheinen Stiftungen als geradezu ideale Partner, um den Staat dabei zu unterstützen, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ihre Zielgruppe erreichen. Ob und unter welchen Bedingungen Stiftungen als private Akteure zu derartigen Kooperationen bereit sind, wird die Studie zeigen.

2 – Status quo: Stiftungsengagement für Teilhabe in Deutschland

Stiftungen engagieren sich bundesweit für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. In den verschiedenen Bundesländern variieren Stiftungsbestand und -dichte, ebenso wie die Projekte und Initiativen für junge Menschen. Welche Angebote stehen Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen Bundesländern zur Verfügung?³² Wie viele Menschen erhalten staatliche Sozialleistungen, und wie hoch ist die Armutsrisikoquote? Diese Fragen sollen im Folgenden beleuchtet werden.

Erläuterungen zu den Porträts der Bundesländer auf den Seiten 16 bis 31

a) Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung (in Prozent):

Stand am Jahresende 2009, Quote als Anteil an der Gesamtbevölkerung. Soziale Mindestsicherung umfasst die folgenden Sozialleistungen: Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II/Hartz IV) „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, laufende

Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII, laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).³³

b) Empfängerinnen und Empfänger von Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II /Hartz IV) unter 15 Jahren (in Prozent):

Quote als Anteil an der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, letzte Änderung: 21.09.2011.³⁴

Mehr als 30 Prozent der deutschen Stiftungen sind im sozialen Bereich tätig, mehr als 15 Prozent widmen sich Bildung und Erziehung. Viele dieser Stiftungen konzentrieren sich in ihrer Arbeit auf die Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Bei den gut 300 deutschen Bürgerstiftungen findet sich das Engagement für diese Gruppe fast durchgängig in der Satzung. Ein zentrales Ziel besteht darin, die Lebensperspektiven benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu verbessern. Die aus dieser Arbeit resultierenden Erfahrungen haben häufig Vorbildcharakter. Dieses Kapitel soll daher zweierlei leisten: erstens einen Blick in die einzelnen Bundesländer werfen, um zu sehen, wie Stiftungen auf die heterogenen Lebensverhältnisse und die sich daraus ergebenden Herausforderungen reagieren; zweitens anhand ausgewählter Beispiele demonstrieren, wie erfolgreich das Stiftungsangebot für Kinder und Jugendliche ist und wo bereits vorbildhafte Kooperationen existieren.

c) Armutsrisikoquote von unter 18-Jährigen (in Prozent):

Die Armutsrisikoquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung

(in Privathaushalten) beträgt. Die Angaben beziehen sich auf den Bundesmedian und das Jahr 2009.³⁵

d) Stiftungsbestand 2010






e) Stiftungsdichte – Stiftungen pro 100.000 Einwohner (2010)

Gewichtete Hauptgruppen der Stiftungszwecke:

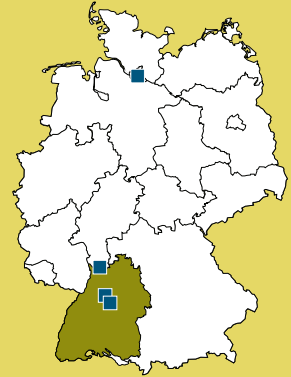


Zur besseren Orientierung wurden die Stiftungsangebote Kategorien zugeordnet. „Bildung“ umfasst z. B. Hausaufgabenhilfe, Sprachförderung und materielle Unterstützung wie Bücher, Hefte und Stifte. In der Kategorie „Kultur“ versammeln sich Musikunterricht, Theaterworkshops, Museumsbesuche u. v. m. „Freizeit“ beinhaltet z. B. Ausflüge und Ferienwochen.

Kategorien:

-  Bildung
-  Mittagessen
-  Kultur
-  Freizeit
-  Sport

Baden-Württemberg



a) Empfänger Mindestsicherung	5,4
b) Empfänger Hartz IV	8,9
c) Armutsrisikoquote	12,9
d) Stiftungsbestand 2010	2.707
e) Stiftungsdichte 2010	25,2

27

15

17

15

5

16

5

■ Günter Reimann-Dubbers Stiftung (Heidelberg), ■ Dürr-Stiftung (Hamburg)

*Deutsch für den Schulstart.
Sprachförderung für Kinder
in Kita und Grundschule*



Das Sprachförderkonzept bereitet die Kinder gezielt auf die Anforderungen in der Schule, das Lesen- und Schreibenlernen vor. Seit 2004 wird es in städtischen Kindertagesstätten in Heidelberg erprobt; aktuell arbeiten ca. 800 Förderkräfte auch in anderen Einrichtungen und Regionen.

www.deutsch-für-den-schulstart.de

■ Jugendstiftung Baden-Württemberg (Sersheim)

Integration durch Bildung



Die Stiftung fördert Bildungskurse für Kinder aus Migrantenfamilien und einkommensschwachen Haushalten in der Gemeinde Bretten. Ihnen werden kostenlose Kurse angeboten, z. B. mathematische Frühförderung, bildende Kunst, Theater, Lesewerkstatt, kreatives Tanzen.

www.jugendstiftung.de

■ Baden-Württemberg Stiftung (Stuttgart), in Kooperation mit dem ■ VfB Stuttgart

kicken & lesenA

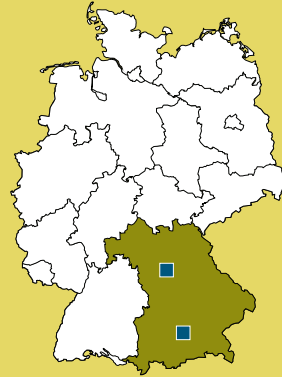


Die Projektpartner wollen gezielt die Lesefähigkeit von Jungen im Alter von zehn bis 14 Jahren aus „lesefernen“ Elternhäusern fördern, um ihre Bildungschancen zu verbessern. Durch ihre Begeisterung für den Fußball werden die Jungen zum Lesen motiviert. Das Projekt dient zudem der Integration, Stärkung der Sozialkompetenz und Gewaltprävention.

www.bwstiftung.de

Bayern

Empfänger Mindestsicherung	4,9
Empfänger Hartz IV	7,8
Armutrisikoquote	12,5
Stiftungsbestand 2010	3.334
Stiftungsdichte 2010	26,6



36

12

16

14

3

14

4

■ SOS-Kinderdorf-Stiftung (München)

Die Stiftung verwendet einen Teil ihrer Mittel für den Bereich Schul- und Berufsausbildung. Sie finanziert hierfür Familienzentren und Förderangebote an unterschiedlichen Standorten bundesweit.
www.sos-kinderdorf-stiftung.de



■ Musik zum Leben

(Treuhandsstiftung unter dem Dach der Bürgerstiftung München)

MUS-E



17 „MUS-E“-Klassen an vier Münchner Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen erhalten für jeweils drei Jahre zwei Wochenstunden besonderen Unterricht im musischen Bereich. Kinder und Lehrer arbeiten zusammen mit Künstlern aus Musik, Theater, Tanz oder den bildenden Künsten.
www.buergerstiftung-muenchen.de

■ Emanuel Stiftung (Nürnberg)

Die jungeMET



Die „jungeMET“ produziert ab 2012 als Kooperation des Stadttheaters Fürth und des Theaters Pfüze Musiktheater für Kinder und Jugendliche. Die Emanuel Stiftung hat einen Hilfsfonds eingerichtet, der Kindern aus einkommensschwachen Familien ermöglicht, zusammen mit ihren Eltern das Theater kostenlos zu besuchen.
www.emmanuel-stiftung.info

Berlin

Empfänger Mindestsicherung	19,5
Empfänger Hartz IV	35,6
Armutsrisikoquote	25,9
Stiftungsbestand 2010	725
Stiftungsdichte 2010	21,1



31

17

16

13

2 18

3

■ Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin – Walter May

Haus der Jugend



Jugendfreizeiteinrichtung für Kinder und Jugendliche von sechs bis 21 Jahren in Berlin Wedding, einem Stadtteil mit problematischer sozialer Struktur. Das Angebot umfasst neben offenen Angeboten u. a. Hausaufgabenhilfe, Sport, Kochen, Kunst, Fotografie, Musik.
www.stiftung-spi.de

■ Bürgerstiftung Neukölln

Neuköllner Talente



Das Projekt hilft, Talente von Kindern zwischen acht und zwölf – im Sinne von Gaben, Wünschen und Interessen – zu entdecken, aufzugreifen und mit Hilfe von ehrenamtlichen „Talentpaten“ zu fördern.
www.neukoelln-plus.de

■ Die Chancenstiftung

Bildungspaten für Deutschland



Aus den regelmäßigen Spenden von Bildungspaten werden bundesweit „Lernstipendien“ an Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien vergeben. Damit können sie am Unterricht einer professionellen Nachhilfeeinrichtung teilnehmen.
www.chancenstiftung.de

■ Berliner Tafel Stiftung

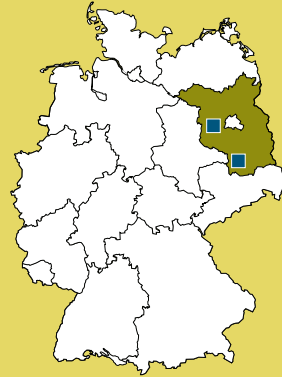
Kinder- und Jugendimbiss KIMBA, Kinder- und Jugendrestaurant TALMARANT



Bei KIMBA zeigen Küchenprofis Kindern und Jugendlichen, wie man Snacks gesund und nahrhaft zubereitet. Das KIMBAmobil, ein mit moderner Küchentechnik ausgestatteter Doppeldeckerbus, fährt Schulen und Jugendzentren in Berlin an. Im Restaurant TALMARANT lernen die jungen Gäste gesunde Ernährung kennen. Im Centre Talma stehen ihnen zudem Tanz- und sportliche Bewegungsangebote offen.
www.kinderrestaurant-berlin.de

Brandenburg

Empfänger Mindestsicherung	12,7
Empfänger Hartz IV	22,3
Armutrisikoquote	21,5
Stiftungsbestand 2010	157
Stiftungsdichte 2010	6,3



24

11

16

20

5

23

1

■ „Lernen vor Ort“ (Public Private Partnership von BMBF, Kommunen und einem Verbund von 26 Stiftungen, Landkreis Elbe-Elster), ■ **Deutsche Kinder- und Jugendstiftung**, ■ **Sparkassenstiftung** „Zukunft Elbe-Elster-Land“ sowie ein ■ **Stiftungsverbund** von vier örtlichen Stiftungen

Lebenslang Lernen – für uns Ziel und Selbstverständlichkeit!



Jugendliche mit besonderem Bedarf werden lückenlos bis zum Eintritt in den Beruf durch aufsuchende Beratung von Lernbegleiterinnen und -begleitern unterstützt. Ein Übergangmanagement fördert kommunale Kooperationen zum Übergang Kita – Schule und Schule – Beruf.

Die Deutschlandkarte auf Seite 44 zeigt alle Kommunen und Stiftungen, die am Förderprogramm „Lernen vor Ort“ teilnehmen.

www.lernen-vor-ort.info

■ **Stiftung Paretz** (Ketzin OB Paretz)

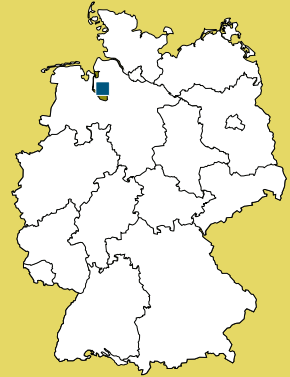
Schülerfirma „Paretzer Café“



Im Schülerunternehmen organisieren Schülerinnen und Schüler aus Ober- und Grundschulen der Region den Betrieb eigenverantwortlich. Das Café bietet einmal wöchentlich Getränke und selbstgebackenen Kuchen sowie Kino für Jugendliche mit Getränken und Pizza.
www.stiftung-paretz.de

Bremen

<i>Empfänger Mindestsicherung</i>	16,7
<i>Empfänger Hartz IV</i>	30,7
<i>Armutsrisikoquote</i>	28,6
<i>Stiftungsbestand 2010</i>	303
<i>Stiftungsdichte 2010</i>	45,8



25

11

19

16

3 16

10

■ Bürgerstiftung Bremen

MahlZeit und mehr



Das Projekt MahlZeit bietet im Bremer Stadtteil Neue Vahr sonntags bedürftigen Kindern ein Mittagessen an. Es wird ehrenamtlich getragen von der Gesellschaft für Wohnen und Bauen GmbH, dem Balladins Superior Hotel und der Bremer Sozialverwaltung. Benachteiligte Familien mit Kindern und Jugendliche werden mit Schularbeitenhilfe, der Vermittlung von Lehrstellen und Sachleistungen unterstützt.

www.buergerstiftung-bremen.de

■ Gib Bildung eine Chance (Bremen)

Ferienfreizeit des NABU



Kindern aus einkommensschwachen Familien wird die Teilnahme an den Ferienfahrten durch Übernahme eines Großteils der Kosten ermöglicht. Bei den erlebnis- und umweltpädagogischen Fahrten in die Natur wird die ganzheitliche Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenz der Kinder gefördert.

www.gibbildungeinechance.de

■ Weserterrassen-Stiftung

Bildungsbrücke



Im Rahmen des Projektverbunds „Bildungsbrücke“ werden Stipendien an Kinder aus einkommensschwachen Familien vergeben, die in den Bremer Stadtteilen Mitte und Östliche Vorstadt wohnen oder zur Schule gehen. Sie sollen helfen, die „Nebenkosten“ der Bildung wie Klassenfahrten, Sprachreisen, Mittagessen, zusätzliche Bücher oder Sportkleidung zu bezahlen.

www.bildungsbruecke-viertel.de

■ Stadtteil-Stiftung Hemelingen

Dritte-Klasse-Event

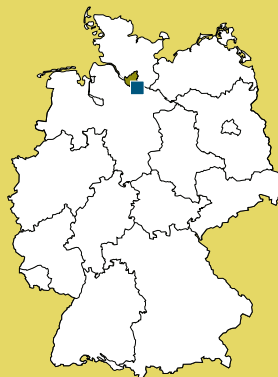


Das „Dritte-Klasse-Event“ ermöglicht Grundschülerinnen und -schülern durch einen Zuschuss von je zehn Euro einen Ausflugstag oder ein kleines Fest an ihrer Schule. Damit können die Kinder Museen, Theaterstücke oder Kinoveranstaltungen besuchen, kindgerechte Führungen in Unternehmen mitmachen oder sich bei Aktionen mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen beteiligen.

www.stiftung-hemelingen.de

Hamburg

Empfänger Mindestsicherung	13,3
Empfänger Hartz IV	22,9
Armutrisikoquote	21,7
Stiftungsbestand 2010	1.199
Stiftungsdichte 2010	67,6



37

13

17

12

2

15

3

■ BürgerStiftung Hamburg

Zwei Schulen in Hamburg-Schnelsen bieten ein Förderprogramm, das Kindern mit Lernentwicklungsstörungen gezielt hilft. Die Bürgerstiftung trägt die Kosten für Kinder, deren Eltern nicht dazu in der Lage sind.
www.buergerstiftung-hamburg.de



Musica Altona



Der von der Bürgerstiftung mit ins Leben gerufene Verein Musica Altona e. V. nimmt Musikinstrumente als Spenden entgegen und vermittelt Patenschaften für Musikunterricht. Hierdurch können mehr als 250 Kinder, die sonst nicht die Möglichkeit hätten, ein Instrument erlernen.
www.musica-altona.de

Ein Nest im Astweg



Rund 15 Schulkinder werden an fünf Tagen in der Woche mit einem kostenlosen Mittagstisch versorgt. Sie lernen, gesunde und leckere Gerichte selbst zuzubereiten. Erfahrene Betreuerinnen unterstützen die Kinder auch bei der Erledigung der Hausaufgaben und anderen Fragen.

■ Philip Breuel Stiftung

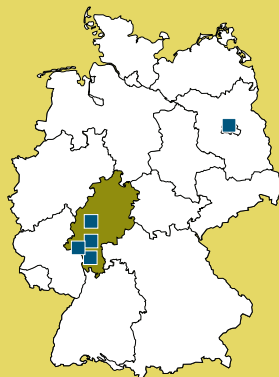
KinderKunstKlub



Kinder an Grundschulen in sozialen Brennpunkten werden in den „KinderKunstKlubs“ der Stiftung kunstpädagogisch gefördert. Erfahrene Kunst-, Theater- und Musikpädagogen leiten die „KKKs“ und fördern Kreativität, Motivation, Selbstvertrauen und soziale Kompetenz.
www.philip-breuel-stiftung.de

Hessen

Empfänger Mindestsicherung	8,7
Empfänger Hartz IV	15,1
Armutsrisikoquote	16,0
Stiftungsbestand 2010	1.643
Stiftungsdichte 2010	27,1



29

16

15

14

3 21

2

■ **Gemeinnützige Hertie-Stiftung** (Frankfurt am Main), ■ **Gölkel Stiftung** (Mainz) gemeinsam mit der ■ **Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung e.V.** (Gießen), dem ■ **Hessischen Sozialministerium** und dem ■ **Hessischen Kultusministerium**

Frühstart. Deutsch und interkulturelle Bildung im Kindergarten



36 Kindergärten verschiedener Träger in zehn hessischen Städten bieten ein vorschulisches Sprachförderprogramm für Kinder aus Zuwandererfamilien und Kinder mit sprachlichen Defiziten an, um bereits im Kindergarten den Grundstein für Integration und schulischen Erfolg zu legen. www.projekt-fruehstart.de

■ **Peter Fuld Stiftung** (Frankfurt am Main)

Unterstützt werden Schüler und Schülerinnen mit kognitiven und sozialen Defiziten und Sprachproblemen. Die Benachteiligung der Kinder soll ausgeglichen und ihre soziale Integration gefördert werden. Die Stiftung ermöglicht gezielt Förderunterricht, Hausaufgabenhilfe und individuelle Maßnahmen wie Lerntechniken oder Verhaltenstraining. www.peterfuldstiftung.de



■ **Hessenstiftung – Familie hat Zukunft** (Bensheim) zusammen mit dem ■ **FSV Frankfurt 1899**

Kicken & Lesen. Denn Jungs lesen ander(e)s



Seit 2011 übernimmt die Hessenstiftung das bewährte Konzept zur Leseförderung von Jungen durch die Begeisterung für Fußball der Baden-Württemberg Stiftung. (Siehe Seite 16) www.hessenstiftung.de

■ **Accenture-Stiftung** (Kronberg, Taunus), ■ **Deutsche Bank Stiftung** (Frankfurt am Main), ■ **sdw** (Stiftung der Deutschen Wirtschaft, Berlin)

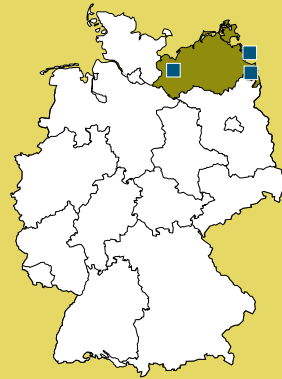
Studien-Kompass /Elternkompass



Das Stipendienprogramm soll Schülerinnen und Schülern aus Nichtakademiker-Familien zum Studieren motivieren. Ihnen werden Workshops und Trainings zur Orientierung und Hilfestellung im Studienalltag angeboten. Der „Elternkompass“ bietet Informationen für Eltern studieninteressierter Jugendlicher zu Fördermöglichkeiten, Stipendien etc. www.studienkompass.de

Mecklenburg-Vorpommern

Empfänger Mindestsicherung	15,0
Empfänger Hartz IV	27,2
Armutrisikoquote	32,8
Stiftungsbestand 2010	151
Stiftungsdichte 2010	9,1



27

8

13

21

8

22

1

■ „Lernen vor Ort“, ■ Achterkerke Stiftung für Kinder (Heringsdorf) mit dem ■ Landkreis Ostvorpommern

Bildung für alle im Landkreis Ostvorpommern



Die allgemeine Bildung in der Region soll verbessert werden, damit mehr Jugendliche ein Studium aufnehmen. Darüber hinaus werden Schulen und Kinder- einrichtungen in der Region z. B. durch die Ausstattung mit moderner Computertechnik unterstützt.

■ „Lernen vor Ort“, ■ Achterkerke Stiftung für Kinder (Heringsdorf) mit dem ■ Landkreis Uecker-Randow

Bildung schafft Zukunft



Für Eltern, Kinder und Jugendliche wird ein Bildungsberatungszentrum aufgebaut, das mit niedrigschwelliger, mobiler Beratung bildungsferne Familien sowie Menschen im ländlichen Raum erreichen soll.

www.lernen-vor-ort.info

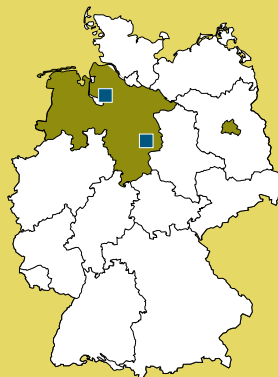
■ Sozialstiftung Ostufer Schweriner See (Leezen)



Die Stiftung fördert Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien in den Gemeinden des Amtes Ostufer Schweriner See mit individuellen Schul- und Ausbildungskosten-Beihilfen und Stipendien. Auch die Jugend- und die Schulsozialarbeit werden unterstützt.
www.amt-ostufer-schweriner-see.de

Niedersachsen

Empfänger Mindestsicherung	9,6
Empfänger Hartz IV	15,4
Armutsrisikoquote	20,8
Stiftungsbestand 2010	1.906
Stiftungsdichte 2010	24,0



28

11

14

15

6

20

6

■ Bürgerstiftung Lilienthal

Kinderakademie: außerschulische Lernbetreuung an Grundschulen



Mit Kursen, Vorträgen und Mitmachangeboten soll das kindliche Forschungsinteresse geweckt werden, dazu gehören Kurse wie: Forschen und Entdecken, Astronomie, Kunst-Workshops, Experimente mit Pflanzen u. a.
www.kinderakademie-lilienthal.de

■ Stiftung unsere Kinder in Braunschweig

Unterstützung für benachteiligte Kinder in Braunschweig durch die Förderung von Kitas und Schulen in sozialen Brennpunkten, besonders in den Bereichen gesunde Ernährung, musikalische Früherziehung und Bewegung.
www.skibs.de



■ Volksbank BraWo Stiftung (Braunschweig)

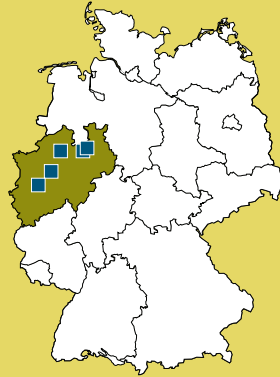
United Kids Foundations



Von der Volksbank BraWo Stiftung gegründetes und koordiniertes Netzwerk, das Projekte für Kinder in der Region Braunschweig-Wolfsburg unterstützt und selbst fördert. Überregionale Stiftungen und regionale Partner werden zusammengebracht. Geförderte Projekte sind u. a.: Medienkompetenz in der Grundschule, Hausaufgabenhilfe, Kinderzirkus, Kindermusicalfreizeit, Lernwerkstatt-Schulverweigerung, Mathe erleben, Sprachförderung, Sport etc.
www.united-kids-foundations.de

Nordrhein-Westfalen

Empfänger Mindestsicherung	10,7
Empfänger Hartz IV	17,9
Armutrisikoquote	21,0
Stiftungsbestand 2010	3.510
Stiftungsdichte 2010	19,6



29

13

15

15

4

20

4

■ Bielefelder Bürgerstiftung, ■ Familie-Osthushenrich-Stiftung (Gütersloh)

Kein Schulkind ohne Mittagessen



Finanzierung von Schulmittagessen von Kindern in Ganztagschulen, wo neben dem Essen in Gemeinschaft auch pädagogische Betreuung angeboten wird. Dies kommt kinderreichen Familien und Geringverdienerhaushalten zu Gute, die den Eigenanteil für das Schulessen nicht aufbringen können.

www.bielefelder-buergerstiftung.de

www.tabula-bielefeld.de

www.familie-osthushenrich-stiftung.de

■ Stiftung Jedem Kind ein Instrument (Bochum)

Jedem Grundschulkind des Ruhrgebiets soll die Möglichkeit offen stehen, ein Musikinstrument zu erlernen, das es sich selbst ausgesucht hat. Im Mittelpunkt steht das gemeinsame Musizieren der Kinder.

www.jedemkind.de



■ Vodafone Stiftung (Düsseldorf)

family Programm



Das Pilotprojekt setzt bei Familien als zentrale Bildungsinstanz an. Es soll die Lernausgangsbedingungen von Kindern verbessern und ihre Bildungschancen erhöhen. Das Angebot richtet sich an Eltern mit Kindern im Vor- oder Grundschulalter in einer der drei Projektkommunen (Berlin, Düsseldorf, Kreis Lippe).

www.buddy-ev.de/family-Programm

www.vodafone-stiftung.de

■ Stiftung Mitmachkinder (Münster)

Förderfonds der kommunalen Stiftung Bürgerwaisenhaus

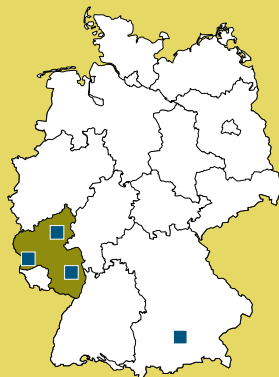


Die Stiftung erschließt individuelle Fördermöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen, die in Münster leben, in außerschulischen Bereichen wie Sport, Musik, Kultur etc.

www.stiftungen-muenster.de

Rheinland-Pfalz

Empfänger Mindestsicherung	7,2
Empfänger Hartz IV	12,6
Armutsrisikoquote	18,2
Stiftungsbestand 2010	843
Stiftungsdichte 2010	21,0



28

12

15

20

4

19

2

■ Koblenzer Bürgerstiftung

Lernpatenprojekt „Keiner darf verloren gehen“



Grundschulkindern mit besonderem Betreuungsbedarf werden Paten zur Seite gestellt, die vorher von der Bürgerstiftung auf diese Aufgabe vorbereitet wurden. Die individuelle Begleitung soll die Chancen von „bildungs-benachteiligten“ Kindern verbessern.
www.koblenzerbuergerstiftung.de

■ SOS-Kinder- und Familienzentrum Eisenberg

Lese- und Rechtschreibwerkstatt



Gezielte Lese- und Rechtschreibförderung für Kinder der 3. und 4. Grundschulklasse und der 5. und 6. Klasse der Dualen Oberschule für die Versetzung in die weiterführende Klasse.
www.sos-kinderdorf-stiftung.de

■ Kulturstiftung Trier

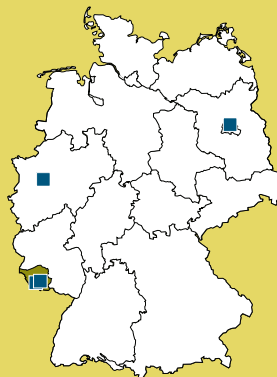
KinderKulturFonds



Der Fonds vergibt unbürokratisch Hilfen für Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen. Sie können mit einem Stipendium bspw. an der Musikschule ein Musikinstrument erlernen und ein Leihinstrument bekommen; gefördert werden aber auch Maßnahmen, die Kinder an bildende oder darstellende Kunst heranführen.
www.kulturstiftung-trier.de

Saarland

Empfänger Mindestsicherung	9,4
Empfänger Hartz IV	16,4
Armutrisikoquote	19,5
Stiftungsbestand 2010	151
Stiftungsdichte 2010	14,8



26

16

12

17

4

23

3

■ Lichtpunkte RWE Stiftung (Essen), ■ Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Berlin)

*Darfes auch etwas Meer
sein / Homburger Tafel e.V.*



Kinder und Jugendliche lernen in Kochkursen, wie man sich gesunde Mahlzeiten selbst zubereitet. Ehrenamtliche Mitarbeiter bieten darüber hinaus kostenlosen Schwimmunterricht an.
www.lichtpunkte.info

■ Baustoffwerk Sehn-Stiftung (St. Ingbert)

Schüler-Stipendien



Die Stiftung vergibt jedes Schulhalbjahr Stipendien für die Klassenstufen 5–9 der allgemeinbildenden Schulen des Saarlandes, die Schülerinnen und Schüler mit 100 Euro für ein halbes Jahr unterstützen. Zudem können Kinder aus einkommensschwachen Familien oder bildungsfernen Elternhaus Förderstunden, Sprachunterricht oder Hausaufgabenhilfe erhalten.
www.sehn.de/stiftung

■ AWO-Saarland-Stiftung (Saarbrücken)

*Aktionskampagne
„Kinderarmut.“*

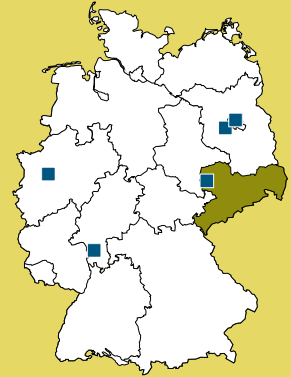
Erkennen, laut werden, handeln!“



Mit der Aktionskampagne will die Stiftung Bewusstsein für Kinderarmut schaffen und konkrete Hilfe leisten. Diese reicht von Einzelfallhilfen für Familien und Kinder in schwierigen Situationen bis zu einer Vielzahl von geförderten Projekten, wie z. B. Ausflügen und Ferienfahrten, „Bildungs-Checks“ für Schulen in sozialen Brennpunkten, Schulmittagessen, Sportkursen, Theaterworkshops etc.
<http://awo-saarland-stiftung.de>

Sachsen

Empfänger Mindestsicherung	12,6
Empfänger Hartz IV	23,3
Armutrisikoquote	26,1
Stiftungsbestand 2010	392
Stiftungsdichte 2010	9,4



26

12

13

26

4

16

3

- „Lernen vor Ort“,
- Medienstiftung der Sparkasse Leipzig,
- Schader-Stiftung (Darmstadt)

Selbstbestimmt lernen und schöpferisch teilhaben



Kulturelle Bildung im Sinne einer ästhetischen Basisqualifikation insbesondere für Kinder und Jugendliche soll in Kitas und Schulen getragen werden, indem deren Vernetzung mit Kultureinrichtungen und die kulturpädagogische Arbeit gestärkt wird.

www.leipzig.de/lernen-vor-ort

- Stiftung Bürger für Leipzig

Musik macht schlau



Grundschul Kinder aus Familien mit geringem Einkommen können ein Jahr lang ein Instrument ihrer Wahl erlernen. Patinnen und Paten finanzieren durch Spenden die Unterrichtskosten von 500 Euro pro Kind. Bei besonders begabten und engagierten Schülerinnen und Schülern ist geplant, den Unterricht über ein Jahr hinaus zu finanzieren.

www.buerger-fuer-leipzig.de

- Deutsche Stiftung Kindergeld (Potsdam)

Gripsfabrik, Dresden



Die „Gripsfabrik“ ist ein Betreuungs- und Förderangebot im Stadtteilzentrum Emmers. Dort kochen Kinder gemeinsam mit ehrenamtlichen Betreuern ihr warmes Mittagessen, es können Hausaufgaben gemacht werden und Kinder bekommen Nachhilfe.

www.deutsche-stiftung-kindergeld.de

- Lichtpunkte RWE Stiftung (Essen),
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Berlin)

Kinderrestaurant, Diakonie Riesa-Großenhain gGmbH, Zeithain

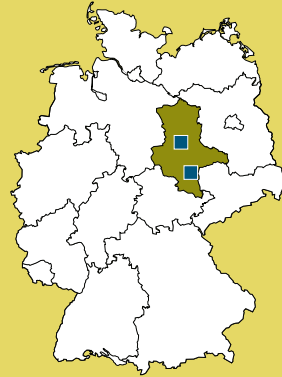


Jugendliche bieten ehrenamtlich Kochkurse an und bereiten gemeinsam mit Kindern Mahlzeiten zu. Die Kinder lernen etwas über gesunde Ernährung, bewirtschaften das Restaurant, planen, kaufen ein, kochen und servieren. Auch die Eltern sind zum gemeinsamen Essen eingeladen.

www.lichtpunkte.info

Sachsen-Anhalt

Empfänger Mindestsicherung	15,1
Empfänger Hartz IV	28,5
Armutrisikoquote	31,7
Stiftungsbestand 2010	236
Stiftungsdichte 2010	10,0



34

7

15

12

2 23

6

■ Stiftung Moritzburg (Halle)

Bei den Familiennachmittagen im Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt schauen Jung und Alt gemeinsam Bilder an, entdecken Details, erzählen Geschichten und werden selbst künstlerisch aktiv. Z. B. bietet die Malwerkstatt viel Platz für die eigene Kreativität der Kinder. <http://stiftung-moritzburg.de>



Technik oder Kunst und Kultur besonders begabt sind, können finanzielle Hilfen beantragen. Die Stiftung fördert darüber hinaus den Austausch zwischen den jungen Menschen. www.seli-stift.de

■ Stiftung humalios (Halle-Merseburg)

Bildungsförderung im Grundschulalter



■ Bürgerstiftung Halle

Halle hat Talent



Talente hallescher Kinder sollen sichtbar gemacht und mit Patenschaften gestärkt werden. Viele Kinder sollen die Chance erhalten, ihre Begabungen zu entdecken und zu entwickeln. 50 Prozent der Patenschaften sind für Talente vorgesehen, deren Familien besondere Hilfe benötigen. www.halle-hat-talent.de

In dem Schülerhilfeprojekt arbeiten Studierende der Sonderpädagogik und der Grundschulpädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit Schülerinnen und Schülern des 1. und 2. Schuljahrs, die gravierende Lernschwierigkeiten haben.

Kinderdruckwerkstatt



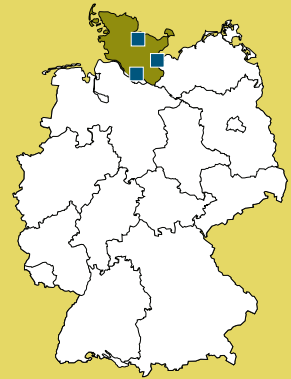
■ Stiftung für sozial schwache, hochbegabte Kinder und Jugendliche (Magdeburg)

Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, die in den Bereichen Naturwissenschaften und

Kinder und Jugendliche drucken eigene Texte, Plakate, Visitenkarten und stellen in Schulprojektwochen eigene Bücher her. Das Drucken fördert besonders Kinder mit Schwierigkeiten im Schriftspracherwerb, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und Kinder mit Behinderungen. www.stiftung-humalios.de

Schleswig-Holstein

Empfänger Mindestsicherung	9,7
Empfänger Hartz IV	15,9
Armutsrisikoquote	17,2
Stiftungsbestand 2010	660
Stiftungsdichte 2010	23,3



36

8

14

19

4

15

4

■ Michael-Haukohl-Stiftung (Lübeck)

Reise ins Instrumentenland



Kinder sollen schon im Kindergartenalter Musik und die Instrumente eines Orchesters kennenlernen. Das Kita-Personal wird musikpädagogisch fortgebildet, Musiker besuchen die Kitas und führen ihr Instrument vor, die Kinder besuchen ein Konzert. Dann können sie mit ihren Eltern am Instrumenten-Karussell der Musikschule teilnehmen, um schließlich ihr Lieblingsinstrument zu erlernen.
www.michael-haukohl-stiftung.de

■ Stiftung „JOVITA“ (Hamburg)

Kindermuseum musiculum – Lern- und Experimentierwerkstatt für Kinder und Jugendliche, Kiel



Auf der Fläche von ungefähr 2.000 qm der ehemaligen Sternschule bilden die Musik, ihre Instrumente und deren Physiken didaktischen Schwerpunkt. An den Nachmittagen werden Projekte angeboten, Schulklassen können vormittags die Angebote des „musiculums“ für den symbolischen Eintritt von einem Euro nutzen.
www.musiculum.de

■ „START“ für Schleswig-Holstein

Das Schülerstipendienprogramm



Besonders engagierte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erhalten durch START ein monatliches Bildungsgeld und eine PC-Grundausstattung. Außerdem werden die Stipendiaten durch ein ideelles Förderprogramm unterstützt: Sie können z. B. an Seminaren und Exkursionen teilnehmen.
www.start-stiftung.de

■ Stiftung Jugendarbeit Schleswig-Holstein (Kiel)

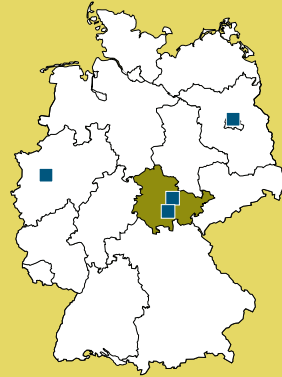
Kein Kind ohne Ferienerholung



Die Stiftung Jugendarbeit ist eine Plattform zur Unterstützung der freien Jugendarbeit. Sie fördert u. a. die Initiative „Kein Kind ohne Ferienerholung“. Das Ziel ist, jedem Kind in Schleswig-Holstein einen Sommerurlaub zu ermöglichen. Denn für junge Menschen sind Freizeiten wichtig, um soziale Kompetenzen zu stärken und Selbstständigkeit zu lernen.
<http://stiftung-jugendarbeit.de>

Thüringen

Empfänger Mindestsicherung	11,1
Empfänger Hartz IV	21,7
Armutrisikoquote	26,7
Stiftungsbestand 2010	245
Stiftungsdichte 2010	10,9



28

12

14

22

7

15

2

■ Bürgerstiftung Weimar, Kinder- und Jugendfonds

Essensversorgung und Kochkurse im Kinderhaus



Mit den Geldern konnte die Küche des Kinderhauses ausgestattet, eine regelmäßige Versorgung mit Lebensmitteln gesichert und eine Honorarkraft für ein Jahr finanziert werden.
www.kinder-und-jugendfonds.de

■ Bürgerstiftung Weimar u. a.

Ferienpass Weimar



Sechs Jugend- und Kulturvereine haben sich für den Ferienpass in der IG Papiergraben e.V. zusammengeschlossen und bieten in den Sommerferien viele Angebote für über 400 Kinder zwischen neun und 14 Jahren, die nicht verreisen können.
www.ferienpass-weimar.de

■ Lichtpunkte RWE Stiftung (Essen), ■ Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Berlin)

Hallo, hier spricht der Hunger, Herderschulverein Weimar e. V., Weimar



Die Jugendlichen der Schülerfirma SAG Lecker unterhalten ein Schülerrestaurant und zeigen ihren Altersgenossen in Jugendclubs und soziale Einrichtungen, wie man gesund und schmackhaft kocht. Die besten Rezepte werden mit Kindern in Schulen und Kindereinrichtungen zubereitet und schließlich als Kochbuch veröffentlicht.
www.lichtpunkte.info

■ BürgerStiftung Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (Saalfeld)

In den Sommerferien ermöglicht die BürgerStiftung Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 25 Kindern im Alter von sechs bis elf Jahren aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien eine Ferienwoche mit Bildungseffekt auf einem Bauernhof.



Best-Practice-Beispiele

Die folgenden Beispiele skizzieren die Landschaft stifterischen Engagements in Deutschland. Die ausgewählten Projekte und Programme zeigen, wie Stiftungen auf die Herausforderungen bezüglich der Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen reagieren.

Die Best-Practice-Beispiele sind in zwei Gruppen untergliedert:

Zunächst werden Angebote vorgestellt, die ein ähnliches Leistungsspektrum wie das Bildungs- und Teilhabepaket abdecken. Dabei geht es überwiegend um die Versorgung mit warmem Essen, Bildungsförderung, Sport- und Freizeitangebote.

Die zweite Gruppe hebt Programme besonders hervor, die auf einer Kooperation verschiedener Partner basieren. Hier wird gezeigt, wie sektorübergreifende Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet werden kann.

Engagement für Kinder und Jugendliche: Bildung, Sport, Kultur & Co.

Hunger in Deutschland

Children for a better world e.V.,
München
www.children.de



Die Stiftung unterstützt im Programmbereich „Hunger in Deutschland“ bundesweit einen festen Kreis von mehr als 50 ausgesuchten Kinder- und Jugendeinrichtungen, die in sozialen Brennpunkten gegen die Folgen von Kinderarmut arbeiten – im Jahr 2011 mit einem Fördervolumen von rund 850.000 Euro. Um auf die spezifischen Bedürfnisse armer Kinder und Jugendlicher eingehen und ihre Potenziale angemessen fördern zu können, benötigen die Einrichtungen zusätzliche Gelder und fachliche Anregungen. Ein Großteil der finanziellen Mittel kommt direkt den Kindern zugute: für das tägliche Kochen mit und für Kinder (Baustein Mittagstisch), sowie für Aktivitäten, die sie in Bewegung bringen und ihnen

neue Erfahrungen jenseits ihrer durch Armut eingegengten Welt ermöglichen (Baustein Entdeckerfonds). Darüber hinaus bietet Children den Einrichtungen Möglichkeiten zum gegenseitigen Lernen, fachliche Impulse und individuelle Fortbildungsangebote (Baustein Partnerförderung). So sind die Fachkräfte immer stärker in der Lage, die Lebenssituation und die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Und das mit Erfolg: Die Kinder sind weniger oft krank, ihre Leistungsfähigkeit in der Schule steigt und ihre sozialen Kompetenzen werden gestärkt. Die neuen Erlebnisse heben das Selbstwertgefühl der Kinder und sie erweitern ihre Alltagskompetenz.

Warmes Essen macht nicht nur satt

**Stiftung Mittagskinder,
Hamburg**

www.stiftung-mittagskinder.de



Die Stiftung Mittagskinder ist Trägerin zweier Betreuungsprojekte in zwei Hamburger Stadtteilen, die als soziale Brennpunkte gelten. In diesen Kindertreffs erhalten mehr als 200 sozial benachteiligte Hamburger Kinder zwischen fünf und elf Jahren unentgeltlich gesunde Mahlzeiten, Hausaufgabenhilfe und sozialpädagogische Betreuung. Die Stiftung bietet den Kindern auch ein Stück Geborgenheit und Behütet-Sein, weil viele das von ihren Eltern nicht erhalten. Oft sind diese Eltern aus verschiedensten Gründen so überfordert, dass sie sich

nicht oder doch zu wenig um ihre Kinder kümmern. In den Betreuungseinrichtungen der Stiftung essen die Kinder und die Betreuungskräfte mittags und abends gemeinsam. Zuvor helfen die Kinder beim Kochen und machen Tischdienst. Dieser Einsatz vermittelt nicht nur Kenntnisse über gesunde Ernährung, sondern stärkt auch das Selbstwertgefühl der Kinder. Nach dem Abendbrot können sie sich eine Frühstücksbox mit selbst belegten Broten, Obst, Milch oder Saft zum Mitnehmen für den nächsten Morgen packen. In den Treffs können die Kinder auch spielen und sie bekommen Hilfe bei den Schularbeiten. Das zusätzlich angebotene Programm „Bildungsimpulse“ besteht u. a. aus Sprach- und Leseförderung, einem Mitmachlabor für naturwissenschaftliche Basisexperimente, dem Chorprojekt sowie Schwimmunterricht und Fußballtraining für Jungen und Mädchen. Außerdem besuchen die Betreuungskräfte der Treffs mit den Kindern Theater, Konzerte und Museen und machen Stadterkundungen.

Musikalische Früherziehung und Elementare Musikpädagogik, Bläserband

Stiftung Persönlichkeit, Nürnberg

www.stiftung-persoenlichkeit.de

www.blaeserbands.de



Ästhetische Bildung kommt an deutschen Schulen häufig zu kurz. Oftmals geht die Fokussierung auf die sogenannten MINT-Fächer einher mit dem Unterrichtsausfall „weicher Fächer“ wie Musik, Sport oder Kunst. Die Stiftung Persönlichkeit geht davon aus, dass gerade die musische

und physische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine Voraussetzung für den Erfolg in anderen Fächern ist. In diesen Fächern eignen sich Kinder und Jugendliche eine Reihe von Kompetenzen an, die ihnen bei der Entwicklung zu einer vielfältigen Persönlichkeit helfen. Um ihrem Ziel Geltung zu verschaffen, hat die Stiftung gemeinsam mit der Bouhon-Stiftung, der Stadt Nürnberg, der Hochschule für Musik Nürnberg und der Universität Nürnberg ein Konzept zur flächendeckenden musikalischen Früherziehung und elementaren Musikpädagogik in den Schulen und Kindertageseinrichtungen Nürnbergs entwickelt, das seit September 2011 umgesetzt wird. Das Besondere am pädagogischen Konzept ist die Einbeziehung von Profis in den Unterricht,

um eine hohe Qualität zu gewährleisten. Außerdem ermöglicht die Stiftung Kindern ab acht Jahren, deren Familien ihnen keine musikalische Ausbildung finanzieren können, für die Dauer von zwei Jahren das Erlernen eines Blasinstruments. Sie werden durch qualifizierte Musiklehrerinnen und -lehrer im Rahmen des gemeinnützigen Vereins Bläserbands unterrichtet und spielen parallel zum Unterricht mit anderen Kindern im Ensemble.

Bildungspaket und Stiftungsleistungen

Treffen Förderungen von mildtätigen Stiftungen (z. B. Geldleistungen, Schulranzen zur Einschulung, gestellte Busfahrt im Rahmen eines Schulausflugs etc.) mit staatlichen Leistungen für Bildung und Teilhabe (i. S. d. § 28 SGB II, § 34 SGB XII, § 6b Bundeskindergeldgesetz) zusammen, so stellt sich die Frage, wie sich die Finanzgaben von privater Seite auf die öffentlich-rechtlichen Ansprüche des Geförderten auswirken. Es gibt unterschiedliche Perspektiven: Aus staatlicher Sicht sollen Leistungen nach dem Recht der Grundsicherung für Arbeitssuchende erst dann gewährt werden, wenn es dem Betroffenen nicht gelingt, sich eigenständig – ggf. mit der Unterstützung Dritter – zu helfen (vgl. §§ 2, 9 I SGB II, §§ 2, 19 Abs. 1 und 2 SGB XII).

Stiftungen wollen demgegenüber in der Regel den Geförderten eine Unterstützung gewähren, die neben die zu erbringende staatliche Leistung tritt.

Der Gesetzgeber hat das Spannungsverhältnis der widerstreitenden Interessen erkannt und versucht, einen Ausgleich herbeizuführen: „In der Zusammenarbeit mit gemeinnützigen und freien Einrichtungen und Organisationen wirken die Leistungsträger darauf hin, dass sich ihre Tätigkeit und die der genannten Einrichtungen und Organisationen zum Wohl der Leistungsempfänger wirksam ergänzen“ (vgl. § 17 Abs. 3 Satz 1 SGB I). Eine unmittelbare Auswirkung auf die Zuwendung von Stiftungen hat die Bestimmung freilich nicht. Die Prüfung, welches Einkommen auf die staatliche Sozialleistung anzurechnen ist, hat vielmehr anhand der spezialgesetzlichen Regelung zu erfolgen.

Kinder brauchen Bücher, wenn sie arm sind noch viel mehr!



**Selbst.Los!-Kulturstiftung.
Annelie & Wilfried Stascheit,
Überlingen, Kultur für Alle e.V.,
Frankfurt am Main**
www.selbstlos-stiftung.de

„Jedem Kind sein eigenes Buch“, darum geht es den Initiatoren der Aktion, dem Verlegerehepaar Stascheit, mit ihrer Stiftung Selbst.Los!. Ihr Grundgedanke: Was bei vielen Lebensmitteldiscountern, kleinen Einzelhandelsgeschäften und dem Bäcker um die Ecke klappt, nämlich brauchbare „Reste“ dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden, das ist auch

im Buchhandel möglich. Wenn Deutschland eine Kulturnation bleiben soll, muss Kindern der Zugang zu Büchern erleichtert werden, anstatt dass Bücher weg- geworfen werden. Inzwischen zweifelt keiner mehr daran, dass ein bücherfreies Zuhause automatisch Schulchancen reduziert. Kinder brauchen aber auch eigene Bücher, die sie als ihr Eigentum empfinden, immer wieder hervorkramen, mit sich herumtragen, anschauen und lesen können. Die Selbst.Los! Kulturstiftung verteilt seit 2009 neue Kinder- und Jugendbücher bundesweit über das Logistiknetz der Tafeln. Über 20 Verlage und 175 Buchhandlungen beteiligen sich an dem Projekt. Inzwischen wurden über 150.000 neue Kinderbücher von Verlagen gespendet und über die Tafeln verteilt. Die Bücher wurden nur an nachweislich bedürftige Einzelpersonen abgegeben.

Im Einzelfall kann die Leistung der Stiftung dazu führen, dass ein besonderer Bedarf (z. B. für die tatsächlichen Aufwendungen eines Schulausflugs, i. S. d. § 28 Abs. 2 Nr. 1 SGB II, § 34 Abs. 2 Nr. 1 SGB XII, § 6b Abs. 2 Satz 1 BKGG) nicht mehr besteht – dementsprechend auch keine Mittel von staatlicher Seite zu gewähren sind. Im Übrigen sind im Rahmen der Grundsicherung für Arbeit- suchende Zuwendungen von Stiftungen als Zuwendungen der freien Wohl- fahrtspflege oder als Zuwendungen, die ohne Bestehen einer rechtlichen Pflicht erbracht werden, zumindest dann nicht als Einkommen zu berücksichtigen, so- weit sie die Lage des Empfängers nicht so günstig beeinflussen, dass daneben Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII nicht gerechtfertigt wären (vgl. § 11a Abs. 4, Abs. 5 Nr. 2 SGB II, § 84 SGB XII).

Im Rahmen der gerichtlich voll überprüf- baren Rechtfertigungsprüfung ist zu untersuchen, ob (z. B. bei laufenden mo- natlichen Beihilfen) bei einem Vergleich mit anderen Hilfebedürftigen und unter Beachtung des fiskalischen öffentlichen Interesses ungekürzte Leistungen nach dem SGB II noch als gerechtfertigt er- scheinen. Zu berücksichtigen sind dabei z. B. Art, Wert, Umfang und Häufigkeit der Zuwendung. Dieser Vorbehalt wird bei Zuwendungen von Stiftungen nur in seltenen Einzelfällen Bedeutung haben, insbesondere dann, wenn re- gelmäßige hohe Zahlungen erfolgen. Gleichwohl sollte ggf. Rücksprache mit dem jeweiligen Sozialleistungsträger genommen werden, da die Abwägung und somit die Frage der Anrechnung nur im konkreten Einzelfall beantwortet werden kann.

Prof. Dr. Burkhard Küstermann, LL.M.

Max geht in die Oper/ Max macht Oper



Bürgerstiftung Halle, Halle (Saale)

www.buergerstiftung-halle.de

www.max.buergerstiftung-halle.de

Elbstation Akademie



Initiative der MPC Capital Stiftung, Hamburg

www.elbstation.de

www.mpc-capital-stiftung.de

Aufgrund ihres familiären Umfelds, der sozialen oder finanziellen Situation der Familie, haben viele Kinder keinen Zugang zu Kunst und Kultur, waren noch nie im Museum oder Theater. Im Rahmen des Projektes „Max geht in die Oper“ soll ihnen dieses Erlebnis durch Kulturpatinnen und -paten ermöglicht werden. Über Kindereinrichtungen in Stadtbezirken Halles mit vielen Familien in prekären Situationen werden Kinder für das Programm gewonnen. Die Bürgerstiftung Halle organisiert Patenschaften zwischen Bürgerinnen und Bürgern, die ein Kind unterstützen möchten, und den entsprechenden Kindern. Innerhalb von sechs Monaten besuchen die Patinnen und Paten mit den Kindern vier kulturelle Einrichtungen oder Veranstaltungen, bspw. Museen, das Planetarium, die Oper oder den Zirkus. Dabei erkunden die Kinder auch die Stadt jenseits ihres Wohnbereichs und lernen neue (kulturelle) Räume kennen. Häufig übertragen die Patinnen und Paten ihre Begeisterung für Kunst und Kultur auf die Kinder. So tragen sie dazu bei, den oft eingeschränkten Erfahrungshorizont der Kinder zu erweitern und ihre Persönlichkeit zu stärken. Seit dem Schuljahr 2011/12 ermöglicht die Bürgerstiftung Halle Kindern auch, sich selbst künstlerisch auszuprobieren. An sechs Schulen und sieben Kindereinrichtungen in Halle werden dafür 27 Kunst- und Kulturprojekte angeboten – das Spektrum reicht vom Zirkus über Literatur und Musik bis zu künstlerischen und Theaterprojekten.

Die „Elbstation Akademie“ ist eine Bildungsinitiative für Hamburger Jugendliche, die Haupt- und Realschulen (neu: Stadtteilschulen) besuchen und überwiegend einen Migrationshintergrund haben. Die Schülerinnen und Schüler der 7. bis 9. Klassen von ausgewählten Kooperationschulen bewerben sich für die Teilnahme am einjährigen Programm. In der Zeit erarbeiten die Jugendlichen Projekte in den Bereichen Theater, Radio, Film und Foto, die jeweils halbjährlich vor Publikum in Hamburger Theatern präsentiert, online und beim Stadtsender TIDE veröffentlicht werden. Die Elbstation möchte Jugendlichen helfen, ihre Chancen für die schulische und berufliche Zukunft zu erhöhen, ihr Selbstvertrauen stärken und ihre Leistungsbereitschaft wecken. Dafür sollen die Jugendlichen ihre Kompetenzen und Mehrsprachigkeit als Stärken erleben und in die Projekte einbringen. Nach Projektabschluss erhalten sie das Zertifikat „Kompetenznachweis Kultur“, das bei späteren Bewerbungen behilflich ist. Ein „Lotsenprogramm“ stellt den Jugendlichen auf Wunsch ehrenamtliche Helfer (Lotsen) zur Seite, die sich einmal pro Woche mit ihnen treffen, um z. B. für die Schule zu lernen. Das Nachfolge-Programm „Alumni an Bord!“ begleitet die Jugendlichen nach dem Projektjahr u. a. mit Berufsberatung, Hausaufgabenhilfe und Bewerbungstrainings weiter auf ihrem Weg ins Berufsleben. Die Teilnahme an der Elbstation wurde von der Schulbehörde als Unterricht außerhalb des schulischen Stundenplans anerkannt.

KinderUni Barnim Uckermark/ Lesezauber



**Bürgerstiftung Barnim Uckermark,
Eberswalde**

www.barnim-uckermark-stiftung.de
www.lesezauber.de

Gemeinsam mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde hat die Bürgerstiftung 2008 die „KinderUni Barnim Uckermark“ für Grundschüler und Grundschülerinnen der Klassen 5 und 6 aus den Landkreisen Barnim und Uckermark ins Leben gerufen. Schon früh interessieren sich Kinder für wissenschaftliche Fragestellungen, die KinderUni fördert dieses Potenzial, motiviert für ein späteres Hochschulstudium und erreicht auch talentierte Kinder, deren Eltern sie nicht ausreichend fördern können. So verbessert die KinderUni die Bildungschancen der Kinder in der von Abwanderung betroffenen Region. Mehr als 700 Kinder pro Jahr besuchen die Vorlesungen der KinderUni.

Richtig lesen zu können, regt nicht nur die Fantasie an und öffnet den Kindern neue Welten, sondern ist auch eine Schlüsselqualifikation für ihr weiteres Leben. Lesen fördert die Entwicklung der Sprachfähigkeit und Intelligenz von Kindern und ist eine wichtige Voraussetzung für schulischen und beruflichen Erfolg. Seit 2005 bieten ehrenamtliche Lesepatinnen und -paten in Bibliotheken und Kindergärten, einer Grundschule und einer Kinderklinik der Region Leseförderung in „Lesezauber“-Gruppen an.

Schülerstipendien „grips gewinnt“



**Joachim Herz Stiftung, Hamburg
Robert Bosch Stiftung, Stuttgart**

www.grips-stipendium.de
www.joachim-herz-stiftung.de
www.bosch-stiftung.de

Das zum Schuljahr 2011/12 gestartete Stipendienprogramm „grips gewinnt“ wendet sich an talentierte, engagierte Schülerinnen und Schüler ab der achten Klasse, die eine allgemeinbildende Schule in Hamburg, Mecklenburg Vorpommern oder Bremen besuchen. Trotz guter schulischer Leistungen stehen viele von ihnen aufgrund ihrer sozialen Herkunft vor finanziellen, kulturellen oder sprachlichen Hürden, die den Weg zum Abitur erschweren. Diese Benachteiligung soll das Stipendium ausgleichen. Die Vergabe erfolgt sowohl nach Begabung und Engagement als auch nach sozialen Kriterien. Es umfasst ein Bildungsprogramm mit Seminaren, Sommerakademien, Ausflügen und kulturellen Aktivitäten und eine monatliche finanzielle Unterstützung von 150 Euro für alle Arten von Bildungsausgaben, z. B. für Kurse, Materialien, Fahrtkosten sowie persönliche Beratung in Bildungs- und Lebensfragen. 50 Schülerinnen und Schüler, die sich selbst für das Stipendium bewerben, werden jedes Jahr in das Programm aufgenommen und bis zum Schulabschluss gefördert.

Bildungsbrücke/ Sportakademie Bremen/ Elternbildung



**Deutsche KindergeldStiftung,
Bremen**

*www.deutsche-
kindergeldstiftung.de*

Die mit der Bremer Bürgerstiftung verbundene Initiative fördert Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Durch Steuervorteile erhalten Familien mit hohem Einkommen bis zu 40 Prozent mehr staatliche Kinderunterstützung als Normal- und Geringverdiener. Einige

dieser Eltern haben beschlossen, ihr Kindergeld dort wirksam einzusetzen, wo es dringender gebraucht wird – und finanzieren durch Spenden die Programme der Stiftung.

Projekte:

Bildungsbrücke

Auf Initiative einer Kirchengemeinde hat sich im Bremer Stadtteil Mitte ein Netzwerk mit Vertretern von Ortsamt, Schulen und Elternschaft gebildet. Sie sammeln Spenden, um Familien mit erheblichen finanziellen Problemen zu unterstützen, sie übernehmen Schulnebenkosten oder bezahlen Klassenfahrten. In anderen sozial benachteiligten Stadtteilen sollen ähnliche Initiativen folgen.

Bürgerstiftungen und Bildungsförderung

Von ihrem Selbstverständnis her haben Bürgerstiftungen grundsätzlich einen breiten Stiftungszweck, wollen sie doch die Möglichkeit haben, überall dort zu (re-)agieren, wo vor Ort „Not am Mann“ ist. Gleichwohl machen die Ergebnisse einer von der Initiative Bürgerstiftungen jährlich durchgeführten Umfrage deutlich, dass die Bürgerstiftungen seit einigen Jahren einen klaren Schwerpunkt auf die Bereiche „Bildung und Erziehung“ (28 Prozent der verausgabten Mittel in 2010) und „Jugend“ (27 Prozent) legen.

Eine Begründung hierfür gibt z. B. die Bürgerstiftung Lilienthal, die auf ihrer Internetseite ausführt: „Ausgehend von der Überlegung, dass die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend davon abhängt, die Jugend auf ihre Rolle und

ihre Aufgaben in dem Gemeinwesen angemessen vorzubereiten, hat sich die Bürgerstiftung zunächst als oberstes Förderziel für ‚Zukunftsinvestition Kinder und Jugendliche‘ entschieden.“ Auf der Homepage der BürgerStiftung Hamburg findet sich das Statement: „Wir verstehen uns als Chancenorganisation. Wir wollen Menschen – zur Zeit schwerpunktmäßig jungen Menschen – in dieser Stadt Chancen eröffnen, die sie sonst nicht bekämen. Dabei setzen wir das Augenmerk auf Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein.“

Inhaltlich richten sich die von den Bürgerstiftungen entwickelten Projekte in gleicher Weise an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene:

Im Rahmen ihres Projekts „Musik im Kindergarten“ führt die Bielefelder Bürgerstiftungen Kinder an die ele-

Sportakademie Bremen

Das Projekt Sportakademie bietet ca. 500 Kindern und Jugendlichen im Stadtteil Mitte während der Schulzeit zwei zusätzliche wöchentliche Sportstunden. Auf den Anlagen kooperierender Vereine trainieren qualifizierte Trainerinnen und Trainer mindestens ein Halbjahr mit den Kindern. Dadurch entsteht ein pädagogisches Netzwerk von Schulen, Sportvereinen und Jugendarbeit. Die Deutsche KindergeldStiftung hat dieses Projekt auf zwei weitere Stadtteile ausgeweitet.

Elternbildung zur Förderung von 3- bis 4-jährigen Kindern

Das Engagement der Eltern ist ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Teilnahme der Kinder an Schule und Gesellschaft. Hierauf zielt ein Projekt, welches sich an die Mütter von 3- bis 4-jährigen Kindern richtet. Ausgebildete Frauen, teilweise mit Migrationshintergrund, zeigen jungen Müttern, wie sie ihre Kinder durch regelmäßiges gemeinsames „Arbeiten“ optimal fördern können. Hierfür wurde eigens ein breites Spektrum an Bilder-, Lese- und Arbeitsheften entwickelt.

mentarste Art zu musizieren heran: das Singen. Ganz nebenbei werden sie in Sprache und Bewegung gefördert, Konzentrationsfähigkeit und Ausdauer werden gestärkt, soziales Verhalten entwickelt und Aggressionen abgebaut. Das Projekt „Mädchen und Technik“ der Bürgerstiftung Berlin ist ein Chemie-Club nur für Mädchen. An zwei Tagen in der Woche treffen sich Schülerinnen der Romain-Rolland-Oberschule aller Klassenstufen zum Experimentieren. Ziel ist es, Kompetenzen aufzubauen, um sich für Jugend forscht bewerben zu können. „Hand in Hand“ heißt das Projekt der Bürgerstiftung Isernhagen, in dessen Rahmen Schülerinnen und Schülern der Hauptschule bei der Suche nach Ausbildungs- oder Praktikumsplätzen geholfen wird. Die Ehrenamtlichen der Bürgerstiftung begleiten die Jugendlichen bei ihren Aktivitäten und verbessern durch persönliche und berufliche Kontakte Bewerbungschancen.

Die Bürgerstiftung Braunschweig hat sich zum Ziel gesetzt, „Azubi Engagement“ anzustoßen und zu fördern. Dazu führen Auszubildende unterschiedlicher Unternehmen gemeinsam ein soziales Projekt vor Ort durch. Die Erfahrungen mit sozialen Einrichtungen lassen einen Blick über den Tellerrand zu. Die Teilnehmer werden zudem in Projektmanagement und Teambuilding geschult.

Die unterschiedlichen Ansätze und Projekte zeigen das gemeinsame Ziel der Bürgerstiftungen, durch die Förderung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen effektiven und nachhaltigen Beitrag zur Gestaltung des örtlichen Gemeinwesens zu leisten.

Prof. Dr. Burkhard Küstermann, LL.M.

Erfolgreiche sektorübergreifende Kooperationen für Kinder und Jugendliche

Ein Quadratkilometer Bildung



„Ein Quadratkilometer Bildung“ wurde 2007 von der Freudenberg Stiftung, Weinheim/Bergstraße, in Zusammenarbeit mit der Groeben Stiftung gestartet.

Das Programm wird durch einen Stiftungsverband fachlich begleitet, der eine unselbstständige Stiftung gegründet hat. Diese Stiftung betreibt eine gemeinsame Lernplattform der lokalen Projektstandorte, die sie berät und im Hinblick auf Qualitätssicherung und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Im Stiftungsverband engagieren sich die Breuninger Stiftung, die Stiftungs- und Fördergemeinschaft Modellprojekte GmbH, die BMW Stiftung Herbert Quandt, die Lindenstiftung und die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.

www.ein-quadratkilometer-bildung.org

dem Modellwissen aus der Erprobungsphase in unterschiedlichen Bundesländern soll ein Prototyp sozialräumlicher Bildungssteuerung und Bildungspraxis in Verantwortung von Kommune, Land und Partnerstiftungen entwickelt werden. 2007 erstmals im Berlin-Neuköllner Reuterkiez erprobt, wurde das Konzept seither nach Berlin-Moabit, Mannheim, Herten, Wuppertal, Hoyerswerda und Bernsdorf transferiert. Die jeweiligen Stadtteile sind geprägt durch eine überdurchschnittliche Armutsbelastung der Familien, in Westdeutschland durch eine hohe Zahl von Menschen nichtdeutscher Herkunft und eine unterdurchschnittliche Zahl von Kindern, die das Gymnasium besuchen. Um kein Kind zu verlieren, müssen die Lücken in den Bildungswegen aufgespürt und geschlossen werden. „Ein Quadratkilometer Bildung“ ist ein überregionales Programm mit lokalen Projekten. Über zehn Jahre wird ein lokaler Bildungsverbund aufgebaut, in dem Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe und Schulen bestmöglich kooperieren. Eltern und vor allem Kinder selbst werden in den Prozess einbezogen. Zu jedem Quadratkilometer gehört eine unabhängige Pädagogische Werkstatt als zentraler Ort im Stadtteil. Sie steht allen Beteiligten offen, berät, bietet Weiterbildungen an und bündelt private und staatliche Aktivitäten.

Programmziel seit dem Start 2007 ist, innerhalb von zehn Jahren zu erproben und modellhaft zu zeigen, wie Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen im Einzugsbereich ausgewählter Brennpunktgrundschulen gelingen kann. Messlatte für das Gelingen ist, was wirklich bei den Kindern und Jugendlichen an Kompetenzgewinn verlässlich erreicht wird. Mit

Lübecker Bildungsfonds

Der Lübecker Bildungsfonds wird getragen durch die Hansestadt Lübeck, das Land Schleswig-Holstein und durch einen Stiftungsverbund von sechs Stiftungen.

www.familie.luebeck.de/bildungsfonds



In einer bisher einmaligen Initiative der öffentlichen Hand mit sechs Lübecker Stiftungen ist es gelungen, einen Bildungsfonds zur Bekämpfung der Kinder- und Bildungsarmut in Lübeck aufzulegen. Dazu stellen Kommune, Stiftungen und private Förderer seit 2008 Jahr für Jahr zwei Millionen Euro bereit; mehr als 50 Prozent werden von Stiftungen getragen.

Unterstützung können Familien erhalten, wenn sie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen, ein ermäßigtes Betreuungsentgelt in Kitas zahlen, Wohngeld beziehen oder ihren Kindern aus anderen Gründen wichtige Bildungsangebote nicht ermöglichen können. Zu den Leistungen, die aus dem Bildungsfonds finanziert werden können, zählen Sprachförderung, Mittagessen, Nachmittagsbetreuung in der Schule, Klassenausflüge, Schulbeiträge, Arbeitsmaterialien, Musik- und Sportangebote und sonstige Bildungsangebote.

Ursprünglich wurden die Mittel aus dem Bildungsfonds unbürokratisch und losgelöst von den Regularien staatlicher Unterstützung vergeben. Schulen und Kitas verfügten über eigene Etats. So konnten sie den Kindern Zuschüsse auf Vertrauensbasis gewähren. Seit 2011

werden die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket integriert, wobei die Hansestadt Lübeck mit dem Jobcenter kooperiert, um eine unkomplizierte Struktur aufzubauen. So sollen Kinder und Jugendliche weiterhin schnell und unbürokratisch Unterstützung erhalten. Wo das Bildungs- und Teilhabepaket nicht greift, springt der Bildungsfonds ein. Zusätzlich frei gewordene Mittel aus dem Lübecker Bildungsfonds fließen in das Programm „Schule als Lebens- und Lernort“, das mehr Kindern eine verlässliche Ganztagsbetreuung ermöglicht.

Bündnisse für Chancengerechtigkeit

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), Berlin, unterstützt von der Körper-Stiftung, der Jacobs Foundation und der Robert Bosch Stiftung.

Die Ministerpräsidenten Christine Lieberknecht (Thüringen), Matthias Platzeck (Brandenburg) und Stanislaw Tillich (Sachsen) begleiten die Initiative als Schirmherren.
www.dkjs.de
www.buendnisse-fuer-chancengerechtigkeit.de



Bildungs- und Teilhabechancen hängen in Deutschland stark vom sozialen Hintergrund ab. Die Initiative Bündnisse für Chancengerechtigkeit lädt Kommunen, Länder, Stiftungen und Wissenschaft ein, gemeinsam darüber nachzudenken, wie die Bildungs- und Teilhabechancen für jedes einzelne Kind verbessert werden können.

Sie schafft einen neutralen Raum, in dem sich Kommunen über ihre Konzepte für Chancengerechtigkeit und gute Praxis austauschen können. Die DKJS unterstützt diesen Prozess und motiviert die Akteure, gemeinsam Bündnisse gegen Bildungsarmut zu schmieden. Viele Kommunen haben bereits kreative Herangehensweisen entwickelt: Ein neues Amt einrichten, das alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe bündelt, oder mit einem Sponsor kostenlose Mittagessen für alle Kinder ermöglichen.

Von diesem Wissen sollen auch andere Kommunen profitieren. Beratungsalons bieten Raum für kollegiale Beratungen und Entwicklungsfragen. Auf regionalen und überregionalen Tagungen entwickeln Praktiker gemeinsam mit Vertretern von Bund und Ländern sowie Wissenschaftlern kommunale Strategien zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen. Die Initiative bereitet das Wissen aus den Kommunen und den Veranstaltungen in Interviews, Reportagen und Filmen auf.

Early Excellence

Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie, Bensheim, in Zusammenarbeit mit Stadtverwaltungen, Kindertagesstätten und anderen Partnern.
www.kkstiftung.de



Die Karl Kübel Stiftung hat im Jahr 2008 ein Programm gestartet, das bis 2018 in jedem Bundesland eine Modellinstitution für Kinder und Familien aufbauen will. Diese Zentren sollen nach den Grundsätzen des im Großbritannien erprobten Sure-Start-Programms und dem Konzept „Early Excellence“ arbeiten. Im Mittelpunkt steht die Überzeugung, dass jedes Kind wichtig ist und über „Exzellenz“ verfügt. Mit vernetzten Angeboten werden Familien und Kinder unterstützt – von der vorgeburtlichen Beratung bis ins Erwachsenenalter.

Das Sure-Start-Programm setzt auf die Selbstwirksamkeit der Eltern und ihrer Kinder. Sie sollen lernen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und sich um Sicherheit, Gesundheit, Fortschritt und Lebensfreude zu sorgen. Dazu zählt, Eltern und Kinder zu positiven Beziehungen zu befähigen, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten und für ihr eigenes Auskommen zu sorgen. Stetige Lernprozesse bilden dafür die Grundlage. Um Eltern und ihre Kinder mit einem Modulsystem von bedarfsgerechten privaten, staatlichen, materiellen oder ideellen Hilfen zu unterstützen, müssen Einrichtungen und Dienste im Bildungs- und Sozialbereich eng vernetzt arbeiten. An den ausgewählten Standorten sollen modellhaft Beispiele entstehen, die als Leuchttürme für andere Organisationen und Initiativen fungieren.

Diesterweg-Stipendium für Kinder und ihre Eltern

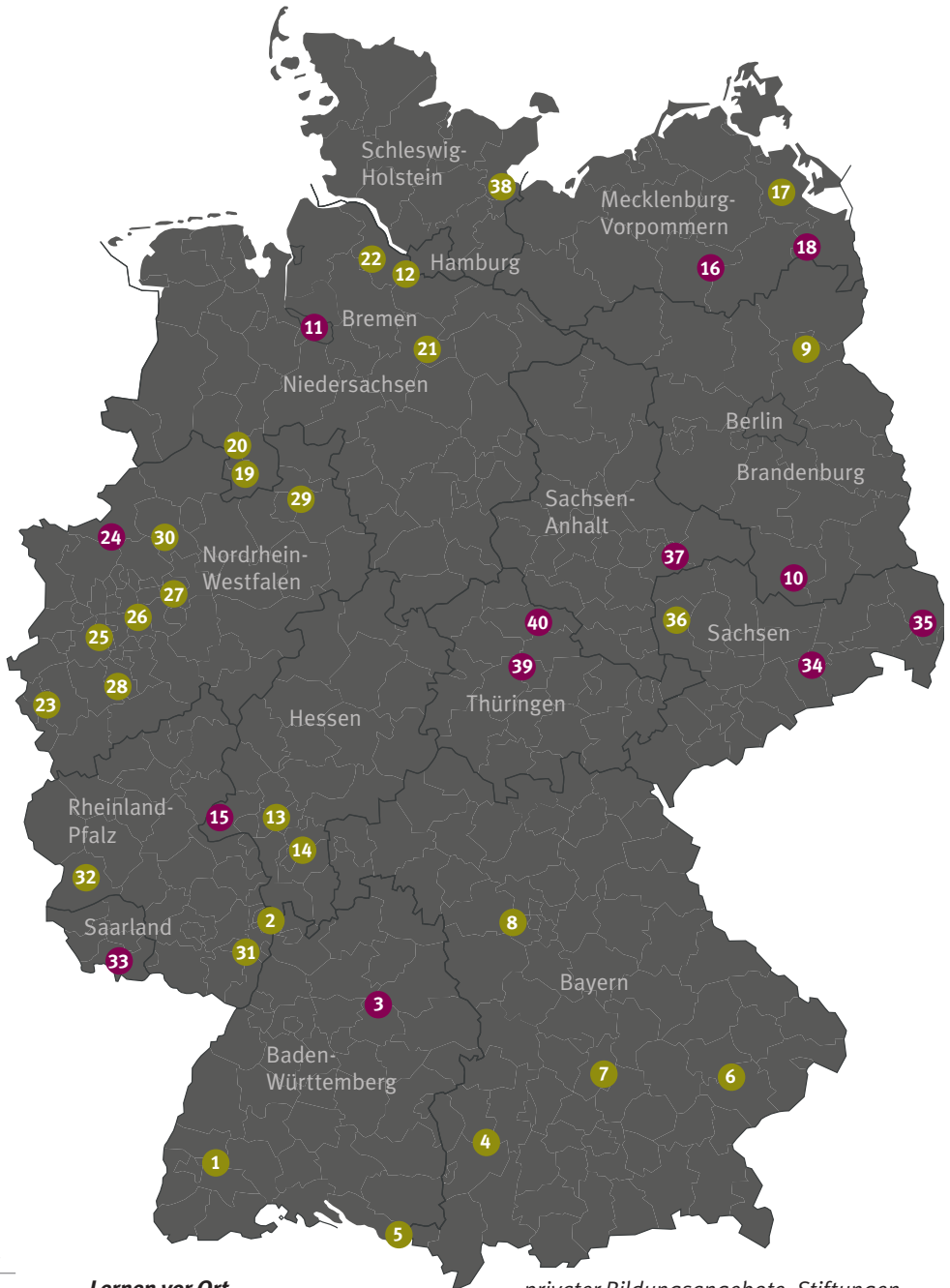


Das Diesterweg-Stipendium ist ein Kooperationsprojekt der Stiftung Polytechnische Gesellschaft, Frankfurt am Main, mit dem Hessischen Kultusministerium, dem Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, der Stadt Frankfurt am Main und der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung.

www.sptg.de/diesterweg-stipendium.aspx

einen Bildungsfonds, aus dem pro Stipendium jeweils bis zu 600 Euro pro Jahr für Bildungsanschaffungen und -maßnahmen beantragt werden können. Nach Beendigung des Diesterweg-Stipendiums können die Familien in das Anschlussprojekt „Hand in Hand“ wechseln, das ihnen weitere Begleitung bei Erziehungs- und Bildungsfragen bietet.

Das Diesterweg-Stipendium unterstützt Frankfurter Kinder und ihre Eltern. Kinder mit gutem Leistungspotenzial aber eventuell förderungsbedürftigen Deutschkenntnissen werden auf ihrem Weg von der Grundschule auf eine weiterführende Schule begleitet. Das Stipendium fördert die Kinder für zwei Jahre in den Klassen vier und fünf, um ihnen eine schulische Laufbahn zu ermöglichen, die ihren Begabungen entspricht. Bei Akademietagen, Exkursionen, kulturellen Veranstaltungen, Ferienkursen und Kindertreffs zur Deutschförderung sowie Eltern-Gesprächsrunden und Beratung zu unterschiedlichen Fragen können die Kinder ihre Sprachkenntnisse verbessern und gemeinsam mit den Eltern ihren Horizont erweitern. Zugleich besteht ein enger Kontakt zu den betreffenden Grund- und weiterführenden Schulen. Darüber hinaus umfasst das Diesterweg-Stipendium



Lernen vor Ort

Bund, Länder, Kommunen und Stiftungen engagieren sich gemeinsam für eine bessere Koordinierung öffentlicher und

privater Bildungsangebote. Stiftungen bringen ihre Netzwerke und Expertise ein, um Kommunen zu unterstützen.

www.lernen-vor-ort.info

● Einzelvorhaben

● Verbundvorhaben

Teilnehmende Kommunen

- 1 Stadt Freiburg im Breisgau
- 2 Stadt Mannheim
- 3 Rems-Murr-Kreis
- 4 Stadt Kaufbeuren
- 5 Landkreis Lindau
- 6 Landkreis Mühldorf am Inn
- 7 Landeshauptstadt München
- 8 Stadt Nürnberg
- 9 Landkreis Barnim
- 10 Landkreis Elbe-Elster
- 11 Freie Hansestadt Bremen
- 12 Freie und Hansestadt Hamburg
- 13 Stadt Frankfurt am Main
- 14 Stadt Offenbach
- 15 Rheingau-Taunus-Kreis
- 16 Landkreis Müritz
- 17 Landkreis Ostvorpommern
- 18 Landkreis Uecker-Randow
- 19 Stadt Osnabrück
- 20 Landkreis Osnabrück
- 21 Landkreis Soltau-Fallingb. (für die StädteRegion Aachen)
- 22 Landkreis Stade
- 23 Stadt Aachen
- 24 Kreis Borken
- 25 Stadt Duisburg
- 26 Stadt Essen
- 27 Stadt Herne
- 28 Stadt Köln
- 29 Kreis Lippe
- 30 Kreis Recklinghausen
- 31 Stadt Speyer
- 32 Stadt Trier
- 33 Regionalverband Saarbrücken
- 34 Landeshauptstadt Dresden
- 35 Landkreis Görlitz
- 36 Stadt Leipzig
- 37 Stadt Dessau-Roßlau
- 38 Hansestadt Lübeck
- 39 Stadt Erfurt
- 40 Kyffhäuserkreis

Beteiligte Stiftungen

Achterkerke Stiftung für Kinder
Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.
Alfried Krupp v. Bohlen u. Halbach-Stiftung
Alles-Gute Stiftung d. Kreissparkasse Stade
Bertelsmann Stiftung
Breuninger Stiftung
Bürgerstiftung Duisburg
Bürgerstiftung Erfurt
Bürgerstiftung Osnabrück
Bürgerstiftung Vreden
Deutsche Bank Stiftung
Deutsche Bundesstiftung Umwelt
Deutsche BP Stiftung
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
Deutsche Telekom Stiftung
Eberhard von Kuenheim Stiftung
Freudenberg Stiftung
Haspa Hamburg Stiftung
Hertener Bürgerstiftung
Johann-Joachim-Becher Stiftung
Körper Stiftung
Medienstiftung der Sparkasse Leipzig
Peter Gläsel Stiftung
Possehl-Stiftung
Randstad Stiftung
RheinEnergieStiftungen
Roland Berger Stiftung
Schader Stiftung
Software AG Stiftung
Stiftung Bildung für Thüringen
Stiftung Bildung und Handwerk
Stiftung der Deutschen Wirtschaft
Stiftung der Kreissparkasse Fallingb. in Walsrode
Stiftung Forum für Verantwortung
Stiftung Haus der kleinen Forscher
Stiftung IBZ St. Marienthal
Stiftung „Nürnberg – Stadt des Friedens und der Menschenrechte“
Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main
Stiftung Stahlwerk Georgsmarienhütte
Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe
Stiftungsverwaltung Freiburg
TUI Stiftung
Vodafone Stiftung Deutschland
VolkswagenStiftung

3 – Ergebnisse der Stiftungsbefragungen

Methode der Online-Befragung

Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist ein typisches Querschnittsthema. Da sich hier viele unterschiedliche Stiftungen engagieren, war es zunächst notwendig, ein genaueres Bild der Aktivitäten deutscher Stiftungen in diesem Bereich zu zeichnen. Zu diesem Zweck wurden

- die Einträge der Datenbank des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen mit rund 25.000 Datensätzen und
- die Registratur mit einer ähnlich großen Zahl von Akten zu den einzelnen Stiftungen ausgewertet sowie
- die Spezialbibliothek des Bundesverbandes mit Jahresberichten und anderen Veröffentlichungen von Stiftungen zu Rate gezogen.

Die auf Basis dieser Recherchen gefilterte Stichprobe umfasste rund 3.500 Stiftungen. Unter den angeschriebenen Stiftungen befanden sich

- Bildungs-, Kultur-, Umwelt- und Sportstiftungen,
- Bürgerstiftungen (mit dem Gütesiegel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen),
- kommunale Stiftungen sowie
- Sparkassenstiftungen.

Mit einem professionellen Dienstleister für Online-Befragungen wurde die Umfrage im Zeitraum vom 16. bis 30. September 2011 durchgeführt. Sämtliche Daten wurden anonym erhoben und mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS ausgewertet.

Die Ergebnisse der Online-Befragung und der Experteninterviews zum Thema „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“ bilden die Einstellungen der befragten Stiftungen sowie ihre bisherigen und geplanten Aktivitäten auf diesem Gebiet ab. Die erhobenen Daten ermöglichen eine validere Einschätzung der aktuellen Situation und liefern Hinweise, wie Kooperationspotenziale genutzt werden können.

Methode der Expertenbefragung

Neben der Online-Befragung wurden außerdem offene, leitfadenorientierte Experteninterviews geführt. Mit Hilfe von Interviews lassen sich Meinungen und Positionen genauer erkennen. Sie eröffnen die Möglichkeit, das Verständnis der Stiftungen von Teilhabe bzw. ihrer Rolle im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets konkreter zu ermitteln.

- Im Zeitraum von Mitte September bis Mitte Oktober 2011 wurden 22 Interviews geführt.
- Als Interviewpartner wurden Personen in Schlüsselpositionen verschiedener Stiftungen gewählt, die aufgrund ihrer Expertise und Akzeptanz für den Stiftungssektor sprechen können.
- Ein Interviewleitfaden lag allen Expertengesprächen zugrunde, um die Vergleichbarkeit der Aussagen zu gewährleisten.

Die Datenerhebung und -auswertung wird im Anhang ab Seite 81 ausführlich erläutert.

Ergebnisse der Online-Befragung

Wie sieht das Engagement von Stiftungen aus, die sich für die Teilhabe von jungen Menschen stark machen? Wie ist ihr Selbstverständnis, welche Aktivitäten unterstützen sie? Unter welchen Voraussetzungen kooperieren sie und mit wem? Welche Rahmenbedingungen wünschen sie sich?

A. Wer hat mitgemacht? Die Eckdaten

Zunächst wurden allgemeine Daten abgefragt, um sich ein genaueres Bild von den in der Stichprobe enthaltenen Stiftungen zu machen.

Angeschrieben wurden: 3.500 Stiftungen
Geantwortet haben: 558 Stiftungen
Der Rücklauf betrug: 16 Prozent

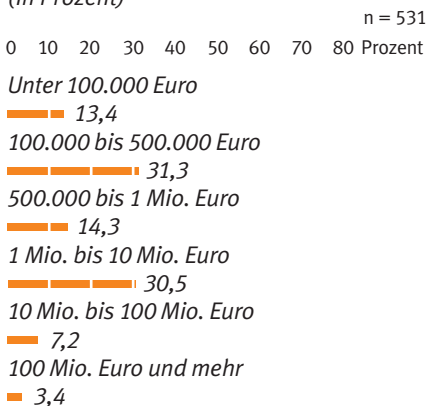
Von diesen 558 Stiftungen sind:

- 48,6 Prozent fördernd tätig,
- 13,6 Prozent operativ und
- 37,8 Prozent beides

- 75,5 Prozent selbstständige Stiftungen bürgerlichen Rechts
- 17 Prozent kommunale Stiftungen
- 5 Prozent kirchliche Stiftungen

Gut 40 Prozent der befragten Stiftungen verfügen über ein Stiftungskapital von über einer Million Euro

Die Stiftung hat ein Kapital... (in Prozent)



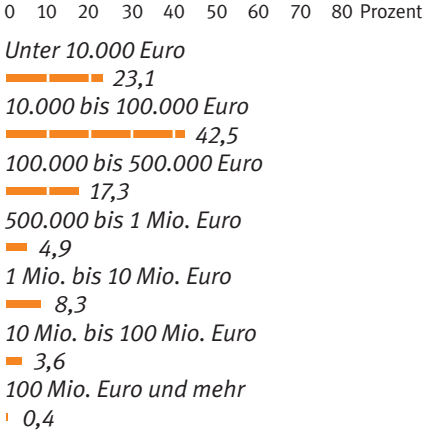
Quelle aller Grafiken in diesem Kapitel: Online-Stiftungsumfrage „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“, Bundesverband Deutscher Stiftungen (September 2011).

Die Prozentangaben beziehen sich stets auf die gültigen Prozente. Als Basis (n) ist demnach jeweils die Zahl der gültigen Fälle angegeben.

Die meisten der befragten Stiftungen haben Gesamtausgaben zwischen 10.000 und 100.000 Euro pro Jahr

Wie hoch waren die Gesamtausgaben Ihrer Stiftung im Jahr 2010?*

n = 532



* Ausgaben zur Verwirklichung des Stiftungszweckes, für Verwaltung sowie die Bildung von Rücklagen zur Leistungserhaltung

B. Aus der Stiftungspraxis: Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

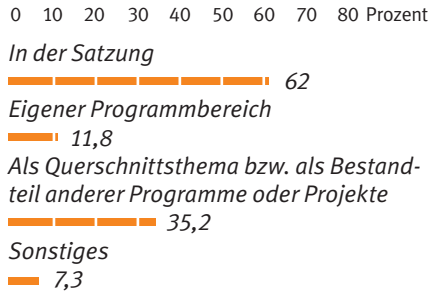
Dieser Teil der Befragung fokussierte auf allgemeine Aktivitäten der Stiftungen zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

„Teilhabe“ ist ein typisches Querschnittsthema

Bei einem Großteil der befragten Stiftungen ist das Thema Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in der Satzung verankert. Nur selten gibt es einen eigenen Programmbereich „Teilhabe“.

Wie ist das Thema Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Ihrem Stiftungsauftrag verankert? (Mehrfachantworten möglich)

n = 508



Kinder, Kunst, Kultur: Satzungszwecke, die mit Teilhabe zusammengehen

Die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen wird am häufigsten im Zusammenhang mit den Satzungszwecken „Bildung und Erziehung“ und „Kinder- und Jugendhilfe“ gefördert. An dritter Stelle folgt der Satzungszweck „Kunst und Kultur“.

Im Zusammenhang mit welchem Satzungszweck fördert Ihre Stiftung die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen? (Mehrfachantworten möglich)

n = 528

0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent



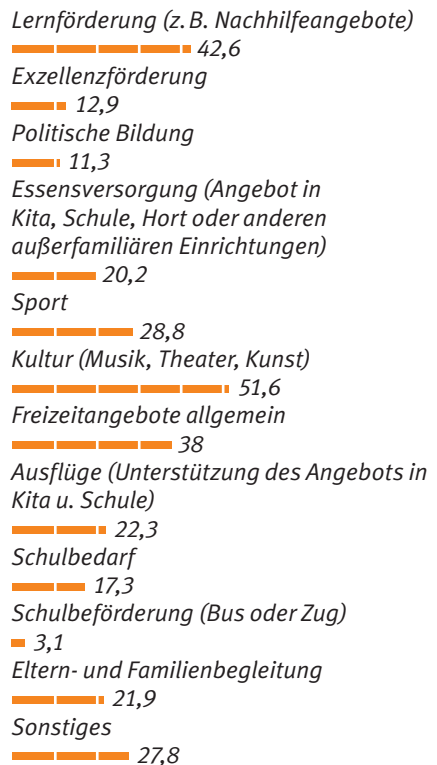
Lernen lernen. Theater besuchen. Musik machen. Hier machen Stiftungen Teilhabe möglich

Lernförderung und kulturelle Angebote gehören zu den häufigsten Stiftungstätigkeiten auf dem Gebiet der Teilhabe. Politische Bildung spielt dagegen nur eine sehr untergeordnete Rolle. Schulbeförderung steht so gut wie nie auf der Agenda. Das zählen Stiftungen offenbar nicht zu ihrem Aufgabenbereich.

In welche Kategorien würden Sie die Aktivitäten Ihrer Stiftung zum Thema Teilhabe einordnen? (Mehrfachantworten möglich)

n = 521

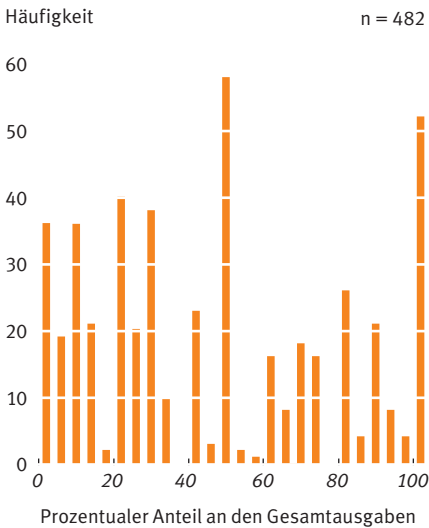
0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent



Etwas mehr als ein Drittel der Befragten gibt bis zu einem Viertel der Gesamtausgaben für die Teilhabe von jungen Menschen aus

Im Durchschnitt wurden 46 Prozent der Gesamtausgaben im Jahr 2010 für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen eingesetzt. Das Histogramm verdeutlicht allerdings, dass die Daten nicht normalverteilt sind, sondern es vielmehr zwei Gruppen von Stiftungen gibt. Der Median liegt bei 40 Prozent. Unter denjenigen, die 100 Prozent angegeben haben, sind vermutlich die Stiftungen, die das Thema Teilhabe in einem eigenen Programmbereich verankert haben.

Wie hoch schätzen Sie die jährlichen Ausgaben Ihrer Stiftung für den Bereich Teilhabe von Kindern und Jugendlichen? Bitte nennen Sie den geschätzten prozentualen Anteil an den Gesamtausgaben 2010.



So engagieren sich Stiftungen für mehr Teilhabe: Fordern und Fördern

Drei Viertel der befragten Stiftungen unterstützen die Teilhabe von jungen Menschen, indem sie konkrete Projekte fördern. Auch eigene Stiftungsprogramme und -projekte werden häufig genannt. Daneben spielen Ehrenamtlichkeit und Auszeichnungen eine wichtige Rolle. Risikokapital für Ideen (Think-Tanks) stellen Stiftungen so gut wie nie zur Verfügung.

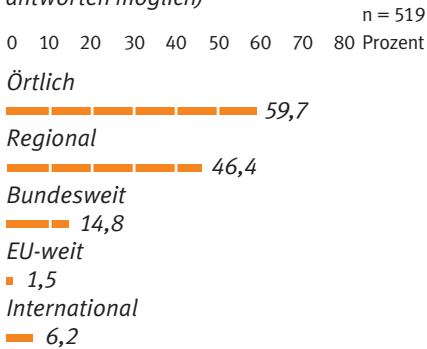
Wie unterstützt Ihre Stiftung die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen? (Mehrfachantworten möglich)



Kommunal ist erste Wahl: Teilhabe wird überwiegend vor Ort gefördert

Stiftungen sind nah bei den Menschen: Knapp 60 Prozent geben an, vor Ort zu fördern.

Wie verteilen sich die Ausgaben für die Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen geografisch? (Mehrfachantworten möglich)



Das Selbstbild der Stiftungen: nachhaltig unterstützen, den Staat ergänzen

Stiftungen sind überzeugt, die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nachhaltig unterstützen zu können. Etwas mehr als die Hälfte der befragten Stiftungen hat außerdem angegeben, die staatliche Förderung zu ergänzen. Die Mehrheit der Befragten versteht sich weder als Brücke zwischen Drittem Sektor, Politik und Wirtschaft noch als Sprachrohr der Kommune für die Belange junger Menschen.

Wie sehen Sie die Rolle Ihrer Stiftung im Bereich Teilhabe von Kindern und Jugendlichen? (Mehrfachantworten möglich)



Sie ergänzt die staatliche Förderung.

53,5

Ihr gelingt es, mit ihrer Projektarbeit die Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche vor Ort nachhaltig zu gestalten.

62,9

Sie möchte mit ihrer Arbeit Eingang in den gesellschaftlichen Diskurs zur Thematik Teilhabe von Kindern und Jugendlichen finden.

22,5

Sie versteht sich als Brücke zwischen Drittem Sektor, Politik und Wirtschaft.

13,3

Sie versteht sich als Sprachrohr in der Kommune für Belange der Kinder und Jugendlichen.

12,7

Sie versteht sich als Förderin von Wissenschaft und Forschung zum Thema.

9,8

Sonstiges

11,4

Unterstützung vor allem für Schulen und Kitas

Bildungseinrichtungen gehören mit Abstand zu den wichtigsten Destinatären in punkto Teilhabe, aber auch Organisationen des Dritten Sektors werden sehr häufig von Stiftungen unterstützt.

Welche der folgenden Personen/Organisationen gehören zu den Begünstigten Ihrer Stiftungsaktivitäten im Bereich Teilhabe von Kindern und Jugendlichen? (Mehrfachantworten möglich)

n = 520
0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent

Organisationen des Dritten Sektors

54

Universitäten und Forschungseinrichtungen

12,5

Schulen

58,5

Institutionen der öffentlichen Hand, Ministerien, Kommunen etc.

11,2

Social Entrepreneurs

4,4

Vorschulische Einrichtungen (z. B. Kitas, Betreuung von Kleinkindern)

41,9

Einzelpersonen

32,7

Eltern und Familien

30,6

Kirchliche Einrichtungen

21,2

Andere

10

Angebote werden online und offline bekannt gemacht

Viele Stiftungen nutzen Online-Medien, um auf ihre Angebote aufmerksam zu machen. Allerdings spielt „Mundpropaganda“ eine ebenso wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen.

Wie werden die Begünstigten auf die Angebote Ihrer Stiftung aufmerksam? (Mehrfachantworten möglich)

n = 520
0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent

Wir informieren über das Internet (z. B. Website, Social Media).

62,9

Wir informieren über Flyer, Broschüren oder andere Printprodukte.

54,8

Informationen zu unseren Angeboten werden über „Mundpropaganda“ übermittelt.

62,1

Unsere Stiftung spricht die Begünstigten persönlich an.

31,9

Kommunen, Kreise oder Länder machen auf unsere Angebote aufmerksam.

26,7

Schulen oder Kitas machen auf unsere Angebote aufmerksam.

33,3

Wohlfahrtsverbände oder Träger von Jugendhilfe-Maßnahmen machen auf unsere Angebote aufmerksam.

25,2

Wir nutzen andere Kanäle.

15

Auf den Punkt gebracht

- Stiftungen fördern überwiegend konkrete Projekte zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen oder sie entwickeln eigene Programme und Projekte.
- Der Fokus der Aktivitäten liegt auf den Bereichen Bildung, Erziehung, Kinder- und Jugendhilfe sowie Kunst und Kultur.
- Stiftungen agieren hauptsächlich auf kommunaler Ebene.
- Ihre Angebote sehen Stiftungen als Ergänzung zu staatlichen Leistungen.
- Die meisten Stiftungen sind überzeugt, vor Ort die Bedingungen für junge Menschen nachhaltig gestalten zu können.
- Schulen, Kitas und Organisationen des Dritten Sektors, z. B. Vereine, gehören zu den wichtigsten Begünstigten.
- Die Empfänger werden häufig über das Internet, Printprodukte und „Mundpropaganda“ auf die Angebote der Stiftungen aufmerksam.

C. Kooperationen zum Thema Teilhabe

In diesem Teil der Umfrage wurden die bisherigen Kooperationserfahrungen von Stiftungen im Zusammenhang mit der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen thematisiert. Welches sind die Erfolgsfaktoren für eine gelungene Kooperation? Mit wem kooperieren Stiftungen bereits?

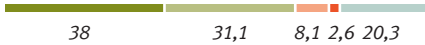
So gelingen Kooperationen: gemeinsam planen und auf Augenhöhe kommunizieren

Stiftungen konnten auf einer Skala von 1 (trifft voll zu) bis 4 (trifft überhaupt nicht zu) beurteilen, inwieweit bestimmte Aussagen auf ihre bisherigen Kooperationserfahrungen zutreffen. Nicht nur die Kommunikation auf Augenhöhe ist Stiftungen bei der Zusammenarbeit mit anderen wichtig, sondern auch ein klarer thematischer Zuschnitt des Vorhabens.

Zunächst würden wir gerne etwas über Ihre Kooperationserfahrungen im Allgemeinen erfahren. Bitte geben Sie an, inwieweit die folgenden Aussagen auf Ihre bisherigen Kooperationserfahrungen zutreffen.

Prozent 20 30 40 50 60 70 80 90 100

Es ist für den Erfolg einer Kooperation entscheidend, dass die Zusammenarbeit von Beginn an gemeinsam geplant wird. n = 508



Die Kooperationspartner müssen auf Augenhöhe miteinander kommunizieren. n = 507



Für den Erfolg einer Kooperation ist entscheidend, dass alle Partner gleichermaßen öffentliche Anerkennung bekommen. n = 503



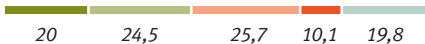
Kooperationen brauchen einen klaren thematischen Zuschnitt. n = 503



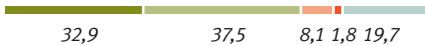
Es ist für den Erfolg einer Kooperation entscheidend, dass alle Kooperationspartner regelmäßig Rechenschaft über die Fortschritte ihrer Arbeit ablegen. n = 503



Kooperationen müssen vertraglich geregelt werden. n = 506



Es muss sichergestellt werden, dass alle Partner kontinuierlich am Kooperationsprozess teilhaben. n = 507



■ trifft voll zu
■ trifft eher zu
■ keine Angabe möglich
■ trifft eher nicht zu
■ trifft überhaupt nicht zu

Fast die Hälfte der befragten Stiftungen kooperiert mit anderen

Haben Sie Aktivitäten zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Kooperation mit anderen Organisationen entwickelt?

n = 537

0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent



Kooperationen mit Vereinen stehen an erster Stelle ...

... aber auch mit anderen Stiftungen wird im Bereich Teilhabe von Kindern und Jugendlichen häufig zusammengearbeitet. Immerhin haben knapp 40 Prozent der befragten Stiftungen angegeben, mit Landkreisen oder Kommunen zu kooperieren.

Falls Sie mit anderen kooperieren, bitte geben Sie die Art der Partnerorganisation an (Mehrfachantworten möglich)

n = 242

0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent



Gemeinsam mehr erreichen – auch mit Geld

Als Gründe für eine Kooperation wurden am häufigsten die gemeinsamen Ziele und die verbesserte Finanzierung angegeben.

Aus welchen Gründen sind Sie diese Kooperationen eingegangen?

(Mehrfachantworten möglich)

n = 240

0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent

Um die Finanzierung eines bestimmten Projektes zu verbessern

67,1

Um Expertise und/oder Infrastruktur zu bündeln

45,8

Um Kosten für die Stiftung zu sparen

27,1

Um den Wirkungsbereich der eigenen Aktivitäten (national oder international) auszubauen

38,8

Um sich ergänzende Ziele gemeinsam zu verfolgen

73,8

Um doppelte Arbeit zu vermeiden

30

Andere Gründe

10

Auf den Punkt gebracht

■ Gemeinsame Planung, Zusammenarbeit auf Augenhöhe und klare thematische Zuschnitte sind für erfolgreiche Kooperationen entscheidend.

■ Im Bereich Teilhabe von Kindern und Jugendlichen kooperiert fast die Hälfte der befragten Stiftungen, und zwar am häufigsten mit Vereinen oder anderen Stiftungen.

■ Stiftungen gehen vor allem Kooperationen ein, um sich ergänzende Ziele gemeinsam zu verfolgen oder die Finanzierung eines bestimmten Projektes zu verbessern.

D. Das Bildungs- und Teilhabepaket

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist im April rückwirkend zum Januar 2011 in Kraft getreten. Die Stiftungen wurden daher um ihre Einschätzung zu den neuen Regelungen gebeten. Außerdem konnten die Befragten angeben, unter welchen Rahmenbedingungen sie in punkto Bildungspaket aktiv werden möchten.

Beteiligungsmöglichkeiten und Rolle der Stiftungen in punkto Bildungspaket noch unklar

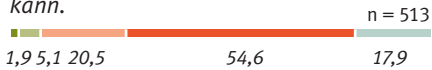
Auf einer Skala von 1 (trifft voll zu) bis 4 (trifft überhaupt nicht zu) konnten die Stiftungen Aussagen zum Bildungs- und Teilhabepaket bewerten. Die Befragten fühlen sich offenbar von Bund, Ländern oder Kommunen noch nicht ausreichend über ihre Beteiligungsmöglichkeiten am Bildungs- und Teilhabepaket informiert. Viele sind sich noch unsicher, ob sie sich im Rahmen des Pakets neu positionieren oder neue Netzwerke knüpfen werden. Konkrete Schritte haben bislang die wenigsten unternommen. Der Anteil derjenigen, die sich in ihrem Urteil noch nicht festlegen können oder wollen, ist bei den meisten Aussagen relativ hoch.

Inwieweit treffen die folgenden Aussagen zum Bildungs- und Teilhabepaket auf Ihre Stiftung zu? (Mehrfachantworten möglich)

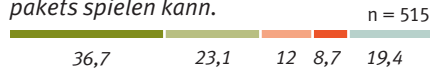


Prozent 20 30 40 50 60 70 80 90 100

Die Stiftung wurde von staatlicher Seite (Bund, Land, Kommune) ausreichend über Möglichkeiten informiert, wie sie sich aktiv an der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets beteiligen kann.



Die Stiftung hat noch keine Überlegungen angestellt, welche Rolle sie bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets spielen kann.



Die Stiftung wird sich im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets neu positionieren, z. B. neue Kooperationen eingehen oder Netzwerke knüpfen.



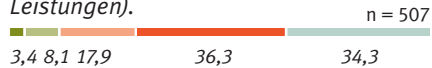
Die Stiftung wird dazu beitragen, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets bei den Leistungsberechtigten ankommen.



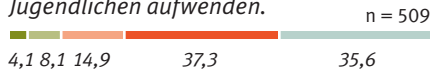
Die Stiftung hat bereits Schritte in Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket unternommen (z. B. Kooperationen eingeleitet, Projekte in Gang gesetzt).



Durch die Regelungen des Bildungs- und Teilhabepakets sind für die Stiftung neue Anknüpfungspunkte entstanden (z. B. Aufstockung bestimmter Leistungen).



Durch die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets kann die Stiftung nun finanzielle Mittel in anderen, neuen Bereichen der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aufwenden.



Mit Hilfe von Kreuztabellen (siehe Anhang, Seite 83, Angaben zur Datenerhebung und -auswertung) wurden Ergebnisse aus Teil B der Umfrage den Aussagen der befragten Stiftungen zum Bildungs- und Teilhabepaket gegenübergestellt:

Von den 273 Stiftungen, die in Teil B angegeben haben, die Rolle des Staates zu ergänzen, haben 57,5 Prozent bei der Aussage „Die Stiftung hat noch keine Überlegungen angestellt, welche Rolle sie bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets spielen kann“ die Kategorie „trifft voll zu“ oder „trifft eher zu“ angekreuzt. Und 59,7 Prozent von diesen 273 haben auf die Frage „Die Stiftung hat bereits Schritte in Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket unternommen (z. B. Kooperationen eingeleitet, Projekte in Gang gesetzt)“ mit „trifft eher nicht zu“ oder „trifft überhaupt nicht zu“ geantwortet.

Von den 139 Stiftungen, die in Teil B bejaht haben, dass Kommunen, Kreise oder Länder auf die Stiftungsangebote aufmerksam machen – bei denen offenbar bereits ein gewisser Austausch mit staatlichen Stellen besteht – haben

dennoch 65,5 Prozent auf die Frage „Die Stiftung wurde von staatlicher Seite (Bund, Land, Kommune) ausreichend über Möglichkeiten informiert, wie sie sich aktiv an der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets beteiligen kann“ mit „trifft eher nicht zu“ oder „trifft überhaupt nicht zu“ geantwortet. Hier besteht trotz vorhandener Kontakte ein Bedarf für mehr Austausch zum Bildungspaket.

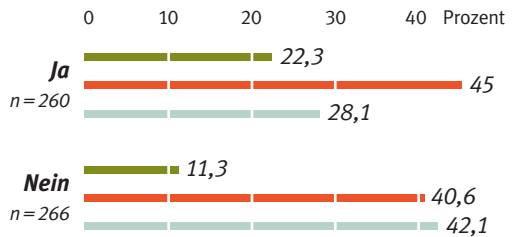
Die Stiftungen wurden auch danach gefragt, ob ihre Aktivitäten besonders auf die Förderung bedürftiger Kinder und Jugendlicher ausgerichtet sind (z. B. niedriges Einkommen, Migrationshintergrund, Behinderung). Die Frage hat die Hälfte der Befragten bejaht (49,6 Prozent von 526). Diese Gruppe unterscheidet sich hinsichtlich ihrer Aussagen zum Bildungspaket von den übrigen Befragten.

Zwar ist der Anteil derjenigen, die keine Kooperationen eingehen wollen, auch hier noch vergleichsweise hoch, dennoch sind Stiftungen, die explizit bedürftige junge Menschen unterstützen, offenbar häufiger zu einer Zusammenarbeit im Rahmen des Bildungspakets bereit und wollen eher dazu beitragen, dass die Leistungen bei den jungen Menschen ankommen.

Stiftungen, die besonders bedürftige Kinder fördern, scheinen dem Bildungs- und Teilhabepaket gegenüber aufgeschlossener zu sein

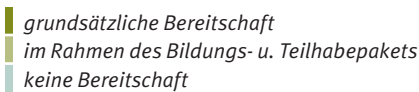
- trifft voll zu + trifft eher zu
- trifft eher nicht zu + trifft überhaupt nicht zu
- keine Angabe möglich

Auf die Förderung bedürftiger Kinder und Jugendlicher ausgerichtet

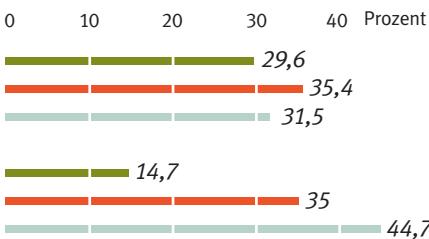


Stiftungen können sich vorstellen, ergänzend zum Bildungspaket aktiv zu werden

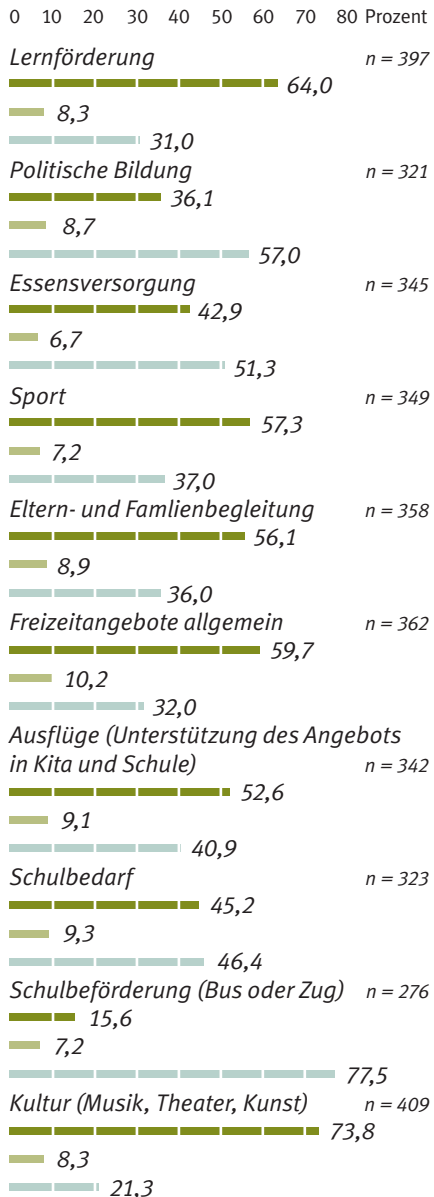
Bei dieser Frage konnten die teilnehmenden Stiftungen drei Optionen ankreuzen: Ob sie grundsätzlich zu Investitionen in einem bestimmten Bereich bereit sind, ob sie es im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets sind oder ob keine Bereitschaft besteht. Grundsätzlich gibt es die höchste Bereitschaft für Investitionen im Bereich Kultur. Nur wenige Stiftungen wollen sich für die Schulbeförderung engagieren. Vermutlich sehen Stiftungen dies als eine kommunale Aufgabe an. Insgesamt möchten Stiftungen außerhalb des Bildungspakets oder ergänzend dazu investieren, denn die grundsätzliche Bereitschaft zu einem Engagement, z. B. bei der Lernförderung, ist fast immer vorhanden. Dazu passt, dass Stiftungen gemäß ihrem Rollenbild staatliche Leistungen ergänzen wollen (siehe Seite 52).



Die Stiftung wird dazu beitragen, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets bei den Leistungsberechtigten ankommen.



Sind Sie bereit, als Stiftung in den folgenden Bereichen Investitionen zu tätigen bzw. Ihre Investitionen in diesen Bereichen auszuweiten? (Mehrfachantworten möglich)



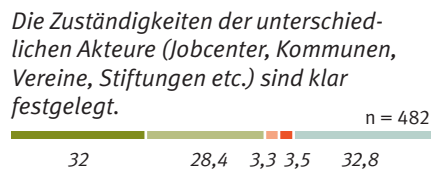
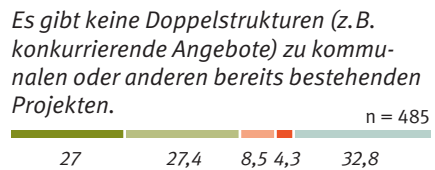
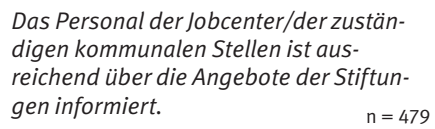
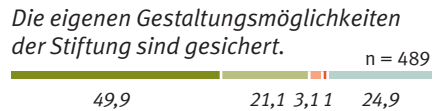
Bei den 234 Stiftungen, die laut Teil B der Befragung Schulen zu ihren Begünstigten zählen, liegt die grundsätzliche Bereitschaft, sich für Lernförderung zu engagieren, etwas höher als bei der Gesamtheit der Befragten, nämlich 76,9 Prozent gegenüber 64 Prozent. Ein Engagement im Rahmen des Bildungspakets können sich 9,4 Prozent gegenüber 8,3 Prozent vorstellen, also immer noch sehr wenige. Auch dieses Ergebnis unterstreicht, dass Stiftungen ihre Aktivitäten zwar durchaus im Sinne des Bildungspakets ausrichten, aber selbst nicht innerhalb, sondern außerhalb des Pakets eigene Aktivitäten hinzufügen möchten.

Viele Gestaltungsmöglichkeiten – wenig Bürokratie

Die Stiftungen konnten sich zu verschiedenen Aussagen auf einer Skala von 1 (sehr wichtig) bis 4 (unwichtig) äußern. Es zeigt sich, dass den Stiftungen die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und wenig Bürokratie besonders wichtig sind. Ein Hinweis auf den oben bereits genannten Informationsbedarf der Stiftungen ist auch die jeweilige Häufigkeit der Kategorie „keine Angabe möglich“.

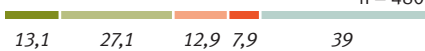
Unter welchen Rahmenbedingungen wären Sie bereit, Aktivitäten zum Bildungs- und Teilhabepaket aufzunehmen oder Ihre Aktivitäten zu intensivieren? Bitte entscheiden Sie, wie wichtig Ihnen die folgenden Bedingungen sind.

Prozent 20 30 40 50 60 70 80 90 100



Prozent 20 30 40 50 60 70 80 90 100

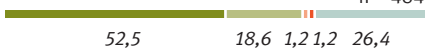
Eine zentrale Stelle zur Koordination der Aktivitäten wurde etabliert. n = 480



Bereits vorhandene Leistungen werden nicht zurückgefahren. n = 481



Der bürokratische Aufwand wird gering gehalten. n = 484



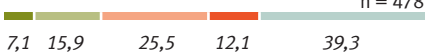
Es existiert ein Kooperationskonzept, das an die Stiftungs-idee / die Satzung anschlussfähig ist. n = 484



Die Teilnahme / das Engagement der Stiftungen wird öffentlich wahrgenommen. n = 487



Es werden regelmäßig regionale Teilhabekonferenzen einberufen. n = 478



Die in Teil C abgefragten allgemeinen Voraussetzungen für Kooperationen wurden mit den Bedingungen, unter denen Stiftungen zu einer Teilnahme am Bildungspaket bereit sind, kreuztabelliert. Daraus ergeben sich eine Reihe interessanter Aussagen. Für diese Aussagen gilt, dass eine signifikante Abweichung der beobachteten von den erwarteten Häufigkeiten vorliegt, nämlich in allen Fällen die tatsächlich beobachtete Häufigkeit über der erwarteten liegt (siehe Anhang, Seite 81–83, Angaben zur Datenerhebung und -auswertung).

Von den 351 Stiftungen, die bei der Aussage „Es ist für den Erfolg einer Kooperation entscheidend, dass die Zusammenarbeit von Beginn an gemeinsam geplant wird“ die Kategorie „trifft voll zu“ oder „trifft eher zu“ gewählt haben, halten es 59,3 Prozent in Bezug auf die Teilnahme am Bildungspaket für sehr wichtig oder wichtig, dass Doppelstrukturen (z. B. konkurrierende Angebote) zu kommunalen oder anderen bereits bestehenden Projekten vermieden werden. Von diesen 351 finden es außerdem 66,4 Prozent sehr wichtig oder wichtig, dass die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Akteure (Jobcenter, Kommunen, Vereine, Stiftungen etc.) klar festgelegt sind. Es sagt viel über das Selbstverständnis von Stiftungen, dass von den 382 Stiftungen, die sich in Teil C bei der Aussage „Die Kooperationspartner müssen auf Augenhöhe miteinander kommunizieren“ für „trifft voll zu“ oder „trifft eher zu“ entschieden haben, fast drei Viertel (73,3 Prozent) eigene Gestaltungsmöglichkeiten als eine wichtige oder sehr wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am Bildungspaket erachten.

Zu diesem Selbstverständnis gehört auch die Wahrnehmung der Stiftungsarbeit durch die Öffentlichkeit: Von den 357 Stiftungen, die über gelungene Kooperationen sagen „Es muss sichergestellt werden, dass alle Partner kontinuierlich am Kooperationsprozess teilhaben“, also hier „trifft voll zu“ oder „trifft eher zu“ angekreuzt haben, legen 61,9 Prozent Wert darauf, bei einer eventuellen Teilnahme am Bildungspaket öffentlich sichtbar zu sein („sehr wichtig“ oder „wichtig“).

Beim Bildungspaket sind bisher kaum Schwierigkeiten aufgetreten

Der Anteil der Stiftungen, der bereits mit rechtlichen Schwierigkeiten konfrontiert war, lag zum Zeitpunkt der Umfrage unter 10 Prozent. Es ist zu hoffen, dass durch eine enge Auslegung der Anrechnungsvorschriften sich dies auch künftig nicht ändern wird.

Das Bildungs- und Teilhabepaket befindet sich noch in der Anfangsphase. Vieles muss sich erst einspielen, deshalb können mitunter Schwierigkeiten auftreten. Hatte Ihre Stiftung in diesem Zusammenhang schon einmal Schwierigkeiten? (Mehrfachantworten möglich)

n = 382

0 10 20 30 40 50 60 70 80 Prozent

Rechtliche Schwierigkeiten
(z. B. bei Einzelförderung)

7,6

Organisatorische Schwierigkeiten
(z. B. unklare Aufteilung der Kompetenzen, hoher bürokratischer Aufwand)

13,9

Legitimationsschwierigkeiten
(z. B. Verdrängung der Stiftungsaufgaben durch staatliche Angebote, Konkurrenz durch privatwirtschaftliche Anbieter)

3,9

Andere Schwierigkeiten

11,3

Keine Schwierigkeiten

74,3

Interview mit Prof. Dr. Burkhard Küstermann, Leiter Initiative Bürgerstiftungen

Das Bildungspaket der Bundesregierung unterstützt gezielt 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche. Die aktuellen Umfrageergebnisse zeigen, dass bislang weniger als 10 Prozent der befragten Stiftungen rechtliche Probleme im Umgang mit dem Bildungspaket hatten. Herr Küstermann, warum reagieren gleichwohl immer wieder Stiftungen beunruhigt auf das Vorhaben?

Stiftungen, die sich im mildtätigen Bereich zur Förderung von Kindern und Jugendlichen engagieren, möchten Hilfebedürftigen eine Leistung zugute kommen lassen, die die Leistungen des Staates ergänzt. Der Staat soll aus seiner Pflicht, für die Grundsicherung von bedürftigen Kindern aus Geringverdienerfamilien zu sorgen, nicht entlassen werden. Stiftungen wollen eine darüber hinausgehende Unterstützung erbringen. Aufgrund der neuen Gesetzeslage zum Bildungs- und Teilhabepaket sind zahlreiche Stiftungen verunsichert, ob ihre Leistungen künftig in größerem Umfang auf staatliche Leistungen anzurechnen sind, als bisher. Von einigen Stiftungen haben wir bereits die Rückmeldung erhalten, dass die Arbeitsagenturen ihre Anrechnungspraxis wesentlich strikter handhaben als in den vergangenen Jahren. Das kann zu einer unmittelbaren Beeinträchtigung der Förderung von Kindern und Jugendlichen führen.

Ist diese Befürchtung aus Ihrer Sicht gerechtfertigt? Wie sehen die rechtlichen Regelungen zur Anrechnung aus?

Es gibt eine zentrale Norm zur Nichtberücksichtigung von Einkommen, die sich im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit der Anrechnung von Leistungen Dritter befasst. Danach kommt

eine Anrechnung von Stiftungsleistungen nur in Ausnahmefällen in Betracht. Das gilt insbesondere bei regelmäßigen und hohen finanziellen Unterstützungen. Nur dann erreichen sie eine solche Bedeutung, dass es schlichtweg nicht mehr gerechtfertigt wäre, wenn die Betroffenen daneben noch staatliche Leistungen ganz oder auch nur teilweise beziehen würden. Das gilt auch für Leistungen im Bereich des Bildungspakets. Bei einer zutreffend engen Auslegung kommt es also nicht zu einer Einschränkung der Stiftungsarbeit!

Was heißt das in die Zukunft gerichtet? Wie sollte aus Ihrer Sicht die Anrechnungspraxis künftig gehandhabt werden?

Aus Sicht der Stiftungen ist eine klare, einfache und restriktive Handhabung der Anrechnungsregelung wünschenswert. Sie ist auch vor dem gesetzlichen Hintergrund geboten. Es war nicht die Intention des Gesetzgebers, durch die Novellierung des SGB II den Anwendungsbereich der Anrechnungsregelung auszuweiten. Diese Überlegung sollte auch die Arbeitsagenturen bei ihrer Arbeit leiten. Um die mildtätigen Stiftungen noch stärker als bisher mit dem rechtlichen Rahmen ihrer Arbeit vertraut zu machen, wird der Bundesverband Deutscher Stiftungen 2012 eine Sonderveranstaltung speziell zu dieser Thematik durchführen, denn die Problematik der Anrechnung findet sich z. B. auch im Bereich der Pflege und Eingliederungshilfe. Das Stiftungswesen findet im sozialen Bereich seinen Ursprung. Die ersten mildtätigen Stiftungen wurden bereits im frühen 12. Jahrhundert errichtet. Diese Tradition setzt sich heute fort: Noch heute ist jede dritte Stiftung eine Sozialstiftung. Gemeinsames Ziel muss es daher sein, diese erfolgreiche Arbeit von sozialen Stiftungen auch in die Zukunft zu tragen.

Auf den Punkt gebracht

- Stiftungen wünschen sich gezieltere Informationen zum Bildungspaket.
- Die meisten Stiftungen wissen bislang nicht, welche Rolle sie bei der Umsetzung des Bildungspakets spielen können und haben dementsprechend noch keine Schritte unternommen.
- Stiftungen sind grundsätzlich bereit, ihre Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Lernförderung, Freizeit, Sport sowie Eltern- und Familienbegleitung zu intensivieren – allerdings nicht im Rahmen des Bildungspakets, sondern ergänzend.
- Eigene Gestaltungsmöglichkeiten sind Stiftungen wichtig und werden als Voraussetzung für eine Beteiligung am Bildungspaket angesehen.
- Die Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure sollten beim Bildungspaket klar kommuniziert werden, verbunden mit einem geringen bürokratischen Aufwand für die Teilnahme.
- Rechtliche Schwierigkeiten sind bislang die Ausnahme.

E. Offene Nennungen

Der Online-Fragebogen ermöglichte den teilnehmenden Stiftungen, in einer offenen Nennung Anregungen und Kritik zum Bildungs- und Teilhabepaket zu äußern. Hier eine Zusammenfassung:

Stiftungen fühlen sich nicht ausreichend informiert. Viele Stiftungen weisen darauf hin, dass sie sich nicht ausreichend über die neuen Regelungen informiert fühlen. Es fehle an Transparenz und Auskunftsbereitschaft seitens der zuständigen staatlichen Stellen, so dass „völlig unklar“ sei, was von den Stiftungen erwartet wird und wie sich Stiftungen konkret einbringen können.

Stiftungen identifizieren vielfältige Potenziale. Zur Verbesserung der bestehenden Strukturen des Bildungspakets schlagen Stiftungen vor, die eigenen Netzwerke verstärkt zur Verbreitung der Informationen über die neuen Regelungen zu nutzen und die Öffentlichkeitsarbeit so zu intensivieren. Dazu gehört auch die individuelle Beratung und Begleitung der leistungsberechtigten Familien. Besonders Bürgerstiftungen können „aufgrund ihrer örtlichen Einbindung und Bekanntheit“ zur Verbreitung des Bildungspakets beitragen. Zudem können Stiftungen die Lebenssituation der betroffenen Kinder und Jugendlichen darstellen und Aufklärungsarbeit leisten.

Stiftungen signalisieren Kooperationsbereitschaft. Stiftungen zeigen durchaus Bereitschaft, im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets neue Kooperationen einzugehen bzw. ihre Netzwerke einzubringen – besonders auf regionaler und kommunaler Ebene. Voraussetzung dafür ist aber, dass sie „als Ansprechpartner akzeptiert und eingebunden werden“.

Angebote können ergänzt werden. Die Stiftungen weisen ausdrücklich darauf hin, dass staatliche Programme immer Vorrang vor Stiftungsmitteln haben; Stiftungen sind aber bereit, die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets punktuell zu ergänzen, etwa durch Aufstockung der finanziellen Förderung von Freizeitaktivitäten oder durch Ergänzung des vorhandenen Angebots der kommunalen Kinder- und Jugendförderung.

Stiftungen agieren als Watchdogs. Stiftungen können „die notwendige Kritik an der Praxis der staatlichen Institutionen intensivieren und damit einen Beitrag zur Etablierung einer Fehlerkultur sowie eines nachhaltigen Verbesserungsmanagements leisten“. Mit ihren kritischen Fragen und Hinweisen tragen Stiftungen dazu bei, dass Kommunen effizienter arbeiten und Bildung als gemeinschaftliche Aufgabe verstanden wird. Stiftungen sind außerdem in der Lage „Prozesse zwischen unterschiedlichen Partnern zu moderieren“.

Ergebnisse der Expertenbefragung

Was verstehen Stiftungen unter Teilhabe? Was ist bei Kooperationen wichtig und welche Besonderheiten ergeben sich bei der Zusammenarbeit mit dem Staat? Welche Erfahrungen haben Stiftungen mit dem Bildungs- und Teilhabepaket und wo sehen sie Verbesserungsbedarf? Die Experteninterviews mit 22 Stiftungsvertreterinnen und -vertretern zeigen konkrete Meinungen und Positionen zu den verschiedenen Fragestellungen. Die Befragung wurde von Mitte September bis Mitte Oktober 2011 anhand eines Interviewleitfadens durchgeführt. Die Aussagen wurden anschließend zusammengefasst.

A. Teilhabe und Förderung von Kindern und Jugendlichen

Welches Verständnis von Teilhabe hat Ihre Stiftung?

Stiftungen verstehen unter Teilhabe:

- die Möglichkeit und Fähigkeit, die eigene Zukunft selbstbestimmt zu gestalten
- die Möglichkeit, seine Talente zu entdecken, zu entwickeln und einzubringen
- die produktive Beteiligung an der gesellschaftlichen Wertschöpfung
- das Ernstnehmen, Informieren und Einbeziehen aller Menschen
- die Teilnahme an und Gestaltung von gesellschaftlichen Prozessen auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene sowie auf der Bildungsebene
- die Unabhängigkeit von Chancen und Lebensumständen bzw. äußeren Faktoren
- die Möglichkeit der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung
- die Möglichkeit für Eltern, ihre Kinder am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen

Junge Menschen sollten die Gesellschaft unabhängig von der eigenen sozialen Herkunft mitgestalten können.

Die Basis für eine gelungene Teilhabeförderung ist, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen, sie zu informieren und einzubeziehen. Es gehe vor allem darum, jungen Menschen zu ermöglichen, an gesellschaftlichen Prozessen auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene sowie auf der Bildungsebene teilzunehmen und diese mitzugestalten. „Teilhabe heißt: Kinder können die Talente, die sie haben, entdecken, entwickeln und in die Gesellschaft einbringen.“

„Teilhabe bedeutet, Zukunft gestalten zu können.“

65

Wo sehen Sie bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen die größten Schwierigkeiten?

Die größten Schwierigkeiten ergeben sich aus:

- der Bildungsferne der Eltern und der mangelnden Sprachkompetenz der Eltern und Kinder
- den veralteten didaktischen Methoden, dem einseitigen Themenfokus (auf MINT-Fächer) und der mangelnden Betreuung in Bildungseinrichtungen
- der Heterogenität der Problemgruppen
- der Kopplung von Bildungschancen und sozialer Herkunft
- der mangelnden demokratischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
- dem Nicht-Ernstnehmen der Kinder und Jugendlichen

Eine angemessene Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist schwer zu realisieren.

Besonders die Ansprache und Einbeziehung der Zielgruppe wird als Schwierigkeit wahrgenommen. Es sei „eine große Herausforderung, die Jugendlichen überhaupt zu erreichen und ein Bewusstsein für die existierenden Angebote zu schaffen“. Auch die Eltern der benachteiligten jungen Menschen stellen für Stiftungen eine wichtige Zielgruppe dar. Sie müssen ebenfalls langfristig und bereits in einem möglichst frühen Stadium ihrer Elternschaft motiviert, beraten und unterstützt werden.

„Es darf nicht darum gehen, jemanden nur zu belehren. Projekte und Programme müssen auf Eigenaktivität setzen.“

Wo sehen Sie bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen die größten Herausforderungen?

Die größten Herausforderungen liegen darin:

- die Zielgruppe zu erreichen und einzubeziehen
- Kinder gemäß ihrer individuellen Charakteristika zu fördern
- die Eltern zu motivieren, zu beraten und zu unterstützen
- ausreichende Angebote auf freiwilliger Basis bereitzustellen
- Sprachkompetenz zu vermitteln
- sektorenübergreifende Kooperationen zu etablieren
- benachteiligende Faktoren im (Bildungs-)System zu identifizieren
- umfassende Bildungsinstitutionen einzurichten
- das schulische Selbstverständnis zu verändern

„Die größte Herausforderung ist, die Jugendlichen überhaupt zu erreichen und ein Bewusstsein für die existierenden Angebote zu schaffen.“

Im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen identifizieren Stiftungen anspruchsvolle Aufgaben.

Die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen betrachten die Experten als besondere Herausforderung. Hier müsse es genügend Angebote geben, die die jungen Menschen freiwillig und selbstbestimmt nutzen können. Dazu sind sektorenübergreifende Kooperationen notwendig, die die Einrichtung umfassender Bildungsinstitutionen erleichtern.

Stiftungen erkennen notwendige Veränderungen bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Bildungsinstitutionen, wie Kitas und Schulen, sollten nach Meinung der Befragten als zentrale Organisatoren von Lernprozessen wahrgenommen und dementsprechend organisiert und ausgerüstet werden. Damit einher gehe eine verbesserte individuelle Förderung und Stärkung sozialer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen und letztendlich die Entkopplung von Chancen und sozialer Herkunft.

Wo sehen Sie bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen besonderen Handlungsbedarf?

Besonderer Handlungsbedarf liegt darin:

- Chancen und soziale Herkunft zu entkoppeln
- die Autonomie, Selbstbestimmung und Entwicklung des demokratischen Verständnisses aller Menschen zu stärken
- Bildungseinrichtungen als zentrale Organisatoren von Lernprozessen zu stärken
- die systemischen Gründe der Verhinderung von Teilhabe zu analysieren
- eine stärkere Lobby für Kinder zu entwickeln
- die sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen individuell zu fördern
- die Eltern einzubeziehen und zu vernetzen

„Die Gesellschaft muss es schaffen, dass die finanzielle Situation der Eltern keine Konsequenzen für das Aufwachsen der Kinder hat.“

„Der Staat sollte den Akteuren vor Ort mehr vertrauen.“

Was ist die spezifische Rolle der Stiftungen bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen?

Bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen:

- erreichen Stiftungen andere Bevölkerungsgruppen als der Staat
- können Stiftungen Zielgruppen auf Augenhöhe ansprechen
- sind Stiftungen flexibler als der Staat
- können Stiftungen staatliche Handlungen ergänzen
- sind Stiftungen Mittler zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen

- agieren Stiftungen als Watchdogs und können auf Missstände hinweisen
- initiieren Stiftungen Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteuren
- entwickeln Stiftungen anschlussfähige Modelllösungen und Konzepte für Problemlagen
- können Stiftungen Veränderungsprozesse anstoßen
- setzen Stiftungen mit ihrer Förderpolitik Akzente
- agieren Stiftungen als Multiplikatoren für neue Ideen
- bauen Stiftungen persönliche Beziehungen auf

Stiftungen sind nah an der Zielgruppe, verfügen über umfassende Erfahrungen und stoßen neue Entwicklungen an.

Stiftungen erreichen andere Bevölkerungsgruppen als der Staat. Sie „sind als neutrale Organisationen in der Lage, verschiedenste gesellschaftliche Gruppen anzusprechen“ und persönliche Beziehungen aufzubauen. In diesem Zusammenhang betonen die Interviewten, dass ihre Organisationen staatliche Handlungen zwar ergänzen, Stiftungen aber „keine Flächenversorger, sondern Impuls- und Ideengeber“ sind.

B. Kooperationen

Stiftungen kooperieren mit Organisationen aller Sektoren.

Organisationen des Dritten Sektors

Stiftungen

Wohlfahrtsverbände

Nachhilfeeinstitute

Erziehungsberatungsstellen

Bildungszentren für Jugendliche

Ehrenamtsnetzwerke

gemeinnützige Vereine vor Ort

Kultureinrichtungen

Bibliotheken

Jugendclubs

Jugendeinrichtungen

Kinderschutzbund

Deutsches Rotes Kreuz

freie Träger

staatlichen Organisationen

Ministerien

Schulen

Schulaufsicht

Schulträger

Schulamt

staatliche Schulverwaltungen

Hochschulen

Agenturen für Arbeit

Kommunen

Länder

Unternehmen

Welche Voraussetzungen / Bedingungen müssen bei einer Kooperation erfüllt sein?

Für eine Kooperation ist es wichtig, dass:

- der Nutzen der Kooperation höher ist als ihre Kosten
- alle Akteure konkret in die Arbeit eingebunden werden
- die vorhandenen Kompetenzen sinnvoll genutzt werden
- Kooperationspartner respektvoll miteinander umgehen, sich gegenseitig ernst nehmen und mit einer positiven Grundeinstellung zusammenarbeiten
- der Kooperationspartner integer ist
- der Kooperationspartner eine gewisse Reputation hat
- der Kooperationspartner vernünftig mit Geld umgehen kann
- sich der Kooperationspartner zu den gemeinsamen Zielen bekennt und sich erkennbar dafür engagiert
- sich Kooperationspartner gegenseitig vertrauen
- Kooperationspartner im Dialog miteinander stehen
- verbindliche Vereinbarungen oder Verträge abgeschlossen werden

Stiftungen haben hohe Anforderungen an Kooperationen.

Aufgrund ihrer Erfahrungen wissen Stiftungen, worauf es bei erfolgreichen Kooperationen ankommt. Dazu zählt, „Akteure für ein Projekt zu begeistern, damit sie langfristig mitarbeiten“, aber auch der respektvolle Umgang miteinander, eine positive Grundeinstellung und gegenseitiges Vertrauen. Wichtig sind außerdem verbindliche Vereinbarungen oder Verträge, die so flexibel und autonomieschützend sind, dass sie eine Verlässlichkeit und einen strukturierten Freiraum herstellen.

Welche Besonderheiten ergeben sich bei Kooperationen zwischen dem Staat und Stiftungen?

Bei Kooperationen zwischen dem Staat und Stiftungen:

- können Stiftungen etablierte Handlungsabläufe hinterfragen
- agieren Stiftungen als Ideengeber und können langfristige Projekte anbieten
- ist es wichtig, dass das Stiftungshandeln unabhängig bleibt
- wird die Flexibilität des Stiftungshandelns eingeschränkt, da sich staatliche Akteure Misserfolge weniger leisten können als Stiftungen
- müssen sich die Partner der unterschiedlichen Positionen bewusst sein

„Stiftungen können als vermittelnde Institutionen auf staatliche Angebote aufmerksam machen.“

- sollten sich beide Seiten gut über den Kooperationspartner informieren
- ist ein intensiver Austausch notwendig
- spielt Vertrauen eine wichtige Rolle
- müssen Verträge abgeschlossen werden
- sollten politische Interessen möglichst keine Rolle spielen

Bei Kooperationen mit staatlichen Akteuren ist ein intensiver Austausch notwendig.

Wenn Staat und Stiftungen zusammenarbeiten, achten die Verantwortlichen auf Stiftungsseite vor allem darauf, dass das Stiftungshandeln unabhängig bleibt. Die Kooperationspartner müssen sich der unterschiedlichen Positionen und Handlungslogiken bewusst sein. Beide Seiten sollten deshalb eine möglichst hohe Transparenz schaffen und sich im Vorfeld gut über den Kooperationspartner informieren.

„Die Denke ist eben doch eine deutlich andere. Dessen sollte man sich bewusst sein.“

C. Das Bildungs- und Teilhabepaket

Welche Rolle nehmen Stiftungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets ein?

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets können Stiftungen:

- ihre Netzwerke einbringen
- Kooperationen vor Ort managen
- vor Ort dazu beitragen, dass ausreichend Angebote vorhanden sind bzw. Angebote punktuell erweitern
- dazu beitragen, dass die staatlichen Leistungen bei den Empfängern ankommen, z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit
- bedürftige Kinder und Jugendliche unterstützen, die nicht leistungsberechtigt sind
- erfolgreiche Lösungen vor Ort entdecken und unterstützen
- nicht staatliche Aufgaben übernehmen

Stiftungen können Vermittler vor Ort sein.

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets können Stiftungen ihre Netzwerke einbringen und vor Ort dazu beitragen, dass ausreichend Angebote vorhanden sind bzw. Angebote punktuell erweitern. „Stiftungen können ihre Erfahrungen einbringen und das Teilhabepaket evaluativ begleiten.“ Sie können dafür sorgen, dass die staatlichen Leistungen bei den Empfängern ankommen, und sie können bedürftige Kinder und Jugendliche unterstützen, die nicht leistungsberechtigt sind.

Welche Erfahrungen haben Stiftungen mit dem Bildungs- und Teilhabepaket gemacht?

Die bisherigen Erfahrungen der Stiftungen ergeben, dass:

- viele Stiftungen kaum oder gar nicht über das Bildungs- und Teilhabepaket informiert sind
- Stiftungsmittel dank des Bildungs- und Teilhabepakets teilweise in anderen Bereichen eingesetzt werden können
- versäumt wurde, bereits vorhandene Konzepte in das Bildungs- und Teilhabepaket zu integrieren und Praktiker bei der konkreten Ausgestaltung einzubeziehen
- die Zuständigkeiten der Behörden aus Sicht der Stiftungen nicht ausreichend geklärt sind
- das Bildungs- und Teilhabepaket zu bürokratisch angelegt ist, viele Familien damit überfordert sind und nur wenige die Leistungen in Anspruch nehmen

- etablierte Programme und Projekte aufgrund der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets eingestellt wurden
- das Personal der Jobcenter bisher nicht ausreichend informiert und geschult ist
- es bei Einzelförderungen zu Schwierigkeiten kommen kann
- sich die Situation der Kinder und Jugendlichen bisher nicht merklich verbessert hat

Stiftungen üben Kritik am Bildungspaket. Viele fühlen sich nicht ausreichend informiert.

Die bisherigen Erfahrungen ergeben, dass zunächst einmal viele Stiftungen kaum oder keine Informationen über das Bildungs- und Teilhabepaket haben. Daraus folgt, so die Expertinnen und Experten im Interview, dass viele Stiftungen nicht verstanden haben, dass das Paket zur Sicherung des Existenzminimums in den Bereichen Bildung und Teilhabe konzipiert wurde und dementsprechend auf die Grundbedürfnisse der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen zielt. An welchen Stellen sich Stiftungen sinnvoll einbringen und das vorhandene Angebot ergänzen können, ist bisher unklar.

„Das Bildungs- und Teilhabepaket ist nicht niedrigschwellig genug – die Bürokratie überfordert viele Eltern.“

Welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen Stiftungen in Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket?

Zur Verbesserung des Bildungs- und Teilhabepakets schlagen Stiftungen vor:

- dass die staatlichen Stellen Stiftungen gezielter informieren und Transparenz schaffen
- dass die staatlichen Akteure stärker auf Stiftungen zugehen und sie auffordern, sich zu beteiligen
- dass das Bildungs- und Teilhabepaket stärker mit bestehenden Strukturen verknüpft und abgestimmt wird
- Kindern und Jugendlichen den Zugriff auf die Leistungen zu erleichtern
- Familien nicht noch stärker in eine Bittsteller-Rolle zu drängen, indem sie noch mehr Anträge ausfüllen müssen
- den Armutsdiskurs anders zu führen und Stigmatisierung zu vermeiden
- den Akteuren vor Ort mehr Gestaltungsspielraum zu lassen
- das Bildungs- und Teilhabepaket komplett zu überdenken und stattdessen Bildungsinstitutionen zu fördern

Die meisten Stiftungen wünschen sich eine stärkere Verknüpfung mit bestehenden Angeboten.

Das Bildungspaket sollte stärker mit bestehenden Strukturen verknüpft und abgestimmt werden. Zudem wäre es notwendig, „die bereits vorhandenen Angebote transparent zu machen, so dass jeder weiß: wo gibt es wann was und für wen“. Die Interviewpartnerinnen und -partner weisen außerdem darauf hin, dass Kindern und Jugendlichen der Zugriff auf die Leistungen erleichtert werden müsste. Viele Stiftungen kritisieren die Informationspolitik der Bundesregierung. Sie wünschen sich, dass der Staat „ehrlich auf Stiftungen zugeht, sie informiert und auffordert mitzumachen“.

„Die Ergebnisse der Befragungen zeigen, dass sich Stiftungen von der Bundesregierung eine adressatenorientierte und intensivere Informationspolitik wünschen. Aber auch Stiftungen haben eine Holschuld und sollten die vorhandenen Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket nutzen.“

Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

Was erwarten Sie in Bezug auf die Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen vom Staat?

Stiftungen erwarten, dass:

- der Staat die Förderung von Kindern und Jugendlichen in erster Linie als seine Aufgabe betrachtet
- Bund, Länder und Kommunen offener zusammenarbeiten und vor allem auch Ministerien ihre Programme im Bereich Bildung und Teilhabe stärker aufeinander abstimmen
- der Staat die Förderung von Kindern und Jugendlichen als gesamtgesellschaftliche Verantwortung betrachtet
- der Staat bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen die Zivilgesellschaft stärker einbezieht und den Bildungsraum für Kooperationen öffnet
- der Staat auf die entsprechenden Akteure zugeht, die hier unterstützend wirken können, deren Feedback einholt und die vorhandene Expertise nutzt
- der Staat stärker institutionell fördert und Schulen mehr finanziellen und persönlichen Gestaltungsspielraum bekommen
- eine bessere Qualitätssicherung von Bildungsprozessen eingerichtet wird
- die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen von der Politik ernster genommen werden

Stiftungen haben konkrete Erwartungen an staatliches Handeln.

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen wird von den Stiftungen als gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrgenommen. Zivilgesellschaft und Staat sollten gemeinsam daran arbeiten, die Chancen junger Menschen zu verbessern. Dazu gehöre auch, dass Bund, Länder und Kommunen besser zusammenarbeiten und die Ministerien ihre Programme im Bereich Bildung und Teilhabe stärker aufeinander abstimmen.

„Schulen und zivilgesellschaftliche Akteure müssten stärker zusammenarbeiten.“

Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse

Stiftungen sind Expertinnen, wenn es um Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen geht. Fast die Hälfte aller deutschen Stiftungen verfolgt soziale Zwecke (30,8 Prozent) oder engagiert sich für Bildung und Erziehung (15,3 Prozent). Investitionen in die Bildungs- und Teilhabeinfrastrukturen vor Ort werden bei den Stiftungen großgeschrieben: Vor allem Schulen und Kitas sowie Organisationen des Dritten Sektors bekommen Unterstützung.

Kooperationen – gelungene Beispiele

Beispiele für erfolgreiche kooperative Programme im Bereich Teilhabe sind etwa „Ein Quadratkilometer Bildung“ der Freudenbergstiftung, „Early Excellence“ der Karl Kübel Stiftung, „Bündnisse für Chancengleichheit“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, der „Lübecker Bildungsfonds“ oder die Bildungsinitiative „Lernen vor Ort“.

All diese Programme setzen auf die Vernetzung verschiedener Akteure, also Einrichtungen und Dienste im Bildungs- und Sozialbereich, Kommunen, Länder und Stiftungen, die materielle und finanzielle Leistungen einbringen. Das gemeinsame Ziel ist es, Kinder und Jugendliche möglichst schnell und unbürokratisch zu unterstützen und dabei auch die Familien im Blick zu behalten.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Angebote – sinnvoll verknüpfen

Bei der Zusammenarbeit von Stiftungen mit staatlichen Stellen achten die Stiftungsakteure vor allem darauf, ihre Unabhängigkeit zu wahren. Beide Seiten verfolgen unterschiedliche Handlungslogiken und sollten sich deshalb im Vorfeld gut über ihre Kooperationspartner informieren.

Stiftungen betrachten Kooperationen mit dem Staat als sinnvoll, da es notwendig ist, staatliche und zivilgesellschaftliche Angebote zu verknüpfen. Grundsätzlich räumen sie staatlichen Programmen Vorrang vor der Vergabe von Stiftungsmitteln ein. Dies gilt auch für das Bildungs- und Teilhabepaket, das viele Stiftungen vor allem wegen des bürokratischen Aufwands und der mangelnden Verbindung mit bereits vorhandenen Angeboten kritisieren.

Förderung von Teilhabe – ergänzend zum Staat

Stiftungen plädieren für pragmatische Lösungen und proaktives Handeln: Wo junge Menschen frühzeitig gefördert werden, lassen sich nachhaltige Effekte erzielen. Stiftungen begreifen sich als neutrale Expertinnen, sie verfügen über praktische Erfahrungen und sind häufig „Informationsschnittstellen“.

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist in den Augen der Stiftungen in erster Linie eine staatliche Aufgabe. Stiftungsaktivitäten können hier ergänzend wirken. Die Voraussetzung dafür ist, dass die entsprechenden staatlichen Stellen, z. B. Kommunen, bereit sind, die Zivilgesellschaft einzubeziehen, auf die entsprechenden Akteure zuzugehen und deren Feedback einzuholen. Vor allem die regionalen Netzwerke der Stiftungen können einen Mehrwert bieten.

Aus den gesammelten Erkenntnissen lassen sich Empfehlungen für den weiteren Umgang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket und für zukünftige Kooperationen zwischen dem Staat und Stiftungen ableiten.

4 – Empfehlungen

Die Rezepte für bessere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sind bekannt. Die zentrale Herausforderung besteht darin, die vielfältigen Angebote unterschiedlicher Akteure in einen gemeinsamen Zusammenhang zu stellen. Das ist in erster Linie eine Kommunikations- und Koordinationsaufgabe. Hier besteht bislang eine Leerstelle.

Die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen sind in erster Linie an staatliche Stellen und Stiftungen gerichtet. Doch auch weitere Akteure des Dritten Sektors werden hier angesprochen, wie Wohlfahrtsverbände, Vereine und andere Non-Profit-Organisationen. Darüber hinaus zählen Unternehmen zu den Organisationen, die junge Menschen fördern, z. B. in Form von Corporate-Social-Responsibility-Aktivitäten (CSR).

Die Organisationen der verschiedenen Sektoren und auch die Akteure, die innerhalb eines bestimmten Sektors verortet werden können, unterscheiden sich deutlich voneinander. Bei Stiftungen äußert sich dies unter anderem in ihrer Verwirklichung: Manche fördern Projekte oder Programme, andere stellen Einzel Förderungen zur Verfügung und wieder andere sind operativ tätig. Diese Heterogenität der Organisationen ist Chance und Herausforderung zugleich.

Die folgenden Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats basieren auf der Auswertung der beiden vorangestellten Befragungen. Sie zielen darauf, die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, indem sie vor allem die Rolle der Stiftungen und des Staats in diesem Bereich genauer definieren. Die sechs Empfehlungen münden schließlich in einer Synthese.

Wenn es darum geht, sich um das Wohl und die Zukunftsperspektiven junger Menschen zu kümmern, sehen Stiftungen zuvorderst den Staat in der Pflicht. Viele Stiftungen halten es mit ihrem Selbstverständnis für unvereinbar, staatliche Leistungen zu ersetzen, doch sie sind bereit (und in der Lage) unterstützend einzugreifen. Sozialstaatliche Fürsorge zu ergänzen, entspricht ihrem Selbstbild sehr viel besser. Wo diese nicht ausreicht, werden Stiftungen auf unterschiedliche Weise aktiv.

1

Freiräume lassen und Vertrauen aufbauen

Es gibt viele Wege, wie Stiftungen und Staat jungen Menschen zu mehr Chancengerechtigkeit verhelfen können. Stiftungen legen großen Wert auf ihre Autonomie. Sie möchten staatliche Leistungen nur ergänzen – auch im Hinblick auf das Bildungs- und Teilhabepaket. Darum sollten alle Akteure die Freiräume erhalten, die sie brauchen, um ihre Ideen für mehr Teilhabe umsetzen zu können. Die klare Formulierung eigener Vorstellungen und Erwartungen an die Partner ist für eine langfristige Kooperation entscheidend. Das gilt besonders dann, wenn Organisationen mit unterschiedlichen Handlungslogiken aufeinandertreffen. Denn auch wenn sich die Beteiligten auf ein übergeordnetes Ziel verständigen, müssen ihre individuellen Interessen bekannt sein und akzeptiert werden. Nur wenn sich niemand eingengt oder gar instrumentalisiert fühlt, kann eine Vertrauensbasis entstehen. Sie ist die Voraussetzung für die Bereitschaft zu kooperieren.

2

Vor Ort kommunizieren und kooperieren

Häufig sind es fehlende Finanzmittel oder die Bildungsferne der Familie, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen erschweren. Diese Faktoren lassen sich zwar generell feststellen – wie die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll eingesetzt werden können, muss aber auf kommunaler Ebene entschieden werden. Denn nur die Engagierten vor Ort kennen die spezifischen Gegebenheiten und die damit verbundenen Herausforderungen. Übergeordnete staatliche Verwaltungsebenen wie Bund und Länder können nur normierte Leistungen bereitstellen; die individuellen Lebenssituationen bleiben unberücksichtigt. Umso wichtiger ist der ständige Austausch zwischen den lokalen Expertinnen und Experten, die die Situation der Familien kennen. Dazu zählen neben Stiftungen und anderen Non-Profit-Organisationen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Behörden. Sie wissen, mit welchen Schwierigkeiten Eltern, Kinder

und Jugendliche täglich konfrontiert sind und welche Leistungen ergänzend, z. B. zum Bildungs- und Teilhabepaket und anderen Sozialleistungen, angeboten werden müssen. Daher ist die Stärkung der Gemeinden im Hinblick auf ihre Autonomie und ihre Verantwortung für soziale Aufgaben von zentraler Bedeutung.

3

Staatliche und zivilgesellschaftliche Leistungen koordinieren

Wenn sichergestellt werden soll, dass jedes Kind die bestmögliche Unterstützung erhält, ist die Koordination staatlicher und zivilgesellschaftlicher Leistungen unabdingbar. Gemeinsame, sektorenübergreifende Anstrengungen können die verschiedenen Angebote zu umfassenden lokalen Bildungs- und Teilhabe-Infrastrukturen vereinen und so eine kollektive Wirkung erzielen.³⁶ Der Anspruch sollte sein, konkrete Ziele zu vereinbaren und klare Aufgabenbereiche abzustecken. Eine solche Abstimmung gelingt nur, wenn auf kommunaler Ebene Verantwortliche eingesetzt werden, die eine Mittlerfunktion zwischen Kommune, Zivilgesellschaft und Wirtschaft einnehmen. Diese Verantwortung müssen Personen übernehmen, die über das notwendige Know-how und Netzwerke in der Region verfügen. Sie sollten nicht nur über die lokalen Lebenswelten und Angebotsstrukturen Bescheid wissen, sondern auch das Vertrauen der verschiedenen Akteure genießen. Solche Koordinierungsstellen für Teilhabe einzurichten und mit entsprechendem Personal zu besetzen ist eine große Herausforderung. Der Aufbau dieser Teilhabe-Knotenpunkte muss als langfristige Aufgabe betrachtet werden.

4

Koordination finanzieren

Koordination kostet Zeit und Geld. Dieser wichtige Faktor wird bisher massiv unterschätzt – speziell im Bereich Bildung und Teilhabe. Wo Koordination funktioniert, sind häufig hochmotivierte, engagierte Menschen am Werk, die ihre Zeit freiwillig einbringen. Will man allerdings beständige lokale Teilhabe-Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche etablieren, muss eine Strategie ausgearbeitet werden. Auch die Umsetzung bedarf der ständigen Betreuung und Koordination der Einzelleistungen durch klar definierte Verantwortliche, die für ihre Arbeit bezahlt werden. Stetige Investitionen, nicht in Innovationen, sondern vielmehr in Kontinuität, sind hier unabdingbar. Da die benötigten Mittel dauerhaft bereitgestellt werden müssen, sind in unterschiedlichen Regionen verschiedene Geldgeber gefragt: Dazu können staatliche Stellen, aber auch Stiftungen oder – im Rahmen ihrer CSR-Aktivitäten – Wirtschaftsorganisationen zählen.

5

Das Know-how der Stiftungen nutzen

Stiftungen können dabei helfen, Teilhabe-Knotenpunkte zu etablieren und mit entsprechendem Wissen zu versorgen. Besonders bei der Teilhabeförderung von Kindern und Jugendlichen verfügen sie über langjährige Erfahrung und Kontakte – nicht nur zu anderen Leistungserbringern, sondern auch zu den Familien. Stiftungen sollten verstärkt als Ansprechpartnerinnen wahrgenommen werden – und wollen das auch. Insbesondere Bürgerstiftungen³⁷ und kommunale Stiftungen³⁸ sind für diese Aufgabe prädestiniert, da sie vor Ort vernetzt sind, über langjährige Erfahrungen und

die entsprechende Expertise verfügen. Außerdem können Bürgerstiftungen als Multiplikatoren wirken und Informationen über Angebote für Kinder und Jugendliche verbreiten. Wo es der Stiftungszweck erlaubt, können kommunale Stiftungen ihre Leistungen dem Bedarf vor Ort entsprechend anpassen oder ausbauen. Es hilft dem gemeinsamen Ziel, die Rolle dieser Stiftungsgruppen zu stärken.

6

An guten Beispielen orientieren

Die Entwicklung von innovativen Lösungen für soziale Probleme ist prestigeträchtig und wird gerne unterstützt. Allerdings entstehen dadurch im Bereich Bildung und Teilhabe häufig Doppelstrukturen. Dabei zeigen viele Kooperationsbeispiele, wie Leistungen gebündelt und Ressourcen optimal eingesetzt werden können, wenn sich die verschiedenen Akteure abstimmen. Diese Netzwerke berücksichtigen die Autonomie der teilnehmenden Organisationen, sind aber zugleich auf ein langfristiges „commitment“ angewiesen. Ein Beispiel dafür ist die Initiative „Lernen vor Ort“, die ein „kohärentes Bildungsmanagement vor Ort“ anstrebt.³⁹ Kommunen greifen hier auf Stiftungsnetzwerke und -expertise zurück. Auch START – das Schülerstipendienprogramm für engagierte Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, an dem Partner in 14 Bundesländern beteiligt sind – bietet ein solches Beispiel.⁴⁰ Erfolgreiche Ideen und Konzepte gibt es bereits an vielen Orten in Deutschland. Sie können im Sinne eines systematischen Projekttransfers übernommen und an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden.

Der wissenschaftliche Beirat

■ *Prof. Dr. Sebastian Braun* leitet das Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt-Universität zu Berlin.

■ *Prof. Dr. Rainer Hüttemann* ist geschäftsführender Direktor des Instituts für Steuerrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

■ *Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué* ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaft und Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

■ *Prof. Dr. Berit Sandberg* ist Professorin für Public und Non-profit-Management an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

Vom Kind her denken!

Das Wohl des Kindes steht an erster Stelle. Erfolgreiche Bildungs- und Teilhabestrukturen für Kinder und Jugendliche zu etablieren bedeutet dementsprechend, den jungen Menschen genau die Leistungen zu bieten, die sie brauchen. Dies können Lernmaterialien sein, die aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bezahlt werden, Einzelförderungen für besonders Begabte oder Sport- und Freizeitangebote von Stiftungen. Für die jungen Menschen spielt es dabei keine Rolle, welche Organisation die benötigten Leistungen zur Verfügung stellt. Die Unterstützung muss ankommen – das zählt.

Die Herausforderung dabei ist die Koordination der Angebote. Hier müssen Verantwortliche vor Ort eingesetzt werden, die das Vertrauen der unterschiedlichen Akteure genießen und zugleich Kristallisationspunkte für Kommunikation sind. Zudem müssen die vorhandenen Angebote transparent sein. Sie sollten flexibel

und bedarfsgerecht gestaltet werden und möglichst wenigen bürokratischen Zwängen unterliegen.

Die Koordinatoren vor Ort können dann überblicken, welche ergänzenden Angebote etwa eine in der Kommune ansässige Stiftung macht, damit ein Kind z. B. neben dem Beitrag zum Sportverein aus dem Bildungspaket noch ein „Stiftungspaket“ mit Fußballschuhen bekommt. Die Verantwortlichen wissen außerdem, welche Kinder nicht leistungsberechtigt, aber dennoch bedürftig sind, und sorgen als Mittler dafür, dass hier die Vereinsbeiträge bezahlt und die Fußballschuhe geschnürt werden können. So kann auch diese nicht eben kleine Gruppe vom Netz der Zivilgesellschaft aufgefangen werden.

Das qualifizierte Personal für diese Koordinationsstellen ist nicht umsonst zu haben – erfolgreiche Programme in ganz Deutschland zeigen aber, wie durch die Initiative und die Kooperation verschiedener Organisationen Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessert werden können.



Illustration: www.traktormnetz.de

Anhang

Angaben zur Datenerhebung und -auswertung⁴¹

1 Online-Befragung von Stiftungen

Charakteristika

Für die Datenerhebung wurde u. a. das Instrument der Online-Befragung gewählt, da diese, z. B. im Vergleich zur postalischen Befragung, einige Vorteile bietet: Die Online-Befragung ist wesentlich kostengünstiger und erlaubt eine höhere Zahl der in die Untersuchung einzubeziehenden Stiftungen. Des Weiteren lassen sich Fehler in der Datenübertragung minimieren. Das Internet eröffnet außerdem die Möglichkeit der Filterführung.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Da es sich bei „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“ um ein Querschnittsthema handelt und die Grundgesamtheit deshalb nur schwer zu ermitteln ist, war es zunächst notwendig, anhand des bereits zur Verfügung stehenden Materials ein genaueres Bild der Aktivitäten deutscher Stiftungen in diesem Bereich zu zeichnen.

Im Juli und August 2011 wurden deshalb die Einträge der Datenbank des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen mit rund 25.000 Datensätzen zu Stiftungen sowie die Registratur mit einer ähnlich großen Zahl von Akten zu den einzelnen Stiftungen ausgewertet. Darüber hinaus wurde die Spezialbibliothek des Bundesverbandes mit Jahresberichten und andere Veröffentlichungen von Stiftungen zurate gezogen.

Die auf Basis dieser Recherchen gefilterte Stichprobe und der daraufhin erstellte Verteiler für die Online-Befragung umfassten rund 3.500 Stiftungen. Die Stiftungen wurden bewusst aufgrund ihres Bezugs zum Thema Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ausgewählt. Unter den angeschriebenen Stiftungen befanden sich sowohl Bildungs-, Kultur-, Umwelt- und Sportstiftungen als auch Bürgerstiftungen (mit dem Gütesiegel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen), kommunale Stiftungen sowie Sparkassenstiftungen.

Fragebogen

Das wissenschaftliche Projektteam des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen konzipierte im August 2011 den Fragebogen. Zur Qualitätsverbesserung wurde die vorläufige Fassung des Fragebogens mit Hilfe eines Pretests von Stiftungsvertretern und stiftungsnahen Fachleuten überprüft. Der Fragebogen wurde auf Verständlichkeit, Antwortwahrscheinlichkeit und Vollständigkeit geprüft und entsprechend modifiziert.

Der endgültige Fragebogen gliederte sich in vier Blöcke: In Block A wurden allgemeine Strukturdaten der Stiftung, wie z. B. die Rechtsform oder das Kapitalvolumen, abgefragt. Block B thematisierte die Stiftungspraxis, also die Aktivitäten der Stiftung auf dem Gebiet der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Hier wurde auch ermittelt, wie sich die Stiftung zum Thema Teilhabe positioniert. Besonders relevant waren zudem die bisherigen Kooperationserfahrungen der Stiftungen im Bereich Teilhabe – diese Daten wurden in Block C erhoben. Es sollte so greifbar wie möglich eruiert werden, wie Kooperationen bzw. Vernetzungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets aussehen können. Im abschließenden Block D wurde die Position der Stiftung zu den neuen Regelungen des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung erfragt. In einer offenen Nennung hatten die Befragungs-Teilnehmer außerdem die Möglichkeit, Anregungen zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zu geben.

Ablauf

Mit einem professionellen Dienstleister für Online-Befragungen wurde die Umfrage zu den bisherigen und geplanten Aktivitäten von Stiftungen auf dem

Gebiet der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im Zeitraum vom 16. bis 30. September 2011 durchgeführt. Aus der Befragung ergibt sich eine valide Einschätzung der aktuellen Situation und sie liefert Hinweise auf Potenziale zur Intensivierung der Aktivitäten sowie zur Kooperation mit anderen Akteuren.

Sämtliche Daten wurden anonym erhoben. Die Stiftungen wurden durch Anschreiben auf die Befragung aufmerksam gemacht, die im Namen des Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Dr. Wilhelm Krull, und des Generalsekretärs, Prof. Dr. Hans Fleisch, verschickt wurden. Etwa nach der Hälfte des Befragungszeitraums wurden die Stiftungen über einen „Reminder“ an die Online-Befragung erinnert. Stiftungen, deren E-Mail-Adresse nicht bekannt war bzw. die nicht über einen Internetzugang verfügen, wurden postalisch angeschrieben.

Rücklauf

Innerhalb des Erhebungszeitraums von zwei Wochen nahmen 558 Stiftungen an der Online-Befragung teil. Dies entspricht einer sehr guten Rücklaufquote von ca. 16 Prozent und lässt die Gewinnung aussagekräftiger Ergebnisse zu.

Die Überprüfung des Rücklaufs in Bezug auf wesentliche Merkmale ergibt folgendes Bild: Die befragten Stiftungen sind mehrheitlich selbstständige Stiftungen bürgerlichen Rechts (75,5 Prozent)⁴², sie sind zu einem großen Teil fördernd (48,6 Prozent) oder fördernd und operativ tätig (37,8 Prozent)⁴³ und die meisten von ihnen verfügen über ein Kapital zwischen 100.000 und 500.000 Euro (31,3 Prozent) bzw. 1 Million bis 10 Millionen Euro (30,5 Prozent)⁴⁴. Wie oben bereits angedeutet, ist es nicht möglich, die Repräsentativität der Ergebnisse festzustellen, da die

Grundgesamtheit (Stiftungen, die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen fördern) nicht klar benannt werden kann.⁴⁵

Datenauswertung

Die erhobenen Daten wurden vom wissenschaftlichen Projektteam des Bundesverbandes mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS ausgewertet. Die Analyse erfolgte überwiegend mittels deskriptiver, univariater Statistiken wie Häufigkeitsverteilungen und statistische Kennwerte (Mittelwert, Median).

Es wurden außerdem bivariate Statistiken anhand von Kreuztabellen erstellt. Die Zellen der Kreuztabellen enthalten (sofern nicht zwei Variablen mit Mehrfachantworten kreuztabelliert wurden) die absoluten Häufigkeiten, erwartete Häufigkeiten, Residualhäufigkeiten und die standardisierten Residuen.

Erwartete Häufigkeiten sind diejenigen Häufigkeiten, die aufgrund der Randhäufigkeiten zu erwarten wären, wenn kein Zusammenhang zwischen den Variablen bestünde. Es gilt die Faustregel, dass ein standardisiertes Residuum von 2 oder größer eine signifikante Abweichung der beobachteten von der erwarteten Häufigkeit anzeigt.

2 Experteninterviews

Charakteristika

Neben der Online-Befragung wurden für die Datenerhebung auch offene, leitfadensorientierte Experteninterviews eingesetzt. Hierbei nehmen die Interviewpartner, als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden Sachverhalte, die Rolle von „Experten“ ein.⁴⁶ Mit Hilfe von Experteninterviews lassen sich Meinungen und Positionen genauer

erkennen. Sie haben sich in der Praxis vielfach bewährt und wurden vom Bundesverband Deutscher Stiftungen auch in anderen Studien erfolgreich angewendet. Die Experteninterviews runden das Bild ab, welches sich aus der Auswertung der bereits erhobenen Daten ergibt. Sie eröffnen die Möglichkeit, bspw. das Verständnis der Stiftungen von Teilhabe bzw. von ihrer Rolle im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets konkreter zu ermitteln.

Auswahl

Als Interviewpartner wurden Personen in Schlüsselpositionen verschiedener Stiftungen aus der Grundgesamtheit gewählt, die aufgrund ihrer Expertise und Akzeptanz für den Stiftungssektor sprechen können. Die Stichprobe wurde nicht im Voraus festgelegt, sondern im Laufe der Untersuchung bestimmt. Anhaltspunkt bildeten auch hier die vorangegangenen Recherchen.

Ablauf

Im Zeitraum von Mitte September bis Mitte Oktober 2011 wurden Interviews mit 22 Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten aus Stiftungen geführt. Um die Vergleichbarkeit der Aussagen zu gewährleisten, wurde ein Interviewleitfaden erstellt, welcher allen Expertengesprächen zugrunde lag. So war es möglich, bei der Analyse der Einzelfälle gemeinsame Muster sichtbar zu machen. Die Datenaufbereitung bestand in der Transkription und Kodierung anhand der Fragestellung. Das Auswertungsverfahren orientierte sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring⁴⁷: Im ersten Schritt wurden die Analyseeinheiten ausgewählt und die inhaltstragenden Interviewsequenzen im zweiten Schritt paraphrasiert. Im dritten Schritt wurden bedeutungsgleiche Paraphrasen durch Selektion reduziert.

Es wurden Experteninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern folgender Stiftungen geführt:

Bürgerstiftung Braunschweig

Braunschweig
www.buergerstiftung-braunschweig.de

Bürger.Stiftung.Halle

Halle
www.buergerstiftung-halle.de

children for a better world e. V.

München
www.children.de

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinnützige GmbH

Berlin
www.dkjs.de

Deutsche Telekom Stiftung

Bonn
www.telekom-stiftung.de

Freudenberg Stiftung

Weinheim
www.freudenbergstiftung.de

Stiftungsverwaltung Hansestadt Lübeck

Lübeck
www.stiftungsverwaltung-luebeck.de

Joachim Herz Stiftung

Hamburg
joachim-herz-stiftung.de

Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie

Bensheim
www.kkstiftung.de

Kreuzberger Kinderstiftung

Berlin
www.kreuzberger-kinderstiftung.de

Körper-Stiftung

Hamburg
www.koerber-stiftung.de

MPC Münchmeyer Petersen Capital Stiftung

Hamburg
www.mpc-capital-stiftung.de

Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)

Bad Dürkheim
www.soel.de

Landeshauptstadt München – Sozialreferat Abteilung Stiftungs- verwaltung

München
www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Stiftungsverwaltung.html

Stiftung Braunschwei- gischer Kulturbesitz

Braunschweig
www.sbk-bs.de

Stiftung Bürger für Leipzig

Leipzig
www.buerger-fuer-leipzig.de

Stiftung der Deutschen Wirtschaft e. V.

Berlin
www.sdw.org

Stiftung Mittagskinder

Hamburg
www.stiftung-mittagskinder.de

Stiftung Persönlichkeit

Nürnberg
www.stiftung-persoenlichkeit.de

Stiftung Polytechnische Gesellschaft

Frankfurt am Main
www.sptg.de

Stiftung Waisenhaus

Frankfurt am Main
www.waisenhaus-frankfurt.de

Stiftung Zukunft schenken!

Oestrich-Winkel
www.zukunftschicken.de

Quellen und Anmerkungen

¹ Ergebnisse der Studie „Leben in Europa“, die das Statistische Bundesamt am 03.11.2011 vorgestellt hat; abrufbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/11/PD11__406__634,templateId=renderPrint.psm1 (16.12.2011).

² Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Nürnberg, Monatsbericht Januar 2011. Abrufbar unter: statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte/Generische-Publikationen/Monatsbericht-201101.pdf (21.11.2011): 50.

³ Chassé, Karl August; Zander, Margherita; Rasch, Konstanze: Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010: 15.

⁴ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2008: XXXII.

⁵ Vgl. Kasten zu Armut und Bildungsarmut.

⁶ Henry-Huthmacher, Christine; Hoffmann, Elisabeth; Grohall, Karl-Heinz: Faire Chancen – Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Lebenslagen. In: Analysen & Argumente 84. Sankt Augustin 2010: 4; Deckl, Silvia: Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung. In: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011: 164.

⁷ Deckl, Silvia: Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung. In: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011: 164.

⁸ Chassé, Karl August; Zander, Margherita; Rasch, Konstanze: Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010: 11.

⁹ Deckl, Silvia: Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung. In: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011: 155; Henry-Huthmacher, Christine; Hoffmann, Elisabeth; Grohall, Karl-Heinz: Faire Chancen – Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Lebenslagen. In: Analysen & Argumente 84. Sankt Augustin 2010: 5.

¹⁰ Henry-Huthmacher, Christine; Hoffmann, Elisabeth; Grohall, Karl-Heinz: Faire Chancen – Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Lebenslagen. In: Analysen & Argumente 84. Sankt Augustin 2010: 21.

¹¹ Goebel, Jan; Habich, Roland; Krause, Peter: Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik. In: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011: 163.

¹² Ebd.

¹³ Deckl, Silvia: Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung. In: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011: 154 f.

¹⁴ Ebd.: 156.

¹⁵ Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.: Kinderarmut in Deutschland. Arm dran in einem reichen Land. Berlin 2011. Abrufbar unter: www.dksb.de/images/web/PDFs/DKSB%20Armutsbrosch%C3%BCre-2011-01-05-AK.pdf (07.11.2011): 11.

¹⁶ Deckl, Silvia: Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung. In: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011: 154 f.

¹⁷ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2001: 16.

¹⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2008: XXII.

¹⁹ Allmendinger, Jutta; Leibfried, Stephan: Bildungsarmut. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22. Bonn 2003: 13.

²⁰ Müller-Benedict, Volker: Wodurch kann die soziale Ungleichheit des Schulerfolgs am stärksten verringert werden? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59(4). Köln 2007: 615.

²¹ Uhlig, Johannes; Solga, Heike; Schupp, Jürgen: Ungleiche Bildungschancen. Welche Rolle spielen Underachievement und Persönlichkeitsstruktur? Discussion Paper. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 2009: 18.

²² Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2008: XIX.

²³ Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts: Pressemitteilung Nr. 5/2010 vom 9. Februar 2010 zum Urteil vom 9. Februar 2010 – 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09. Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV-Gesetz“) nicht verfassungsgemäß. Abrufbar unter: www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg10-005 (14.12.2011).

²⁴ Ebd.

²⁵ Auf dem Sonderkongress „Stiftungshandeln für Kinder und Jugendliche – Einsatz für gesellschaftliche Teilhabe“ am 19.09.2011 in Hildesheim.

²⁶ Deutscher Städtetag 2011. Pressemitteilung vom 25.02.2011. Abrufbar unter: www.staedtetag.de/10/presseecke/pressediens/artikel/2011/02/25/00771/index.html (18.12.2011).

²⁷ Vgl. anstelle vieler etwa: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.04.2011 (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/arbeitsmarkt-und-hartz-iv/kommentar-zum-bildungspaket-komplizierter-pakt-1619780.html); Spiegel vom 23.04.2011 (www.spiegel.de/spiegel/print/d-78145120.html); Märkische Allgemeine vom 10.10.2011 (www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12190978/485072/Das-Bildungspaket-der-Bundesregierung-ist-ein-Flop-Sozial.html).

²⁸ Der Paritätische 2011: Pressemitteilung vom 02.11.2011. Abrufbar unter: www.der-paritaetische.de/startseite/artikel/news/hartz-ivbildungspaket-erfolgsmeldung-entpuppt-sich-als-schaumschlaegerei-paritaetischer-kritisiert-e/ (18.12.2011).

²⁹ Vgl. Ergebnisse in Kapitel 3.

³⁰ Butterwegge, Christoph: Sozialstaat im Wandel. In: Betrifft Justiz 104. Mühlthal 2010: 370.

³¹ Bundesverband Deutscher Stiftungen: Zahlen, Daten, Fakten zum deutschen Stiftungswesen. Verzeichnis deutscher Stiftungen, Band 1. Verlag Deutscher Stiftungen, Berlin 2011.

³² Bei der Darstellung der Stiftungsangebote handelt es sich um eine Auswahl.

³³ Soziale Mindestsicherung in Deutschland im Jahre 2009. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, September 2011. / Statistisches Bundesamt 2010. Abrufbar unter: www.amtliche-sozialberichterstattung.de/mindestsicherung.html (01.11.2011).

³⁴ Eigene Berechnungen der Statistischen Ämter auf Basis von Daten der Bundes-

agentur für Arbeit: Statistik der Grund-
sicherung für Arbeitsuchende nach dem
SGB II / Hartz IV. Übersichtstabellen SGB
II / Hartz IV für Bund und Länder. Berichts-
monat Dezember 2009. Abrufbar unter:
[www.amtliche-sozialberichterstattung.
de/Tabellen/tabelleB22.html](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleB22.html) (01.11.2011).

³⁵ Statistische Ämter des Bundes
und der Länder. Abrufbar unter:
[www.amtliche-sozialberichterstattung.
de/A1armutsgefaehrungsquoten.html](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html)
(01.11.2011). Vgl. auch Deutscher Kinder-
schutzbund Bundesverband e. V.: Kinder-
armut in Deutschland. Arm dran in einem
reichen Land, Berlin 2011.

³⁶ Kramer, Mark; Kania, John: Collective
Impact. In: Stanford Social Innovation
Review. Stanford, Winter 2011: 36–41.

³⁷ Das Ziel einer Bürgerstiftung ist es,
Bürgerinnen und Bürgern sowie Unter-
nehmen zu ermöglichen, ihre spezifi-
schen Beiträge zum Gemeinwohl unter
einem gemeinsamen Dach zu verfolgen.
Der langfristige Aufbau des Stiftungs-
vermögens durch Zustiftungen sichert die
finanzielle Unabhängigkeit einer Bürger-
stiftung und gewährleistet die Kontinuität
der Stiftungsarbeit.
(Vgl. www.buergerstiftungen.org)

³⁸ Der Stiftungszweck einer kommunalen
Stiftung gehört zum Aufgabenbereich
einer kommunalen Gebietskörperschaft
(z. B. Gemeinde, Kreis). Die Stiftung wird
in der Regel von der Gebietskörperschaft
verwaltet. Die Tätigkeit der Stiftung
kommt der Kommune bzw. der in ihr
lebenden Bevölkerung zugute. (Vgl. Bun-
desverband Deutscher Stiftungen: Stif-
tungsReport 2010/11. Stadt trifft Stiftung:
Gemeinsam gestalten vor Ort. Verlag
Deutscher Stiftungen, Berlin 2010.)

³⁹ www.lernen-vor-ort.info

⁴⁰ www.start-stiftung.de

⁴¹ Für die Gesamtkonzeption und
Auswertung der Umfragen waren

Dr. Antje Bischoff und Miriam Rummel
vom Bundesverband Deutscher
Stiftungen e. V. zuständig.

⁴² Unter den befragten Stiftungen sind au-
ßerdem 16,1 Prozent selbstständige öf-
fentlich-rechtliche Stiftungen, 3,5 Prozent
unselbstständige Stiftungen bürgerlichen
Rechts (Treuhandstiftungen), drei Prozent
unselbstständige öffentlich-rechtliche
Stiftungen, 1,3 Prozent eingetragene
Vereine, 0,4 Prozent Gesellschaften mit
beschränkter Haftung und 0,2 Prozent
Aktiengesellschaften (n=539).

⁴³ Außerdem sind 13,6 Prozent der
befragten Stiftungen nur operativ tätig
(n=543).

⁴⁴ Unter den befragten Stiftungen ver-
fügen 13,4 Prozent über ein Kapital bis
100.000 Euro, 31,3 Prozent über ein Kapi-
tal zwischen 100.000 und 500.000 Euro,
14,3 Prozent der Stiftungen verfügen über
500.000 bis 1 Million Euro, 30,5 Prozent
verfügen über 1 Million bis 10 Millio-
nen Euro, 7,2 Prozent verfügen über 10
Millionen bis 100 Millionen Euro und 3,4
Prozent verfügen über ein Kapital in Höhe
von 100 Millionen Euro und mehr (n=531).

⁴⁵ Bezogen auf die Grundgesamtheit aller
Stiftungen in Deutschland sind die Merk-
male Rechtsform und Verwirklichung
durchaus repräsentativ abgebildet, Stif-
tungen mit einem Vermögen bis 100.000
Euro sind in der Befragung leicht unter-
repräsentiert und Stiftungen mit einem
Vermögen bis 10.000.000 Euro leicht
überrepräsentiert. (Vgl. Bundesverband
Deutscher Stiftungen: Zahlen, Daten,
Fakten zum deutschen Stiftungswesen,
Band 1. Verlag Deutscher Stiftungen,
Berlin 2011.)

⁴⁶ Gläser, Jochen; Laudel, Grit: Experten-
interviews und qualitative Inhaltsanalyse,
Wiesbaden 2009: 12.

⁴⁷ Mayring, Philipp: Qualitative Inhalts-
analyse. Grundlagen und Techniken.
Weinheim und Basel 2008.

**Bundesverband
Deutscher Stiftungen**

Mauerstraße 93
10117 Berlin
Telefon (030) 89 79 47-0 | Fax -71

Gefördert von:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



www.stiftungen.org

ISBN 978-3-941368-19-4

Antje
Bischoff

Sebastian
Bühner

Burkhard
Küstermann

Andrea
Lassalle

Miriam
Rummel

Stiftungs STUDIE

**Stiftungen
und Teilhabe
von Kindern und
Jugendlichen**



Bundesverband
Deutscher Stiftungen